

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie zur 34. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **drei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Zur Tagesordnung möchte ich folgende Hinweise geben:

Erstens zu Tagesordnungspunkt 7 „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Art. 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen“: Die Anträge mit den Drucksachen 15/1892 und 15/1928 wurden durch den **gemeinsamen Antrag Drucksache 15/1964** ersetzt.

Zweitens zu **Tagesordnungspunkt 19** „Zukunft der Stadttheater in Nordrhein-Westfalen sichern – Stabilität und Weiterentwicklung von Strukturen ermöglichen“, Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1917: Die Fraktionen haben sich entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung darauf verständigt, die **Debatte** zu dem Antrag heute **nicht zu führen**, sondern erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses. Die vorgesehene Beratungszeit kann entsprechend eingespart werden.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

1 Vereidigung eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Schreiben vom 12. April 2011 hat die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen mitgeteilt, dass Herr Ulf-Thomas Bender am 31. März 2011 zum Vizepräsidenten des Oberlandesgerichtes Köln ernannt worden ist. Er ist damit gemäß § 7 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen aufgrund seines Amtes Vertreter des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Köln in dessen Funktion als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes.

Frau Ministerpräsidentin bittet in dem vorgenannten Schreiben um Vereidigung des Vizepräsidenten. Ich darf deshalb Herrn Bender ganz herzlich im Landtag begrüßen. Ebenfalls begrüÙe ich als Gast den Ersten Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Herrn Johannes Riedel, sowie die Zweite Vizepräsidentin, Frau Anne-José Paulsen.

Nach § 5 des Verfassungsgerichtshofgesetzes haben die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, bevor sie das Amt antreten, vor dem Landtag den entsprechenden Amtseid zu leisten. Ich bitte deshalb Herrn Bender zu mir, damit ich die Vereidigung vornehmen kann.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich werde den Eid abschnittsweise vorsprechen und bitte Sie, nach Heben der Schwurhand diesen Text nachzusprechen:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Sehr geehrter Herr Bender, Sie haben den nach dem Gesetz über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen geforderten Eid geleistet. Im Namen des Hohen Hauses wünsche ich Ihnen im neuen Amt viel Erfolg zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres schönen Landes Nordrhein-Westfalen.

(Ulf-Thomas Bender: Herzlichen Dank! – Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1000 und 15/1300

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/1900 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2043

dritte Lesung

In Verbindung mit:

Mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2014 mit Finanzbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 15/1001

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/1901

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1002 und 15/1354

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/1902

dritte Lesung

Ferner liegen zahlreiche **Änderungsanträge** vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Unsere Ministerpräsidentin, Frau Kraft, hat in ihrer Regierungserklärung am 15. September vergangenen Jahres eine neue Finanzpolitik erklärt. Sie hat damals wie folgt ausgeführt:

„Wir müssen jetzt den Mut haben, in Vorbeugung, Betreuung und Bildung zu investieren. Wir bekennen uns offen und selbstbewusst dazu, dass dies zunächst höhere Ausgaben und gegebenenfalls zusätzliche Schulden bedeutet.“

Heute, Frau Kraft, können wir feststellen, dass Sie mit dieser Auffassung von Finanzpolitik krachend vor unserem Verfassungsgericht gescheitert sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie haben dann, nach dem Verfassungsgerichtsurteil, eine wissenschaftliche Ausarbeitung, das Prognos-Gutachten, nachgeschoben, womit Sie für die gesamte Fachwelt noch einmal deutlich machen wollten, wie zukunftsorientiert diese Politik ist.

In den letzten Monaten sind in Deutschland zwei neue Landesregierungen gebildet worden – eine rot-grüne und eine grün-rote. Ich habe jetzt sehr gespannt darauf gewartet, wie diese neuen Landesregierungen die Haushalt- und Finanzpolitik sehen, ob sie der „genialen“ Erfindung einer präventiven Finanzpolitik unserer Ministerpräsidentin, Frau Kraft, folgen und damit der SPD in Nordrhein-Westfalen oder ob sie einen anderen Weg gehen. Deswegen möchte ich gerne aus der Koalitionsvereinbarung in Baden-Württemberg zitieren:

„In der Haushaltspolitik des Landes werden wir die Schuldenbremse des Grundgesetzes, d. h. die strukturelle Nullverschuldung des Landeshaushalts erreichen und danach einhalten.“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

„Mit einem ‚Finanzplan 2020‘ werden wir eine für alle Ressorts verbindliche Orientierungsplanung einführen, um die strukturelle Nullverschuldung nachhaltig zu erreichen.“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das ist genau das Gegenteil dessen, was man in der Koalitionsvereinbarung Ihrer Regierung liest.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Auch möchte ich aus der Koalitionsvereinbarung von Rheinland-Pfalz zitieren:

„SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zu dem Ziel einer nachhaltigen und sozial gerechten Haushalts- und Finanzpolitik. Wichtigstes Ziel dabei ist die Konsolidierung des Landeshaushalts, das heißt die Umsetzung der im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Schuldenregel, wonach ab dem Jahr 2020 eine strukturelle Neuverschuldung von Null erreicht werden muss. Der Weg dahin verlangt konsequente Anstrengungen in allen Politikbereichen.“

Auch hier, von Rheinland-Pfalz, eine klare Absage an die finanzpolitische Auffassung der SPD, von Frau Kraft und von Bündnis90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich stelle fest, dass Ihre Schuldenpolitik Gott sei Dank in ganz Deutschland für keine Landesregierung und auch nicht für die Bundesregierung Vorbildfunktion hat.

(Beifall von der CDU)

Auch haben meine Recherchen festgestellt, dass es in ganz Europa keine Regierung gibt, die diesen Ansatz der Finanzpolitik teilt. Die einzige, die sie früher einmal geteilt hat, ist die von Griechenland.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Da lachen Sie auch noch?)

Sie müssen einfach feststellen, dass Sie mit dieser Finanzpolitik in Deutschland isoliert sind. Deswegen hat sich, glaube ich, das Thema „Neue Finanzpolitik“ außer in unserer Landesregierung erledigt. Ich glaube auch, dass ganz klar wird: Verfassungswidrige Schulden auf Kosten unserer Kinder sind letzten Endes nicht nur nicht zu verantworten, sondern dafür wird es auch in Nordrhein-Westfalen keine gesetzlichen Grundlagen geben.

Was das für diese Regierung bedeutet, wird mir immer klarer: Wenn der Kernbestandteil einer präventiven Finanzpolitik, wie sie hier mit wenig Verstand, aber glühenden Herzens immer wieder vortragen worden ist, die Seele einer neuen Koalition in Nordrhein-Westfalen sein sollte und Sie immer mehr erkennen, dass das nicht geht, hat diese Koa-

lition ihre Seele und ihren roten Faden verloren. Deswegen wird mir auch klar, dass diese Regierung nach zehn Monaten alt und abgeschlafft wirkt, kaum noch Zukunftspläne hat. Vor allen Dingen verspürt man in Nordrhein-Westfalen keine Aufbruchstimmung mehr, die mit dieser Regierung zusammenhängt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Als Einziges haben wir in diesen Monaten den Versuch erlebt, die guten fünf schwarz-gelben Jahre aus den Geschichtsbüchern des Landes zu löschen.

(Zuruf von der SPD: Alles Theater!)

Ihnen ging es nur um Rückabwicklung. Dabei haben Sie mittlerweile alle Konsolidierungsanstrengungen der Jahre 2005 bis 2010 rückabgewickelt.

(Sören Link [SPD]: 18 Millionen Menschen haben sich wahrscheinlich getäuscht!)

Es gibt weitere Punkte, die wir ansprechen müssen: Es gibt in der Landespolitik die wichtige Frage, wie es mit der Finanzausstattung der Kommunen aussieht. Wir beide wissen – darüber haben wir im Herbst letzten Jahres hier im Haus mit der Verabschiedung eines gemeinsamen Antrags eine gewisse Einigkeit demonstriert –, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen unterfinanziert sind. Es gibt in vielen Gebietskörperschaften große Probleme, die wichtigen Aufgaben in kommunaler Selbstverwaltung wahrzunehmen.

(Zuruf von der SPD: Und deshalb klagen Sie gegen den Haushalt!)

Ich stelle in aller Ruhe fest: Frau Kraft, Sie haben damals in Ihrer Regierungserklärung und der Kommunaldebatte angemahnt, einen fairen Umgang mit den Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg der finanziellen Gesundung der Kommunen wollen. Sie wollten die Kommunen in die Überlegungen, die Sie anstellen, einbeziehen. – Ich muss nun feststellen, dass die Kommunen, die das geglaubt haben, heute alle bitter enttäuscht sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Es gibt ganz schlicht und ergreifend den Vorgang Ihrer Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes, bei dem Sie am späten Nachmittag vor Heiligabend die Berechnung des neuen GFG in alle Rathäuser gesandt haben, ohne vorher mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Gemeinden darüber geredet zu haben. Sie haben dafür gesorgt, dass in Nordrhein-Westfalen hundertfach geplante, ausgearbeitete und teilweise schon beratene Haushaltspläne eingestampft werden mussten. So aber kann mit den Kommunen und ihrer Selbstverwaltung schlicht und ergreifend nicht umgehen. Das ist zwar

ein neuer, aber ein schlechter Stil gegenüber unseren Kommunen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Herr Jäger, wie Sie mit den Kommunen umgegangen sind, macht deutlich, dass Sie bei der Arroganz der Macht von vor 2005 schon längst wieder angekommen sind.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wahr ist aber auch, dass Sie mit diesem neuen GFG und wie Sie den Sozialausgleich und andere Parameter verändert haben, eine gigantische Umverteilung aus dem kreisangehörigen Raum in den kreisfreien Raum vornehmen. Das führt dazu, dass jetzt auch viele ländliche Gemeinden, die bislang noch eine kommunale Selbstverwaltung hatten, unaufhaltsam in die Haushaltssicherung rutschen. Dafür trägt man dann Verantwortung, wenn man unsachgemäß an einzelnen Stellschrauben des GFG rumfummelt, ohne ein Ganzes für die Zukunft gestalten zu wollen oder gestalten zu können.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das Einzige, was sich für die kommunalen Familien positiv geändert hat, beruht auf Entscheidungen der Bundesregierung, Schritt für Schritt die gewaltige Ausgaben der Kommunen für die Grundsicherung im Alter vollständig durch Bundesmittel zu ersetzen. Ich stehe zu dem, was ich in einer der vorigen Debatten gesagt habe: Wir stehen nach wie vor zu dem, was wir im Herbst gesagt haben, nämlich gemeinsam zuzusehen, dass unsere Kommunen aus der Verschuldungsfalle herauskommen.

Wir hätten es deshalb gerne gesehen, wenn man die Anstrengungen des Landes nicht nur über das GFG und einen Sonderfonds für die schwerverschuldeten Gemeinden organisiert hätte, sondern auch die 300 Millionen €, die Sie über das GFG mit der Gießkanne verteilen, dafür genutzt hätte, den schwer angeschlagenen Kommunen stärker zu helfen. Das war eigentlich der Konsens, den wir damals hatten. Das GFG in seiner jetzigen Form ist schlicht und ergreifend mit uns nicht zu machen.

Es stimmt, Frau Löhrmann, wir haben in den letzten Monaten Veränderungen in der Schulpolitik erlebt. In die Schulpolitik unseres Landes ist Bewegung gekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich persönlich bin der Auffassung, dass zurückgehende Schülerzahlen und der Akzeptanzverlust der Hauptschulen in der Schulpolitik zwingend neue Ansätze notwendig machen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ich weiß auch, dass wir in Nordrhein-Westfalen unter den Bildungspolitikern und den Bildungswissenschaftlern einen Streit darüber haben, solange ich

denken kann – wahrscheinlich wird es diesen Streit auch noch dann geben, wenn ich nicht mehr denken kann –, ob ein integriertes Schulsystem oder ein gegliedertes Schulsystem nun das bessere ist.

Ich glaube, dass wir uns bei den anliegenden Überlegungen für ein zukunftsweisendes Schulangebot in Nordrhein-Westfalen nicht von der Frage leiten lassen dürfen, welche Partei einen schulpolitischen Sieg erringt, sondern letzten Endes dafür sorgen müssen, dass wir ein Schulsystem erhalten und weiterentwickeln, in dem unsere Schülerinnen und Schüler alle zu Gewinnern werden.

(Beifall von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Mir liegt sehr daran – das will ich Ihnen heute auch noch einmal klar sagen –, dass wir in Nordrhein-Westfalen Frieden in der Bildungspolitik bekommen, damit unsere Schulen eine Perspektive erhalten, sich vernünftig weiterzuentwickeln, und damit Kinder und Eltern auch wissen – zumindest für einen mittelfristigen Zeitraum –, wo man in dieser Frage steht.

Bei dieser Frage ist mir ganz wichtig, dass wir erkennen, dass die Bundesrepublik Deutschland ihren Wohlstand in der Bildungspolitik begründet. Wohlstand einer Volkswirtschaft hat natürlich mit der Ausbildung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu tun. Wir haben unseren relativ guten Stand in Deutschland zwei unterschiedlichen Bildungswegen zu verdanken.

Auf der einen Seite ist das eine gute akademische Ausbildung. Vor diesem Hintergrund muss das Schulsystem darauf vorbereiten, dass man studieren kann.

Auf der anderen Seite haben wir – diese weitere Säule ist der CDU und mir persönlich genauso wichtig – unsere duale Ausbildung. Über dieses System, um das wir in der ganzen Welt, wo es dieses System nicht gibt, auch ein Stück weit beneidet werden, haben wir unheimlich viele gut ausgebildete Menschen bekommen, denen wir genauso wie den akademisch Ausgebildeten im erheblichen Umfang unsere wirtschaftliche Wertschöpfung in diesem Land zu verdanken haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Vereinzelte Beifall von der SPD – Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE])

Ich bin fest davon überzeugt, dass Bildungspolitik immer dafür sorgen muss, dass Bildungswege nicht in Sackgassen führen, sondern dass es stets die Möglichkeit gibt, zwischen Bildungswegen zu wechseln und natürlich auch, wenn es eben geht, nach oben aufzusteigen.

Es ist wahr – damit hat die CDU auch ihren Frieden geschlossen –, dass es einen Teil von Eltern und Schülern gibt, bei denen in diesem Schulsystem ein integrierter Schulbereich auf hohes Interesse stößt,

von einer großen Beliebtheit ist und eine große Akzeptanz hat. Deswegen haben wir letzten Endes auch unseren Frieden mit dem integrierten Bereich der Gesamtschulen geschlossen.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Oh!)

Wenn man zu einem Schulfrieden kommen will, muss man auf der anderen Seite aber auch akzeptieren, dass es einen großen Teil von Eltern und Schülern gibt, für die auch die Bildung in einem gegliederten Schulsystem eine hohe Attraktivität hat. Auch das muss man akzeptieren, finde ich.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Löhrmann, deswegen sollten wir uns meiner Meinung nach wirklich bemühen, einen Schulfrieden hinzubekommen.

Dabei ist mir allerdings eines wichtig, das ich heute auch erwähnen will: Überlegen Sie einfach einmal, ob es wirklich für einen Schulfrieden gut ist und auch in der Sache richtig ist, dass Sie jetzt mit der Gemeinschaftsschule neben den Gesamtschulen ein zweites integriertes Schulsystem in allen Regionen unseres Landes implementieren wollen, oder ob wir uns nicht auf einen integrierten Zweig beschränken sollten, damit es daneben auch noch eine gelebte Vielfaltigkeit in gegliederten Systemen geben kann. Das ist für meine Partei ein ganz wesentlicher Punkt, über den wir in den nächsten Monaten miteinander reden müssen, wenn man einen Schulfrieden will.

(Beifall von der CDU)

Jetzt möchte ich gerne einen weiteren Punkt der politischen Auseinandersetzung der letzten Monate aufgreifen. Die Landesregierung hat in ihrer Regierungserklärung – so haben sich aber auch schon im Wahlkampf die Parteien geäußert, die später die Landesregierung gebildet haben – die frühkindliche Bildung zu einem wichtigen Punkt ihrer Politik gemacht.

Wenn ich mich an die Auseinandersetzungen im nordrhein-westfälischen Landtag, im Wahlkampf und in vielen Podiumsdiskussionen über das KiBiz zurückerinnere, muss ich feststellen: Sie haben diese Auseinandersetzung über das Kinderbildungs-gesetz in einer Schärfe und in einer Art und Weise geführt, dass man manchmal schon den Eindruck haben konnte, als wollten Sie die Union und die FDP, die dieses Gesetz getragen haben, auf die Bank der Kindermisshandler stellen.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Was hat denn bitte Herr Wittke gesagt?)

– Die Diskussion war schon so.

Dann haben Sie immer wieder angekündigt, Sie wollten eine Generalrevision des KiBiz vornehmen. Ich stelle heute nur in aller Sachlichkeit Folgendes fest: Uns liegen Ihre Entwürfe der Veränderungen beim KiBiz vor. Was verändern Sie denn?

Sie realisieren die Beitragsfreiheit im dritten Kindergartenjahr. Das hat aber nichts mit Qualität und Ausstattung und Inhalten von KiBiz zu tun.

(Beifall von der CDU – Heike Gebhard [SPD]:
Das hat eine Menge mit Qualität zu tun!)

– Das hat gar nichts damit zu tun, sondern ist eine Entlastung bestimmter Elternhäuser.

(Beifall von der CDU)

Außerdem habe ich in diesen Texten gelesen, dass Sie die Worte „Tagesmutter“ und „Tagesvater“ durch das Wort „Tagespflegeperson“ ersetzen. Ich kann Ihnen sagen: Das ist kein Deutsch; das ist Sozialdemokratisch, solches Gekau da aufzuschreiben.

(Beifall von der CDU)

Ansonsten bleiben Sie, obwohl Sie eine Generalrevision angekündigt haben, einfach in der Grundstruktur des KiBiz, wie die CDU/FDP-Regierung und insbesondere mein Freund Armin Laschet

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Guter Freund!)

sie in den schwarz-gelben Regierungsjahren geschaffen haben.

Ich bedanke mich dafür, dass Sie damit im Nachhinein die Philosophie der CDU in der frühkindlichen Bildungspolitik unterstreichen und sie auch für die Zukunft nicht verändern wollen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, in einer Haushaltsdebatte und in der Beurteilung einer Regierung geht es natürlich immer auch ein bisschen um Folgendes: Wie stehen denn die einzelnen Ressorts da? Wie stehen die einzelnen Minister da? Was macht die Landesregierung eigentlich aus? Wo werden denn Impulse geliefert? Wo werden Markkerne für die Zukunft aufgestellt?

Zunächst einmal haben wir mit Finanzminister Walter-Borjans einen Mann, der nach meiner Meinung das Renommee des Finanzministeriums in Nordrhein-Westfalen in wenigen Monaten in ganz Deutschland ramponiert hat.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich glaube, dass jeder Buchhalter in Nordrhein-Westfalen in irgendeinem Unternehmen, in irgendeiner Sparkasse, in irgendeiner Volksbank und selbst jeder Kassenführer in jedem Verein den Kopf über einen Finanzminister schüttelt, der so nebenbei mal 1,3 Milliarden € findet.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich glaube, dass jeder, der in Nordrhein-Westfalen Zeitung liest, immer noch den Kopf darüber schüttelt, dass der Finanzminister letzten Endes nicht über die vielen Brücken gegangen ist, die das Ver-

fassungsgericht in Münster ihm gebaut hat, um an der einstweiligen Verfügung vorbeizukommen. Ob aus Arroganz oder aus Dummheit, das ist egal, er ist nicht darüber gegangen. Darüber schüttelt wirklich jeder, der sich in diesen Fragen auskennt, den Kopf.

Ich sage Ihnen, Herr Walter-Borjans, Sie können in den nächsten Jahren machen, was Sie wollen: Sie werden nie ein Finanzminister sein, der für eine clevere, für eine nachhaltige, für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik steht.

(Zurufe von der SPD)

Deswegen wird das in dieser Regierung nichts mehr mit einer Finanzpolitik, die die Worte „Nachhaltigkeit“, „Sparsamkeit“ und damit „Zukunftsgewandtheit“ verdient hat.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

In dieser Landesregierung gibt es eine Wissenschaftsministerin. Ich persönlich glaube, dass die Frage, wie sich ein Bundesland in der Wissenschaftspolitik, in der Hochschulpolitik aufstellt, eine der wichtigsten Zukunftsfragen für die Attraktivität der Regionen bei uns in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Wir haben zurzeit noch viele Sorgen an den Hochschulen. Wie bringen wir die vielen Studierenden unter? Ich höre auch von den Sorgen der Leute, die es zum Beispiel mit einer Bachelorausbildung sehr schwer haben, einen Masterstudienplatz zu finden. Ich glaube immer noch nicht, dass wir ausreichende Antworten auf die Fragen rund um den doppelten Abiturjahrgang haben. Die einzige Antwort hat Schwarz-Gelb gebracht: 20.000 zusätzliche Studienplätze in Deutschland.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich habe noch von keiner einzigen Initiative gehört, die Sie ergriffen hätten, seit Sie wissen, dass die Wehrpflicht wegfällt, was diese Problematik ja noch verschärfen wird.

(Zuruf von Bärbel Beuermann [LINKE])

Wir werden in wenigen Jahren eine Situation haben, in der die Hochschulen in Deutschland in einem Wettbewerb um gute Studenten stehen. Deswegen kommt es sehr darauf an, wie Hochschulen ausgestaltet werden können, welches Image sie bekommen, welche Wege sie gehen können.

Vor einigen Tagen habe ich mich einmal mit wesentlichen Leuten aus der Hochschulszene in Nordrhein-Westfalen zusammengesetzt. Da gab es einen übereinstimmenden, treffenden Satz, den ich noch nie gehört hatte. Einer der Professoren sagte mir: Herr Laumann, was waren das noch für Zeiten, als wir mit dem Wissenschaftsminister über die Zukunft des Wissenschaftsstandorts Nordrhein-West-

falen diskutieren konnten. Heute können wir mit Frau Schulze nur noch über die Frage der Mitbestimmung in unseren Hochschulen reden.

Frau Schulze, Sie sind nicht mehr AStA-Vorsitzende, sondern Sie haben die Verantwortung für einen der wesentlichsten gesellschaftspolitischen Entwicklungsbereiche unseres Landes. Nehmen Sie diese Verantwortung bitte endlich wahr!

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Frau Schulze, wenn Sie die Abschaffung der Studienbeiträge mit einer Verbesserung der Studienqualität gleichsetzen, dann stellen Sie schlicht und ergreifend die falschen Weichen. Wenn Sie diffus ankündigen, bei der Hochschulautonomie weitere Schritte zurück tun zu wollen, dann stellen Sie ebenfalls falsche Weichen. Wenn Sie durch praktisches Regierungshandeln unser renommiertes Forschungszentrum in Jülich schlechtreden, dann stellen Sie auch in diesem Bereich falsche Weichen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Keine Wissenschaftsministerin hat jemals wider besseres Wissen eine der größten Forschungseinrichtungen Europas so an den Pranger gestellt, wie Sie es im Zusammenhang mit der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Markert gegenüber dem Forschungszentrum in Jülich getan haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Schulze, Sie haben dieses wider besseres Wissen – das belegen Ihre eigenen Dokumente – gemacht. Was ich noch viel schlimmer finde: Die gesamte Landesregierung hat dabei Schmiere gestanden. Sie alle auf den Regierungsbänken wussten nämlich ganz genau, wo sich die angeblich vermissten Brennelementekugeln befanden.

Ich will nur noch mal an das Wochenende 2./3. April – einen Samstag und einen Sonntag – und an die damalige Presselage erinnern. Der Abgeordnete Markert lief in allen Medien des Landes mit den Worten rauf und runter, es sei erschreckend, wie lax hier mit radioaktiven Stoffen umgegangen werde, die genug Stoff für mehrere schmutzige Bomben böten.

(Zuruf von der CDU: Unerhört – Christian Weisbrich [CDU]: Skandal!)

Der Umweltminister – immerhin mit der Autorität eines Regierungsamtes ausgestattet – hat an jenem Wochenende gegenüber verschiedenen Medien gesagt, dass sei ein absolut alarmierender Vorgang.

Jetzt stellen Sie sich mit mir gemeinsam nur mal ein paar Minuten vor, man hätte in der damaligen Situation, am 2./3. April, wirklich nicht gewusst, wo in Nordrhein-Westfalen spaltbares Material in erheblichem Umfang ist. Da wurde von schmutzigen Bomben geredet. Und am Dienstag kommt das Kabinett zusammen und redet in einer solchen Situation, in

der man Sorge haben muss um die Gesundheit der Menschen, um die Verhinderung einer Katastrophe – wenn man nicht weiß, wo dieses Material ist –, nur am Rande über diese Frage! Denn alle konnten gut schlafen, weil sie wussten, dass es in Wahrheit kein Problem gab! Deswegen war das eine politische Kampagne in einem bestimmten politischen Umfeld! Das ist einer Landesregierung, die der Wahrheit und Klarheit verpflichtet ist, schlicht und ergreifend unwürdig!

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

In dieser Landesregierung gibt es einen Wirtschafts-, Verkehrs- und Wohnungsbauminister namens Voigtsberger. Ich finde, lieber Herr Voigtsberger, Sie sind ein sehr angenehmer Zeitgenosse. Mit Ihnen habe ich in meiner Zeit als Sozialminister – Sie waren damals Chef des Rheinischen Landschaftsverbands – wirklich gerne und gut zusammengearbeitet. Mein Kollege Lienenkämper und ich haben in der Woche vor Ostern mal eine Tour durch die Wirtschaft in unseren Bezirken gemacht. Ich kann Ihnen nur sagen: Überall ging es um das gleiche Thema: Wo ist in dieser Landesregierung eigentlich ein Wirtschaftsministerium? Wo haben wir als Wirtschaft in dieser Landesregierung einen Ansprechpartner? Wo ist eigentlich in dieser Landesregierung derjenige, der das verkörpert, was man mit Unternehmen und Wirtschaft verbindet? – Ich habe wirklich keinen getroffen – egal, ob bei den Kammern oder bei Einzelbesuchen in Unternehmen –, der gesagt hätte, er würde sich bei Ihnen letzten Endes gut aufgehoben fühlen. Das liegt einfach daran, Herr Voigtsberger, dass Sie als Wirtschaftsminister nicht für die notwendigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen in dieser Landesregierung einstehen. Sie müssen bestimmte Sachen zur Chefsache machen!

Ich finde, ein Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen muss ganz klar sagen: Datteln wird gebaut. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft braucht das. Der Energiestandort Nordrhein-Westfalen braucht das. Und mir ist es völlig egal, was die Grünen sagen! Ich als Wirtschaftsminister stehe dafür: Ich stehe für industrielle Arbeitsplätze, ich stehe für die Arbeitnehmer in diesem Land!

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich glaube, dass eine weitere Sache ganz wichtig ist: Jeder weiß, dass sich Wirtschaft nur dann entwickeln kann, wenn auch die Infrastruktur in einem Land – das gilt vor allen Dingen für die Verkehrswege und die Datenautobahnen – stimmt. Wir haben in den ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens erhebliche Anfragen aus der Wirtschaft zu einer schnellen Datenbahnverbindung im Breitband, weil das für manche Unternehmen, die viele Daten verarbeiten müssen, ein nicht ganz unwichtiger Standortfaktor ist.

Wenn Sie wirklich wollen, dass in Nordrhein-Westfalen die notwendigsten Straßenbaumaßnahmen – teilweise auch die notwendigsten kleineren Baumaßnahmen, um Stauentwicklungen zu verhindern – gemacht werden, dann sorgen Sie dafür, dass nicht Herr Becker als Verkehrsminister firmiert, sondern dass Sie das selber machen. Solange Herr Becker in der Verkehrspolitik zu sagen hat, fahren wir Omnibus, aber kein Auto! Und es fahren keine Schwertransporte, weil dieser Mann schlicht und ergreifend keine Straßen mag und sich nicht vorstellen kann, wie es Leuten im Stau zumute ist, die morgens um sechs oder um sieben Uhr an einer Stempeluhr vorbeigehen müssen!

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Deswegen glaube ich, dass es wichtig ist, dass Sie endlich die Rolle eines Verkehrs- und Wirtschaftsministers in Nordrhein-Westfalen einnehmen und den Kontakt zur Wirtschaft suchen. Ob es Ihnen dann noch gelingen mag, wirklich derjenige in Nordrhein-Westfalen zu werden, mit dem man Wirtschaft verbindet, das weiß ich nicht. Zurzeit sagen alle: Das Wirtschaftsministerium ist in dieser Landesregierung abgeschafft. – Und das ist das Schlimmste, was man einem Wirtschaftsminister nachsagen kann.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Herr Jäger, ich habe über die Frage des GFG schon gesprochen. Das ist aber nun bei Weitem nicht der einzige Scherbenhaufen, mit dem Sie es zu tun haben. Ich kann Ihnen heute nur sagen: Die Affäre um die angeblichen Dankeschön-Spenden in Duisburg muss rückhaltlos aufgeklärt werden.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger: Da bin ich Ihrer Auffassung!)

Als innenpolitischer Sprecher der SPD haben Sie in der vergangenen Legislaturperiode beinhart attackiert. Sie haben viele Rücktrittsforderungen gestellt. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie haben mit Ihrer Arbeit damals in Bezug auf Ihre eigene Glaubwürdigkeit die Messlatte hoch aufgelegt.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)

Sie persönlich wissen ganz genau, was in Duisburg gelaufen ist. Sollte es da wirklich so etwas wie eine Dankeschön-Spende gegeben haben, dann sollten Sie das noch heute sagen. Sie werden da sowieso nicht herauskommen. Ich bin ganz sicher, dass die Wahrheit ans Tageslicht kommen wird. An dem Sprichwort: „Nichts ist so feingesponnen wie die Wahrheit“ ist etwas dran. Und deswegen: Entscheiden Sie, wie Sie mit dieser Frage umgehen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der LINKEN: Das sollten Sie sich mal merken, Herr Laumann!)

Meine Damen und Herren, ich möchte aber gerne noch zu einem anderen Punkt kommen; der ist mir sehr ernst. Von Ende Januar bis Anfang April war auf den Internetseiten der Duisburger Linken ein Flugblatt abrufbar. In diesem Flugblatt wird Israel als wahrer Schurkenstaat und Kriegstreiber bezeichnet. Es ist dort vom sogenannten Holocaust die Rede. Und da wird gefordert, keine Produkte aus Israel zu kaufen. Als Logo ist auf dem Flugblatt eine Kombination aus Davidstern und Hakenkreuz zu sehen. Ich weiß, dass die Linken sich von diesem Flugblatt distanzieren haben.

(Zurufe von der LINKEN)

Ich weiß aber auch, dass es in der Linken starke antiisraelische Strömungen gibt. Vor zwei Jahren hatte der Duisburger Fraktionschef und damalige OB-Kandidat der Linken, Dierkes, zum Boykott israelischer Waren aufgerufen. Das hat damals bundesweit für Empörung gesorgt. Die antiisraelische Position des Herrn Dierkes steht und ist in Teilen der Linkspartei fest verwurzelt.

Wir wissen alle, dass antiisraelische Haltungen und antisemitische Haltungen nicht dasselbe sind. Aber in der politischen Debatte sind die Grenzen oft schwer nachzuzeichnen. Ich halte es für ausgeschlossen, dass Demokraten mit Parteien paktieren, in denen antiisraelische Strömungen Tradition und Gewicht haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn im braunen rechten Sumpf scheinheilig erklärt wird, man werde doch wohl Israel noch kritisieren dürfen, dann empören sich alle – und das zu Recht. Wenn im linken Sumpf zum Boykott israelischer Waren aufgerufen wird und wenn, wie Herr Dierkes dies ebenfalls tut, Angehörige der israelischen Streitkräfte als Gewohnheitstäter diffamiert werden, denen das Handwerk gelegt werden muss, weil sie angeblich seit Jahr und Tag dafür sorgen, dass Tausenden Menschen das Leben genommen wird und dass Tausende verstümmelt und verkrüppelt werden, dann sollen wir stillschweigen?

Herr Zimmermann, erklären Sie klar und eindeutig Ihre Position. Markieren Sie eine Haltelinie. Schmeißen Sie die Leute aus Ihrer Partei raus, die antiisraelische Ressentiments pflegen und schüren.

Mir ist eines ganz wichtig zu sagen: Genau mit diesem Herrn Dierkes, der diese Israelfeindlichkeit schürt, schmiedet der nordrhein-westfälische Innen- und Verfassungsminister Jäger eine Koalition in Duisburg!

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Herr Jäger, Sie haben, als Sie sich zu Koalitionsverhandlungen mit Herrn Dierkes zusammengesetzt haben, genau gewusst, mit wem Sie reden.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Haushaltsdebatte! Thema verfehlt, Herr Laumann!)

Ich finde, dass unser Innenminister mit solchen Leuten eine Koalition macht, ist schlicht und ergreifend unsäglich!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich frage mich auch: Was soll ich eigentlich von einer Ministerpräsidentin halten, die auch SPD-Vorsitzende ist und zu diesem Treiben ihres Innenministers und der Kreispartei in Duisburg schweigt?

(Minister Ralf Jäger: Das heißt Unterbezirk!)

Frau Ministerpräsidentin, Sie fahren richtigerweise nach Israel. Sie führen richtigerweise die Tradition von Johannes Rau in der Israelpolitik fort.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Thema verfehlt!)

Aber ich frage Sie ganz offen: Wie viele Gesichter muss man eigentlich haben, dass man sich von einer solchen antiisraelischen Partei wie der Linken sowohl in Duisburg als auch im Landtag über die Haushaltshürden helfen lässt?

(Beifall von der CDU und von der FDP – Bärbel Beuermann [LINKE]: Das weise ich energisch zurück! Sofort zurücknehmen, Herr Laumann! Sofort! Herr Laumann, das nehmen Sie zurück, und zwar vor diesem Haus! Aber sofort! – Gegenruf von Armin Laschet [CDU]: Er hat doch recht! – Gegenruf von Bärbel Beuermann [LINKE]: Sie halten den Mund!)

Wenn ich darunter einen Strich mache, dann bin ich schon der Meinung: Schmeißen Sie erst mal Herrn Dierkes aus Ihrer Partei, dann können Sie mit mir reden!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn ich mir die Minister unserer Landesregierung anschau, wenn ich mir anschau, wofür Sie nach wenigen Monaten der Regierungstätigkeit stehen, Frau Kraft,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Fällt Ihnen nichts Besseres mehr ein?)

dann muss ich Ihnen sagen: Sie haben bei der Personalauswahl für Ihre Minderheitsregierung einen verdammt hohen Preis bezahlt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Herr Priggen, wenn ich an Ihre Fraktion denke: Mein Gott, was müssen Sie alles aushalten, um das mit dieser Truppe hinzukriegen?

(Lachen von der SPD – Bärbel Beuermann [LINKE]: Ist das jetzt ein Koalitionsangebot, Herr Laumann? – Zuruf: Halb so viel wie Sie!)

Aber heute geht es auch um die Verabschiedung des Haushaltes 2011.

(Zurufe von der SPD)

Gestartet ist die Landesregierung im Dezember mit einer Neuverschuldung im Haushalt von 7,8 Milliarden €. Am Tag der mündlichen Verhandlung in Münster lag die geplante Neuverschuldung bei 7,1 Milliarden €. In dem Gesetz, das heute verabschiedet werden soll, plant die Landesregierung 4,8 Milliarden € neue Schulden.

Nun ist es so, dass Sie in diesen Monaten der Haushaltsberatungen mit den guten Steuerentwicklungen, die mit der Wirtschaftskraft unseres Landes zusammenhängen, viel Glück gehabt haben, so dass Sie die Verschuldung auf 4,8 Milliarden € herunterbringen konnten. Trotzdem ist es so: In diesem Haushalt werden Investitionen in Höhe von 3,9 Milliarden € vorgenommen, und Sie liegen mit rund 900 Millionen € über der Verfassungsgrenze. In Nordrhein-Westfalen haben die klugen Väter und Mütter unserer Verfassung Gott sei Dank vorgesehen, dass dann, wenn die Wirtschaft normal läuft und man normale wirtschaftliche Verhältnisse hat, die Neuverschuldung nicht höher sein darf als die Investitionsgrenze.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass die Frage, ob wir auch bei der Verschuldungshöhe den Geist und die Realität unserer Verfassung einhalten, für zukünftige Generationen sehr, sehr wichtig ist. Wenn wir sehen, was in unserem Land alles an Aufgaben vor uns liegt, zum Beispiel die Stabilität des Euros und auch die Energiewende, die nicht ohne Geld zu machen sein wird, wenn wir vor allen Dingen die demografische Entwicklung in unserem Land sehen, dann muss ich sagen, dass die Entscheidung des Deutschen Bundestages in der Großen Koalition, eine Schuldenbremse in unsere Verfassung einzufügen, damit wir ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen können, die wichtigste politische Entscheidung seit der Wiedervereinigung unseres Landes war.

(Beifall von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Ich fasse es nicht!)

Ich will Ihnen das einmal deutlich machen anhand der Zahl, die mich immer sehr nachdenklich macht. Sie wissen, dass ich viele Jahre in meinem Leben auch Sozialpolitik gemacht habe und mich deswegen notwendigerweise auch mit der Rente und vielen anderen Fragen in diesem Bereich beschäftigen musste.

In unserem Land leben zurzeit 14 Millionen Menschen, die zwischen 45 und 55 Jahre alt sind. Auch ich gehöre dieser Generation an; viele in diesem Haus gehören dieser Generation an. Wir waren verdammt geburtenstarke Jahrgänge. Die Zahl der Kinder in der gesamten Bundesrepublik Deutschland zwischen fünf und 15 – das sind auch zehn Jahre – beträgt noch ganze 7 Millionen. Das heißt,

diese Jahrgänge, die uns im Berufsleben folgen werden, sind halb so groß wie die geburtenstarken Jahrgänge.

Was passiert, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Pension gehen, in Rente gehen, teilweise von Transferleistungen leben müssen und einige Jahre später auch in das Alter kommen, in dem Pflegebedürftigkeit und erhebliche Inanspruchnahme des Gesundheitssystems unausweichlich sind, denn das hat auch ein bisschen mit Hochbetagtheit und Alter zu tun? Dann muss eine Generation, die halb so groß ist, diese Leistungen erbringen. Und insofern hat die Generation der jetzt 45- bis 55-Jährigen oder auch 60-Jährigen doch wohl allen Grund, zumindest dafür zu sorgen, dass wir, wenn wir in einigen Jahren nicht mehr politisch gestalten, der nachfolgenden Generation nicht völlig überschuldete Haushalte überlassen. Das ist doch wohl eine verdammt Pflicht, die wir haben!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich begreife das nicht. Wenn ich heute ein fünf-, sechs-, sieben- oder zehnjähriges Kind treffe – manchmal ist das ja Gott sei Dank noch der Fall –, denke ich immer: Glaubt die Frau Kraft wirklich, dass es diesem Kind, wenn es 30 Jahre alt ist, erheblich besser gehen wird, als es den heute 30-Jährigen im Schnitt geht? Wieso ist es eigentlich erlaubt, jetzt Dinge unter das Volk zu streuen, die sicherlich schön sind, wie die Abschaffung von Studiengebühren und die Abschaffung von Kindergartenbeiträgen, wenn man genau weiß, dass dieses Kind das später bezahlen muss?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deswegen halten wir die Politik, die Sie hier angehen, schlicht und ergreifend nicht für vernünftig. Um es ganz ehrlich zu sagen: Wir halten sie auch nicht für verantwortlich.

Deswegen haben wir ja auch Vorschläge vorgelegt – darüber kann man im Detail streiten –, mit denen man zu einem verfassungskonformen Haushalt kommen kann. Ich kann mich erinnern, dass in meinem politischen Leben – ich bin auch schon ein paar Tage im Parlament – selten eine Opposition den Mut hatte, Einsparvorschläge zu machen, die die Regierung nicht will. Wir haben das gemacht. Wir wissen auch, dass das nicht überall beliebt ist. Aber wenn man wirklich zu ausgeglichenen Haushalten kommen will, dann kann man sich das Verteilen der Wahlgeschenke, die Sie im Landtagswahlkampf wider besseres Wissens noch versprochen haben, nicht leisten.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Das ist auch der Grund, warum meine Fraktion bei der Frage der Verschuldung eben nicht bereit ist, Toleranz walten zu lassen. Wir haben hier null Toleranz, weil wir diese Verantwortung sehen. Wir sind der Meinung, dass die Neuverschuldung oberhalb

der Investitionsgrenze mit der Verfassung unseres Landes nicht vereinbar ist. Wir haben dazu nicht nur eine eigene Meinung, sondern haben dazu auch Rechtsgutachten eingeholt; das ist ja klar. Wir finden, dass es in einer solchen Situation unabdingbar ist, dass die größte Oppositionsfraktion über die Frage, ob die Regierung in dieser wichtigen Frage der Verschuldungsgrenze Recht und Gesetz in Nordrhein-Westfalen einhält, nicht nur parlamentarische Mehrheiten entscheiden lässt, sondern am Ende auch die dafür nach unserer Verfassung zuständige Stelle, nämlich den Verfassungsgerichtshof in Münster. Deswegen werden wir diesen Haushalt, wenn er so verabschiedet wird, wie er uns heute vorliegt, vom Verfassungsgerichtshof in Münster überprüfen lassen.

(Beifall von der CDU)

Wir würden uns – ich sage das noch einmal – als CDU-Fraktion sehr darüber freuen – wir werden uns auch weiterhin dafür engagieren, haben schon entsprechende Anträge in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht und hoffen, dass wir darüber auch zwischen den Fraktionen gute Gespräche führen werden –, wenn wir auch im Land Nordrhein-Westfalen zur Einführung einer Schuldenbremse in unserer eigenen Verfassung kämen, damit wir uns alle dem Ziel einer nachhaltigen Politik für zukünftige Generationen verpflichtet fühlen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Heute ist diese Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft 308 Tage an der Arbeit.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Zählen Sie auch schon die Tage!)

308 Tage erfolgreiche, gute Arbeit für unser Land! Diese Arbeit hat sich gelohnt, Herr Kollege Laumann.

(Armin Laschet [CDU]: Wie lange müsst ihr denn noch?)

Ihre Rede gerade war doch ein einziger Appell an uns: Regiert weiter! –

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Bärbel Beuermann [LINKE])

Wir machen das. Wir regieren solide und stabil weiter. Sie können sich darauf verlassen: Es wird eine ganz lange Strecke mit Rot-Grün hier in Nordrhein-Westfalen werden.

Normalerweise, Herr Kollege Laumann, ist die dritte Lesung des Haushalts immer auch die Stunde der Opposition, vor allen Dingen ihre Chance, Alternativen aufzuzeigen. Aber Sie haben auch diesmal wieder Ihre Chance vertan. Sie haben damit, Herr Kollege Laumann, noch einmal dem Titel Ihrer sogenannten Broschüre „Versagt in NRW“ alle Ehre gemacht. Denn der Titel „Versagt in NRW“ trifft das Ergebnis Ihrer Arbeit – das ist das Fazit Ihrer Rede – als vermeintliche Opposition hier in Nordrhein-Westfalen wie den berühmten Nagel auf den Kopf: keine Alternative, keine inhaltliche Perspektive. – Das war gerade ein Armutzeugnis, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mit Interesse habe ich bei der Pressekonferenz, die Sie mit Herrn Röttgen bei der Vorstellung dieser sogenannten Broschüre gemacht haben, vernommen, dass Ihre einzige Alternative für Nordrhein-Westfalen die larmoyante Bewertung der damaligen Sondierungsgespräche mit der SPD gewesen sind. Sie weinen immer noch Ihrer verpassten Chance hinterher.

Wissen Sie, Herr Kollege Laumann, mich hat das noch einmal dazu veranlasst, die Sondierungsgespräche vor meinem inneren Auge ablaufen zu lassen. Wir haben ja einige Zeit mit Ihnen zusammengegessen. Das Einzige, was Sie damals interessiert hat, war, an der Regierung zu bleiben und Jürgen Rüttgers als Ministerpräsidenten abzusichern.

Ich habe Sie des Öfteren gefragt: Was ist denn der Markenkern der CDU? Was macht denn die CDU in Nordrhein-Westfalen aus? – Das Einzige, worauf Sie hingewiesen haben, war das Festhalten an der Hauptschule und am Gymnasium. Keine Inhalte, keine inhaltlichen Perspektiven – auch heute nicht! Es ist gut, dass Sie auf der Oppositionsbank sitzen. Aber werden Sie auch endlich eine Opposition, Herr Kollege Laumann!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

In der Bildungspolitik – das haben Sie gerade noch einmal verdeutlicht – gibt es ein bisschen Bewegung bei Ihnen. Keine Perspektiven, keine Alternativen, Fehlanzeige, nur ein bisschen Bewegung!

(Zuruf von der CDU)

Sie nehmen ja jetzt ganz vorsichtig Abschied von der Unantastbarkeit der Hauptschule. Aber sich zaghaft zu bewegen, Herr Kollege Laumann, das ist noch keine Qualitätsverbesserung, wie sie vor allem viele Ihrer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auch von Ihnen erwarten. Die wollen nämlich auch unser Angebot einer Gemeinschaftsschule als Ort des längeren gemeinsamen Lernens umsetzen.

Es ist doch die Aufgabe der Zukunft, dafür zu sorgen, dass ein wohnortnahes Schulangebot organisiert werden kann, das alle Bildungsgänge für alle Kinder eröffnet und das sie auf alle Fälle erreichen

können. Das ist die Aufgabe für die Zukunft. Wir machen das mit unserem Angebot.

Da hilft es auch überhaupt nicht – Ihre Diffamierungskampagne läuft doch völlig ins Leere –, wenn Sie die Gemeinschaftsschule als sogenannte Einheitsschule beschimpfen. Das macht noch nicht einmal Eindruck auf Ihre eigenen Politikerinnen und Politiker vor Ort. Deshalb machen Sie ja auch Verrenkungen, die niemand nachvollziehen kann.

Herr Kollege Laumann, Ihr sogenanntes Schulkonzept – das will ich gerne einräumen – mag ja für die CDU ein Riesensatz sein. Für die Kinder und Eltern ist das allenfalls ein Trippelschritt. Sie von der CDU-Fraktion müssen sich weiter nach vorne bewegen. Machen Sie das. Nehmen Sie unser Angebot an.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben gerade etwas zur Kommunalpolitik und zu den Kommunalfinanzen gesagt. Dazu fällt mir – auch mit Blick auf die vielen Gespräche mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die „Ihr“ Parteibuch haben – ein: Die schwarz-gelbe Koalition und damit Sie haben in ihrer Regierungszeit dafür gesorgt, dass die kommunalen Kassen um 3 Milliarden € ausgeraubt wurden. Das war Ihre Hinterlassenschaft!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Tun Sie heute nicht so, als wären Sie die Wahrer kommunaler Finanzinteressen! – Nein, das lassen wir Ihnen überhaupt nicht durchgehen.

Sie haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen – das war auch eine Ursache Ihres Wahlergebnisses – zu Bittstellern degradiert. Wir haben sie wieder zu Partnern auf Augenhöhe gemacht. Und dabei bleibt es. Darauf können sich die Kommunen in Nordrhein-Westfalen verlassen. Diese Landesregierung ist Partner der Kommunen und der kommunalen Interessen – im Gegensatz zu Ihnen während Ihrer Regierungszeit. Das wissen vor allen Dingen auch diejenigen, die „Ihr“ Parteibuch in der Tasche haben, Herr Laumann. Die loben uns dafür, dass man den Kommunen wieder auf Augenhöhe begegnet. Das führen wir auch fort!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Wo waren denn – außer dem Versuch, Personen zu beschädigen, persönliche Herabsetzungen zu betreiben – Ihre Alternativen, die Alternativen der CDU gerade in der Wirtschafts- und Industriepolitik? – Fehlanzeige.

Ich nehme nur mal das für unser Land so wichtige Thema „Energiepolitik“. – Da sind Sie zunächst einmal – unter großem Jubel auch hier im Landtag – aus dem sogenannten Atomausstieg wieder ausgestiegen. Damit haben Sie – heute liegt der Scherbenhaufen vor Ihnen – nicht nur den gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt. Sie haben auch viele

Investitionen vor allem hier in Nordrhein-Westfalen – Investitionen der Stadtwerke und von anderen, die in erneuerbare Energien investieren wollten – wirtschaftlich erschwert oder gar unmöglich gemacht.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Anna Conrads [LINKE])

Dieser Beschluss zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke lag und liegt wie Mehltau auf der Investitionsbereitschaft von vielen in Nordrhein-Westfalen.

Wir werden dafür sorgen, dass das rückgängig gemacht wird, damit wieder in erneuerbare Energien investiert wird,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

damit unsere Industrie nach vorne kommt! Das werden wir gemeinsam schaffen.

Insofern – das gebe ich gerne zu – bietet die Kehrtwende, die Volte der Bundesregierung – manchmal ist es atemberaubend, was einem aus Berlin entgegenschlägt – einen guten Ansatz. Sie allerdings sitzen nur noch betreten da und wissen gar nicht, was Sie zu dem sagen sollen, weil Sie vorher zur Laufzeitverlängerung Zustimmendes gesagt haben.

Ich räume gerne ein, dass jetzt die Chance besteht, einen neuen, auch vor allem mit Ihnen zu verabredenden Energiekonsens zustande zu bringen. Aber, Herr Kollege Laumann, der darf dann nicht in einer Kommission organisiert werden. Der gehört ins Parlament, in den Bundestag, in die Länderkammer, und vor allem muss darüber dort entschieden werden, wo die demokratisch legitimierten Vertreterinnen und Vertreter sitzen. Verflüchtigen Sie sich nicht in Kommissionen! Das hilft Ihnen überhaupt nicht. Sagen Sie Frau Merkel: Das ist eine Angelegenheit, die im Deutschen Bundestag breit debattiert und entschieden werden muss! Wir aus Nordrhein-Westfalen werden über die Länderkammer unseren Beitrag dazu leisten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Ministerpräsidentin macht es überall deutlich: Es geht in diesem Zusammenhang auch und besonders um die Interessen des Industrie- und Energielandes Nordrhein-Westfalen. Und da vermisste ich die Stimme der CDU aus Nordrhein-Westfalen. Dazu habe ich nichts von Ihnen gehört, auch heute nicht, Herr Kollege Laumann. Alles das, was Sie hier abgeliefert haben, ist ein Beweis für die Orientierungslosigkeit, für die Führungslosigkeit, für die Kopflosgkeit der CDU. Sie haben keine inhaltliche Alternative zu bieten. Sie haben – weder hier im Haus noch außerhalb des Hauses – auch keine personelle Alternative zur Minderpräsidentin Hannelore Kraft zu bieten; das ist hier offenbar geworden.

(Beifall von der SPD und von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Herr Kollege Laumann, nur einen Satz zu dem von Ihnen beantragten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Umgang mit den sogenannten Brennelementekugeln: Das, was Sie gerade dazu gesagt haben, ist der schlagende Beweis dafür, dass dieser Parlamentarische Untersuchungsausschuss so überflüssig ist wie ein Kropf. Lassen Sie das sein!

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bringt überhaupt nichts! Hilft Ihnen nicht weiter, auch in der Sache nicht!

(Holger Ellerbrock [FDP]: Aber sicher!)

Mit der FDP will ich mich nicht lange aufhalten.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Wir haben die 70 Haushaltsanträge zur Kenntnis genommen,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Haben Sie sie auch gelesen?)

werden sie, Herr Kollege Papke, selbstverständlich nach sorgfältiger Prüfung, wie sich das gehört, nachher ablehnen. Aber Sie hatten ja auch nichts anderes erwartet.

Im Übrigen füge ich hinzu, Herr Kollege Papke: Ich will überhaupt nicht über den Zustand der FDP reden. Das machen andere.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Reden Sie über den Zustand der SPD! Da haben Sie genug zu erklären! Im Sinkflug!)

Sie sind in einem Selbstfindungsprozess. Das Einzige, was ich Ihnen gerne persönlich sagen möchte, ist: Weil Sie sich in diesem Hohen Hause immer wieder theatralisch empört und moralisch erhöht haben, fallen Sie jetzt ganz tief. Seien Sie einmal ein bisschen selbstkritisch. Sie haben gleich Gelegenheit dazu. Das stünde Ihnen gut an. Sie brauchen nicht immer nur Kritik von anderen, Selbstkritik wäre auch ganz gut. Vielleicht können Sie dies einmal dem Hohen Hause demonstrieren. Das würde auch Ihrer Fraktion gut tun, die Sie ja bis heute richtig kräftig isoliert haben, Herr Kollege Papke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sehr dünn!)

Meine Damen und Herren, die Vorstellung von Schwarz-Gelb in diesem Landtag, in der Landespolitik ist alles andere als meisterlich. Und, Herr Kollege Papke, darin sind wir uns ja einig: Schwarz-Gelb in Dortmund, das ist das Ergebnis von Teamgeist, Konzentration, Beharrlichkeit und auch von Können.

(Beifall von der SPD)

Ganz im Gegenteil zu den Borussen in Dortmund, denen wir natürlich jenseits aller Sympathien für andere Vereine einen herzlichen Glückwunsch zum Erringen der Deutschen Meisterschaft aussprechen,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

sind Sie als schwarz-gelbe, ehemalige Koalition nicht meisterlich. Bei Ihnen reicht es noch nicht einmal für einen Relegationsplatz. Also lassen Sie das sein mit Ihrer Empörung!

Wir brauchen jedenfalls – das ist wichtig für unser Land – eine Landesregierung und haben mit Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin und Sylvia Löhrmann als Vizeministerpräsidentin eine Landesregierung in unserem Land, die den Mut hat und aufbringt, die Aufgaben der Zukunft nicht nur aufzuschreiben, sondern auch anzupacken.

Ja, 308 Tage haben wir das bereits erfolgreich gemacht. Ich will Sie daran erinnern, was das auch in diesem Parlament bedeutet hat: 216 Abstimmungen haben wir gehabt. 90 Stimmen haben immer gereicht. 90 Stimmen haben immer gereicht! Wir haben keine Abstimmung verloren. Wir sind zuversichtlich, dass wir das auch in der Zukunft gut organisiert bekommen.

Deshalb können die Menschen in Nordrhein-Westfalen darauf bauen: Diese Landesregierung wird weiterhin solide, stabil und zuverlässig ihre Arbeit machen – zum Wohle der Menschen und zum Wohle unseres Landes.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wir werden euch treiben!)

Ja, dieser Haushalt ist der erste, mit dem wir unsere eigenen Projekte und unseren eigenen Weg finanziell hinterlegen.

Herr Kollege Laumann, wir investieren in die Zukunft unserer Kinder und unserer Familien. Wir investieren in die Lebensfähigkeit unserer Städte. Wir haben gesagt: Wir lassen kein Kind mehr zurück. Wir lassen kein Kind mehr allein auf dem Weg zum Erwachsenwerden.

Wir tun das, weil das sozialpolitisch vernünftig und sinnvoll ist, weil das unseren Vorstellungen von einer gerechten, einer solidarischen Gesellschaft entspricht. Wir tun das auch, weil wir es uns wirtschaftlich nicht leisten können, auf nur ein Talent, auf eine einzige Begabung zu verzichten.

Der Schlüssel zu gerechten Chancen ist und bleibt Bildung. Aufstieg durch Bildung – das wird zum Markenkern dieser Regierung. Darauf können Sie sich verlassen. Vor allen Dingen wird das bei den Menschen ankommen. Die wissen heute schon, dass wir die Weichen in die richtige Richtung stellen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb werden wir den Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens, den Ganztagsausbau in allen Schulformen und ein pädagogisch sinnvolles Ange-

bot an Sek.-I-Schulen organisieren. Wir werden die Durchlässigkeit zur Oberstufe garantieren. Wir werden jedes Kind seinen Begabungen entsprechend fördern und zu einem Schulabschluss führen. Und wir werden selbstverständlich die Inklusion, also das gemeinsame Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern, erfolgreich nach vorn bringen.

Meine Damen und Herren, unsere Gemeinschaftsschule ist das Angebot, das diese Anforderungen erfüllt. Unsere Schulministerin Sylvia Löhrmann wird ein solches notwendiges Schulgesetz auf den Weg bringen. Herr Kollege Laumann, ich will Sie ernst nehmen mit Ihrem Hinweis, Sie wollen dazu beitragen und mithelfen, in Nordrhein-Westfalen auch langfristig Schulfrieden zu organisieren. Wir laden Sie herzlich ein: Lassen Sie Ihren Worten auch Taten folgen! Helfen Sie bei der Erarbeitung eines neuen, zukunftsorientierten Schulgesetzes mit. Wir sind dazu bereit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Übrigen will ich noch einmal durchaus selbstkritisch einräumen, dass Schaukämpfe zulasten von Kindern und Jugendlichen in unserem Land von gestern und vorbei sein müssen. Die bringen uns nicht weiter. Herr Kollege Laumann, deshalb appelliere ich an Sie ganz persönlich: Nehmen Sie Ihr Herz in die Hand und machen Sie beim Erarbeiten eines neuen Schulgesetzes mit. Ich würde mich darüber auch persönlich freuen, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Bildung ist der Schlüssel zu Teilhabe und gesellschaftlichem Aufstieg. Deshalb wollen wir auch alle finanziellen Hürden dort abbauen, wo es in unserer Macht steht – von der Kita bis zur Universität.

Mit dem Haushalt, den wir heute verabschieden werden, stellen wir als ersten Schritt das letzte Kindergartenjahr für die Eltern beitragsfrei. Herr Kollege Laumann, entgegen Ihrer Propaganda sage ich Ihnen – und ich werde es auch gleich beweisen –: Das hilft vor allem den Familien mit mittleren und kleinen Einkommen. Ihr Gerede, diese Beitragsfreiheit bevorzuge diejenigen, die ohnehin genug hätten, ist reiner Populismus und geht an den Tatsachen vorbei. Es wird durch ständiges Wiederholen überhaupt nicht besser. Herr Kollege Laumann, wir entlasten damit gezielt die Familien vor allem im unteren und mittleren Einkommensbereich.

Ich will Ihnen das am Beispiel der Stadt Essen deutlich machen, und zwar so, Herr Kollege Laumann, dass Sie es hoffentlich ein für alle Mal verstehen. Die größte Gruppe der Beitragszahler – das waren 1974 gleich 13,3 % aller Haushalte – sind die Eltern, die auf ein Jahreseinkommen von bis zu 37.000 € brutto kommen – 37.000 € brutto Höchstgrenze! Wir reden also, Herr Kollege Laumann, von einem alleinvertienenden Facharbeiter mit gut 2.000 € netto

im Monat. Ihn und seine Familie entlasten wir – als ersten Schritt – für jedes Kind im letzten Kindergartenjahr nach der Gebührenordnung in Essen um mindestens 154 € im Monat – 154 € im Monat! Verdiente dieser Facharbeiter mit seiner Familie auch nur 1 € brutto mehr im Monat, müssten er und seine Familie für eine 45-Stunden-Betreuung pro Woche schon 240 € zahlen.

Damit entlarvt sich auch der von Ihnen künstlich herbeigeredete Gegensatz von Qualität und Beitragsfreiheit, Herr Kollege Laumann. Weil das Land die Übernahme des Elternanteils verlässlich garantiert, wird auch die Planung für die Kommunen und andere Träger sicherer. Das gilt vor allem für die Personalplanung. Das hilft den Erzieherinnen – es sind meistens Frauen –, in diesem schwierigen Job Sicherheit für die Zukunft zu haben. Voraussetzung für pädagogische Qualität ist eine vernünftige Personalausstattung. Das ist ein wichtiger und guter Beitrag, den wir zur Entlastung der Familien und zur Qualitätsverbesserung leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir räumen Barrieren für Bildungsgerechtigkeit aus dem Weg, auch beim Zugang zu den Hochschulen. Ich habe verstanden, meine Damen und Herren von CDU und FDP, dass es Ihnen ideologische Schwierigkeiten bereitet hat, dass wir die Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen wieder abgeschafft haben. Ich verstehe aber überhaupt nicht, dass Sie jetzt verhindern wollen, dass die Hochschulen und die Fachhochschulen die notwendigen Kompensationsmittel bekommen. Ich kann das nicht verstehen. Wir werden das auch überall deutlich machen.

Sie wollen hier einen völlig falschen Weg gehen. Er macht deutlich, dass wir ein anderes Bildungsverständnis, einen anderen Ansatz haben.

Für uns ist völlig klar, dass Bildung ein hohes Gut ist, das vor allen Dingen durch staatliche Handlungen gesichert werden kann. Wir wollen den freien Zugang auch zu den Universitäten, ohne dass er am Geldbeutel der Eltern hängt, meine Damen und Herren. Wir wollen die Studierenden und die Eltern nicht in die Verantwortung für die Qualität der Lehre bringen. Diese Qualität zu gewährleisten, das muss staatliche Aufgabe bleiben. Das wird auch jetzt staatliche Aufgabe sein, wo wir hier die Regierungsverantwortung tragen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Übrigen ist das auch arbeitsmarktpolitisch ein vernünftiger Weg. Ich erfahre in den Diskussionen mit den in der Wirtschaft Verantwortlichen nur Lob, wenn es darum geht, auch dafür zu sorgen, dass mehr junge Frauen und Männer, die studieren können, tatsächlich diese Chance nutzen können und nicht aus finanziellen Gründen eine andere Ausbildung aufnehmen müssen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

Ich erfahre nur Zustimmung für diesen Weg. Sie sollten endlich Ihre ideologischen Scheuklappen ablegen und mit uns gemeinsam an einem freien Zugang zum Studium in Nordrhein-Westfalen arbeiten. Ich lade Sie herzlich dazu ein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben immer wieder herausgestellt, dass wir auf Vorsorge als umfassenden Politikansatz setzen. Wir realisieren diesen Ansatz auch und investieren jetzt, weil wir zukünftige Reparaturkosten in Milliardenhöhe vermeiden wollen. Das ist der Punkt der Auseinandersetzung – ich sage das mit allem Freimut –: Ja, wir wollen jetzt Geld in die Hand nehmen, um künftig Geld zu sparen. Das rechnet sich. Die Prognos-Studie, die im Auftrag der Landesregierung vorgelegt worden ist, belegt das eindrucksvoll. Und das Wissenschaftszentrum in Berlin kommt zu ganz ähnlichen Ergebnissen.

Ich will nur eine Zahl nennen: Gelänge es uns, in den nächsten zehn Jahren die Zahl der jungen Menschen ohne Ausbildung zu halbieren, sparten die öffentlichen Kassen 15 Milliarden € allein in diesem Bereich. Das macht deutlich, dass der Weg, den die Landesregierung – die Ministerpräsidentin vorneweg – eingeschlagen hat, richtig ist. Wir werben überall dafür, dass das auch Allgemeingut wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir setzen auf Vorsorge als umfassenden Politikansatz. Ein wesentlicher Teil dieser Vorsorge findet in den Städten und Gemeinden im Land statt. Dort wird Jugendarbeit, Sozialarbeit, Stadtentwicklung und vieles mehr in diesem Zusammenhang ganz konkret – oder eben auch nicht, wie in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung,

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

als Sie den Kommunen finanziell den Strang um den Hals gelegt haben.

Wenn die Kommunen nicht in der Lage sind, Vorsorge für ihre Kinder, für die Jugendlichen, für Eltern und Familien zu treffen, trifft uns das kurz über lang alle als Bürger und als Steuerzahler.

Deshalb ist die Politik dieser Landesregierung, die Kommunen wieder finanziell auf sichere Beine zu stellen, vernünftig und gut. Sie hilft den Menschen direkt vor Ort. Das geht nicht ohne den Bund, den wir gemeinsam in die Verantwortung nehmen müssen. Unsere Kommunen können dann endlich wieder ihre Aufgaben erfüllen, meine Damen und Herren. Wir werden diesen Weg weitergehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, NRW ist Industrieland und Energieland und will es auch bleiben. Ich bin froh,

dass wir mit der Ministerpräsidentin jemanden haben, der über den Bundesrat dieser Bundesregierung bei ihrer kopflosen Kehrtwende in der Energiepolitik deutlich klarmacht, was es für Nordrhein-Westfalen bedeutet, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Wir haben ein riesengroßes Interesse daran, dass wir bei den erneuerbaren Energien in diesem Land weit nach vorne kommen. Landespolitisch tun wir alles dafür, um die nötigen Weichenstellungen vorzunehmen.

Aber es hat doch keinen Sinn, wenn diese Bundesregierung auf einmal zulasten der Förderung der Windenergie auf dem Land nur noch die Förderung der Windenergie auf hoher See vorantreiben will. Das geht gegen die Interessen von Nordrhein-Westfalen. Wir werden und müssen da unser Wort machen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich lade Sie ein, Herr Kollege Laumann, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, dass dieser falsche Weg nicht gegangen wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben allesamt gelernt, wie notwendig, vernünftig und richtig es gewesen ist, mitzuhelfen, dass Deutschland, dass Nordrhein-Westfalen ein Industrieland ist. Deshalb sage ich in allem Freimut: Diese Koalition weiß und hat es auch in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass industrielle Produktion und Wertschöpfung hier in unserem Land die Basis für Wohlstand sind.

Deshalb werden wir uns anstrengen, alles zu tun, um dafür zu sorgen, dass unsere Industrie im internationalen Wettbewerb mithalten kann, dass sie modernisiert wird, dass wir neue, vernünftige Effizienzanstrengungen vornehmen, um weniger Energie verbrauchen zu müssen, dass wir auf dem Weg zu den erneuerbaren Energien konsequent nach vorne gehen und dass wir vor allen Dingen dafür sorgen, dass hier in Nordrhein-Westfalen die großen Programme, die aus dem Emissionshandel und seinen Erlösen finanziert werden können, auch anlanden. Wir in Nordrhein-Westfalen sorgen dafür, dass aus dem Emissionshandel viel Geld beim Bund anlandet. Deshalb ist es richtig, wenn die Landesregierung, wenn die Ministerpräsidentin, sagt: Das muss zu großen Teilen wieder nach Nordrhein-Westfalen kommen, damit wir hier modernisieren und unsere Industrie für die Zukunft fit machen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es gibt – zumindest für uns – keinen Gegensatz zwischen dem, was an ökologischen Herausforderungen vor uns liegt, und dem, was wirtschaftlich und industriepolitisch notwendig ist. Wir werden das mit dem Landesklimaschutzgesetz beweisen. Dieses Vorhaben entspricht genau dem, was wir wollen. Wir laden alle ein – Beschäftigte, Gewerkschaf-

ten, Verbände, Unternehmen und Kommunen –, bei diesem ehrgeizigen Projekt mitzuarbeiten.

Einen Erfolg wird es nur miteinander geben. Aber dann wird es ein Erfolg sein, mit dem Nordrhein-Westfalen erneut Industriegeschichte schreiben kann. Da bin ich ganz zuversichtlich. Das ist eine Aufgabe für eine Industrieregion, die nicht in einer einzigen Legislaturperiode abgearbeitet werden kann, eine Aufgabe für die Zukunft. Wir wollen die entsprechenden Weichen stellen.

In Bottrop wird in der nächsten Woche ein ganz wichtiges, großes Projekt in Gang gesetzt. Damit werden wir die Weichen dafür stellen, dass viele Nachtstromspeicherheizungen durch die Versorgung mit Fernwärme ersetzt werden können. Das ist ein großes, wichtiges Projekt in Nordrhein-Westfalen, mit dem wir zeigen: Ja, gerade heute macht es Sinn, auf dezentrale Versorgungsmöglichkeiten, auf vernünftige Fernwärmeversorgung umzustellen, und dafür zu sorgen, dass die Chancen zur Nutzung von mehr Fernwärme in Nordrhein-Westfalen auch genutzt werden.

Wir machen das im Übrigen gemeinsam mit den Unternehmen, die hier in Nordrhein-Westfalen Fernwärme erzeugen und vertreiben; wir haben sie dazu eingeladen, und sie haben unsere Einladung angenommen. Das ist ein wichtiges industriepolitisches Projekt, und ich bin dankbar, dass der Umweltminister nächste Woche öffentlich den Startschuss dafür gibt. Das ist ein wichtiger Baustein für eine neue Politik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch einen ganz wichtigen Punkt in aller Klarheit ansprechen. Ja, wir sind uns in dieser Regierungskoalition einig, dass wir deutschlandweit und in Nordrhein-Westfalen sowieso einen Weg ohne Atomenergie gehen wollen. Wir wissen, dass wir einen langen Weg vor uns haben, wenn wir noch mehr – und in der Stromerzeugung am besten nur noch – erneuerbare Energien einsetzen wollen. Wir wissen auch, dass wir einen langen Weg vor uns haben, um von den CO₂-Emissionen wegzukommen.

Deshalb haben wir uns sehr realistische Ziele vorgenommen und wollen Schritt für Schritt vorgehen. Wir müssen auf dem Weg immer wieder schauen, was wir erreicht haben, an welchen Stellschrauben gedreht werden muss und wo wir auf dem Kurs korrigieren müssen. Ich habe gelernt, dass in der Energiepolitik langfristige Zuverlässigkeit wichtig ist und dass man jeden Schritt, der gegangen wird, immer wieder korrigieren können muss.

Ich füge hinzu – weil ich immer noch das Geschrei aus der CDU in den Ohren habe –: Die abgewählte Landesregierung unter Jürgen Rüttgers hatte sich zum Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2020 um 33 % zu senken. Reiner Priggen und ich haben uns immer verwun-

dert angeschaut und uns gefragt: Wie wollen sie das eigentlich hinbekommen? Denn Maßnahmen haben Sie überhaupt nicht genannt.

Rot-Grün hat dann zum Erstaunen der Öffentlichkeit – ich gebe gerne zu: auch zum Erstaunen mancher in unseren eigenen Reihen – einen Koalitionsvertrag vorgelegt, der besagt, dass wir bis zum Jahr 2020 eine CO₂-Reduktion von 25 % – also ein Viertel weniger, als von Schwarz-Gelb beabsichtigt – hinbekommen wollen. Wir wissen, dass das ein ehrgeiziges Ziel ist, und wir sind uns längst noch nicht sicher, ob wir es erreichen können.

Jetzt höre ich auf einmal Geschrei aus Ihren Reihen – auch aus Teilen der Industrie –, das sei der Beginn der Deindustrialisierung in Nordrhein-Westfalen. Lassen Sie die Kirche im Dorf!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir machen das ordentlich und vernünftig, wie es sich gehört.

Ich will noch mit einer anderen Legende aufräumen, damit Sie uns damit nicht weiter traktieren: Uns ist völlig klar, dass wir eine lange Strecke vor uns haben, bis wir einen Anteil von 100 % Erneuerbaren in der Stromerzeugung erreichen und sie vielleicht auch bei der industriellen Produktion als Ersatz für andere energetische fossile Rohstoffe einsetzen. Dies wird nur mit dem abnehmenden Einsatz fossiler Energieträger funktionieren. Wir haben uns fest vorgenommen und das auch offen in den Koalitionsvertrag geschrieben: Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin neue, hocheffiziente fossile Kraftwerke. Wenn wir damit nur Gaskraftwerke gemeint hätten, dann hätten wir das auch so in den Koalitionsvertrag geschrieben.

Wir sind uns da völlig einig. Nordrhein-Westfalen wird seinen Weg gehen und eine große Kraftanstrengung unternehmen, um seine industrielle Produktion zu modernisieren und vor allen Dingen dafür zu sorgen, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen Industrie- und Energieland bleiben.

308 Tage ist die neue, funktionierende Landesregierung mit Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann an der Spitze jetzt im Amt, und es werden noch sehr viele mehr werden. Wir packen die zukünftigen Aufgaben an. Wir haben viel vor uns, und viel wird in diesem Parlament noch zu bearbeiten sein. Die Menschen können sich auf Rot-Grün – auf diese Landesregierung – verlassen. – Glück auf!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Priggen das Wort.

(Beifall von den GRÜNEN)

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist jetzt gerade ein Jahr her – am 9. Mai des letzten Jahres war die Landtagswahl –, und deswegen ist es auch angemessen, ein Stück weit zu bilanzieren, wo wir heute stehen und wie das vergangene Jahr abgelaufen ist.

Der Landtagswahl vorausgegangen war die Bundestagswahl im September 2009 mit der langersehnten Traumkonstellation von Angela Merkel und Guido Westerwelle. Ich habe 1998, als Rot-Grün im Bund angefangen hat, gedacht, der Start war etwas holprig. Das hat uns in der Kommunalwahl 1999 wehgetan. Aber gegen das, was bei der Ablösung von Helmut Kohl durch Schröder, Fischer und die anderen Kollegen und Kolleginnen gemacht worden ist, war es nun wirklich ein Desaster, was ab September 2009 in der Bundesregierung gemacht wurde.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Innerhalb eines Dreivierteljahres ist der gesamte politische Kredit verspielt gewesen. Das war auch ein Teil der Quittung, die am 9. Mai des vergangenen Jahres hier erteilt worden ist.

Der erste ganz wichtige Erfolg für uns war doch, dass die Bundesratsmehrheit nicht mehr da, dass nicht mehr durchregiert werden konnte gegen die Länder, gegen die Kommunen ohne irgendeine Rücksicht. Es ist schon ganz nett, wenn Herr Kollege Laumann vor diesem Hintergrund eben gesagt hat: Es ist positiv zu bewerten, dass die Grundsicherung im Alter jetzt schrittweise die Kommunen entlastet. – Es glaubt doch niemand, dass Ursula von der Leyen an den Verhandlungstisch gezwungen worden wäre, wenn es nicht eine geknackte Bundesratsmehrheit gegeben hätte. Insofern war es wichtig, dass wir das geschafft haben. Das war das erste Ziel.

Ich möchte nur an das Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom Januar 2010 erinnern, unter anderem mit der Hoteliersteuer, den Steuererleichterungen für Erben und anderes. Herr Kollege Laumann, wenn Sie jetzt immer wieder darauf herumreiten, dass die Befreiung der Elternbeiträge in einem Kindergartenjahr gemacht wird: Das ist ungefähr der NRW-Anteil an der Hoteliersteuer. Das ist in etwa die gleiche finanzielle Größenordnung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Man kann darüber streiten, aber man kann doch ganz sicher nur sagen, dass es besser ist, das Geld den Eltern, den Familien und den Kindern zu geben, als den Hoteliers einen Nachlass einzuräumen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn wir wissen, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz NRW jedes Jahr 880 Millionen € kostet und wir 17.000 Stellen einsparen müssten, um das aufzufangen, dann bekommt auch die Befrei-

ung von Studiengebühren für die Familien, die studierende Kinder haben, und vor allen Dingen für diejenigen, die sich überlegen, ob sie sich ein Studium erlauben können, einen ganz anderen Beigeschmack.

Sie verzerren das Bild immer so, als ob eine Regierung angetreten wäre, die sagt: Egal, was mit Schulden ist; je mehr Schulden wir machen, umso präventiver! Das ist doch überhaupt nicht der Punkt. Wir haben jetzt einen Haushalt vorgelegt, der 3 Milliarden € unter dem liegt, was wir zunächst angenommen hatten, und der – wenn ich mir die mittelfristige Finanzplanung von Helmut Linssen ansehe – weit unter den dort konstant genannten 6,6 Milliarden € liegt. Noch im Juli 2010 hat Helmut Linssen eine Pressekonferenz gemacht, aus der sich ergab, dass wir bei den zu erwartenden Steuermindereinnahmen über die 7-Milliarden-€-Grenze der Neuverschuldung in 2011 kommen würden.

Wenn ich das alles berücksichtige, dann sage ich: Wir machen eine Gegenfinanzierung, wir werden die Grunderwerbsteuer erhöhen und werden dadurch das, was der Wegfall der Studiengebühren und das beitragsfreie Kindergartenjahr ausmacht, an Einnahmeverbesserungen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen war zugegebenermaßen kompliziert. Wir hatten viele Sonderungsgespräche und haben dann im Ergebnis eine Minderheitsregierung begonnen. Herr Prof. Korte von der Uni Duisburg, der bei uns zu Gast war und uns zur Frage einer Minderheitsregierung beraten hat, hat damals gesagt: Macht das möglichst lange; ihr seid für die Politikwissenschaft eines der spannendsten Forschungsobjekte.

(Heiterkeit von Ministerin Svenja Schulze)

Insofern sind wir hier auch im Auftrag der Wissenschaft unterwegs.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Ernst: Wir machen das natürlich für das Land.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Aha!)

Wir machen das für das Land, wir machen das nicht für die Wissenschaft. Ich weiß auch nicht, ob die Wissenschaft mittlerweile Baden-Württemberg nicht noch spannender findet. Es ist jedenfalls ein Projekt, das länger dauert. Ich kann mich erinnern, dass uns manche Kolleginnen und Kollegen aus den Medien am Anfang nur wenige Wochen und Monate gegeben haben.

Ich gebe zu: Unsere Arbeit als Minderheitsregierung ist nicht nur für uns anstrengend, sie ist auch für die Opposition anstrengend. Das gebe ich ehrlich zu. Ich habe mir neulich mal überlegt, warum die Opposition eigentlich so agiert, wie sie agiert. Normalerweise gibt es bei einem Regierungswechsel eine

stabile Mehrheit. Dann wird die Koalition in die Opposition geschickt, regeneriert sich, analysiert ihre Fehler, zieht personelle und inhaltliche Konsequenzen und baut sich über Sacharbeit neu auf. So haben wir das in den fünf Jahren, nachdem wir verloren hatten, gemacht. Das ist der normale Weg.

Bei einer Minderheitsregierung ist die Situation komplizierter und wesentlich anstrengender für die Opposition.

(Heiterkeit von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Gunhild Böth [LINKE]: Das stimmt!)

– Ich bedanke mich für die Bemerkung; ich komme gleich noch auf die Linke zu sprechen.

Ich habe eine Pressemappe mit sieben Seiten Zitaten zur Minderheitsregierung und zu Neuwahlen in Nordrhein-Westfalen. Daraus möchte ich nur drei Zitate bringen, alle vom Landesvorsitzenden der CDU. Nebenbei: Es ist ganz spannend, dass sich die beiden ehemaligen Regierungsparten zwei Nebenerwerbslandesvorsitzende suchen, die ihren Schwerpunkt eigentlich in Berlin haben und dort mehr als ganztätig gefordert sind und nur noch ab und zu als Touristen hier auftauchen. Aber sei's drum!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zum klaren Kurs der Opposition Norbert Röttgen am 12. März auf dem Landesparteitag der CDU in Siegen:

Wenn die Regierung weder willens noch in der Lage ist, den verfassungsrechtlichen Anforderungen, die sich aus dem Urteil ergeben, in dem Haushalt 2011 nachzukommen, und wenn sich das spätestens in dem Haushaltsbeschluss des nordrhein-westfälischen Landtags dokumentiert, dann werden wir nicht nur erneut Klage erheben, sondern dann werden wir den Antrag auf Neuwahlen damit verbinden. Das ist dann nicht mehr nur juristisch. Wir wollen politisch entscheiden. Die Bürgerinnen sollen entscheiden über ihre Zukunft.

So weit Norbert Röttgen am 12. März 2010.

Das zweite Zitat aus den „Aachener Nachrichten“ am 4. Mai – dazwischen lag Baden-Württemberg, um es klar zu sagen. Ganz kurz, „Aachener Nachrichten“, 4. Mai. Norbert Röttgen: Wir sind in einer Situation, in der es für Neuwahlen keinen Grund und keine parlamentarische Mehrheit gibt.

Das dritte Zitat vom 16.05. im „Focus“! Frage: Warum wollen Sie nicht die Regierung in Düsseldorf bereits vor 2015 ablösen? – Antwort Röttgen: Diese Beispiele zeigen doch klar, dass wir eine konsequente Oppositionsarbeit machen. Wir wollen so dazu beitragen, dass wir die nächste Wahl 2015 gewinnen. – Das ist, mit allem Respekt, eine geradlinige Oppositionsstrategie.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Regierungsbildung damals war schwierig. Wir haben uns dazu entschieden. Es gibt keine andere Konstellation, die erkennbar bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Arbeit gibt es genug. Dann machen wir diese Arbeit weiter, gerne auch bis 2015!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Sigrig Beer [GRÜNE]: Und darüber hinaus!)

Ich habe ja angekündigt, die Linke anzusprechen. Ich habe mit Interesse Ihren Kleinen Parteitag verfolgt: Ihr Landesvorsitzender, Hubertus Zdebel, hat sich darüber beklagt, dass es hier keine Mehrheitsregierung mit klarer Mehrheit gibt. Wenn Sie dann in der Opposition an Ihrem Abstimmungsverhalten gemessen würden, dann könnten Sie abstimmen, wie Sie wollten. Sie müssen sich aber dem stellen, was Sie hier tun, und übernehmen damit Verantwortung. Da beklagt sich ein Parteivorsitzender darüber, dass seine Partei Gestaltungsmöglichkeiten, Einfluss hat und nicht völlig folgenlos hier sitzt! Das war für mich auch neu.

Insofern kann ich nur bilanzieren und ehrlich sagen: Ein Stück weit nutzen Sie die Chance. Wir wissen, an einigen Punkten – ich komme gleich noch auf das Stadtwerkegesetz und anderes – waren Sie es, die den Weg dafür freigeräumt haben. Es war für uns schon klar, dass Sie dieses Gesetz nicht behindern würden. Es wäre politisch auch völlig unverantwortlich, wenn Sie das gemacht hätten. Insofern haben Sie eine gewisse Gestaltungsmöglichkeit. Aber wenn Ihnen Ihr Parteivorsitzender wünscht, dass Sie hier völlig verantwortungslos agieren können, dann müssten Sie hier auch nicht sitzen. Insofern sollten Sie ihm dazu einmal eine freundliche Rückmeldung geben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn ich nach einem Jahr jetzt politisch-inhaltlich eine Bilanz der Arbeit der Opposition ziehe, dann wird das aus meiner Sicht sehr mager. Ich kenne keine einzige inhaltliche Initiative der FDP. Zum Haushalt heute Morgen: Die Poststelle bei uns hat eine ganze Stunde gebraucht, um Ihre Anträge zu sortieren. Nachdem wir über drei Monate diesen Haushalt diskutieren, kommt heute Morgen ein solcher Stapel von 76 Einzelanträgen der FDP. Das ist keine Arbeitsweise. Das tut man nicht.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Die Anträge hätten in den Debatten vorliegen müssen. Ich jedenfalls habe ein anderes Verständnis davon, wie man arbeitet. Sie können das machen. Das ist dann FDP-Qualität. Ich sage Ihnen: ein Jahr lang kein substanzieller Beitrag!

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Herr Kollege Laumann, ich möchte positiv aufgreifen: Wir hatten eine aus meiner Sicht wirklich beeindruckende Debatte – Sie haben das eben selber angesprochen – zur Frage: Kommen die Kommunen wirklich aus den Haushaltsproblemen raus? Haben sie eine Chance? Dabei haben Sie einen Paradigmenwechsel zu der Position, die von der Koalition zuvor vertreten wurde, vollzogen.

Sie haben gesagt – das hat sich mir eingebrannt –: Wenn die Gesellschaft immer mehr Aufgaben auf den Staat verlagert, dann kann man nicht erwarten, dass der Staat mit immer weniger Geld auskommt, dann ist die Zeit für Steuersenkungen vorbei. Und wenn die Kommunen bei den Sozialausgaben so unter Druck stehen und sie nicht tragen können, dann müssen wir dafür sorgen, dass der Bund 50 % der Soziallasten übernimmt, weil die Kommunen keine Chance haben, da allein herauszukommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war unser gemeinsamer Antrag. Dafür will ich mich noch einmal bedanken, weil die dort vertretene Position richtig ist. Wir sind jetzt in mühevoller Kleinarbeit dabei, darüber mit der Bundestagsfraktion, mit allen anderen auch im Hinblick auf 2013 zu diskutieren – ich erwarte das auch von den anderen Kollegen –, damit sich das in den Parteien auch festsetzt. Wir alle wissen, dass die Berliner das Geld, das sie einnehmen, für andere Dinge ausgeben wollen. Das Vorhaben, die schwierige Situation der Kommunen deutlich zu machen und dafür zu sorgen, dass sich da etwas ändert, braucht eine breite Unterstützung. Insofern war das eine positive Sache. Daran sollten wir weiter arbeiten.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das haben wir auch gemacht!)

– Danach haben Sie aber Angst gekriegt, weil Sie nicht zu viel mit uns zusammen machen wollen. Aber egal, das war richtig und gut, wir sollten weiter daran arbeiten.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie tun doch nichts!)

Ich greife positiv – das fand ich vorhin bemerkenswert – Ihre Ansage zur Schulpolitik auf. Sie haben Herrn Römer und mich zu einem Gespräch eingeladen. Wir haben Ihnen zunächst gesagt: Wir warten ab, was die Bildungskommission erarbeitet. Sie wird am Freitag hier im Landtag ihre abschließende Sitzung haben. Dann werden die Ergebnisse vorgelegt. Sie haben völlig recht: Das Parlament entscheidet letztendlich. Wir werden uns damit befassen. Es ist keine Kommission, die sagt, wie Schule sein soll. Ich habe das Signal auch verstanden.

Natürlich gibt es ein ehrliches Interesse der Regierungsfractionen, sich mit der CDU zu verständigen, weil Sie in den Kommunen sehr stark sind und weil es besser ist, wenn wir die Schulpolitik zusammen

gestalten. Insofern werden wir auf das Gesprächsangebot zurückkommen. Aber wir werden auch mit allen anderen Fraktionen reden.

Ich muss ehrlicherweise auch sagen: Sie haben sich in der CDU mit Schulpolitik befasst, weil Sie erkennen mussten, dass Sie mit dem alten Kurs nicht weiter kamen. Ich habe bis heute auch nach Ihrem Gesetzentwurf und nach den Parteibeschlüssen nicht genau verstanden, wo Sie hinwollen. Das können wir aber in den weiteren Gesprächen klären und gucken, ob wir einen gemeinsamen Weg finden. Jedenfalls ist das eine Möglichkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wenn ich die Bilanz für uns nach diesem einen Jahr, für die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, für die Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien ziehe, dann sage ich: Für mich fällt diese Bilanz eindeutig positiv aus. Man kann immer sagen, wir hätten es noch besser machen können. Dieser Anspruch ist auch richtig. Für mich ist die Bilanz aber positiv. Und ich will Ihnen die Gründe nennen, warum die Bilanz für mich positiv ist.

Wir hatten einen Popanz, der hier durch den Saal getragen wurde, mit „Privat vor Staat“. Dieser ideologische Popanz ist nun tatsächlich am Ende. Er wird hier nicht mehr Linie der Politik sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will es für die wirtschaftspolitische Facette klar beleuchten: Der Staat setzt den Rahmen für den Wettbewerb. Ich komme gleich ausführlicher darauf, wenn wir über Energiepolitik reden. Der Staat setzt den Rahmen, damit der Wettbewerb funktioniert. Diesen Rahmen setzen nicht RWE und E.ON oder andere. Das muss die Grundlinie sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt einen zweiten ganz wichtigen Punkt: Es ist Schluss mit der Kommunalfeindlichkeit. – Herr Laumann hat eben von einem fairen Umgang mit den Kommunen gesprochen. Kollege Römer hat es angesprochen. Natürlich kann es einem wehtun, wenn 5 % Grunderwerbsteuer gezahlt werden müssen. Norbert Römer weiß, warum ich mich da winde. Aber man kann auch sagen: Wenn wir die ganzen 5 % bekommen, sind es noch 1 Milliarde € Schulden weniger, dann können die Kollegen uns vor Gericht noch weniger angreifen.

Aber es gehört auch zu einem fairen Umgang, dass man sich nicht an den Kommunen vergreift und ihnen immer wieder Geld wegnimmt. Ein Teil der Gerichtsurteile, die wir mit dem Nachtragshaushalt heilen wollten, ist genau darauf zurückzuführen. Insofern sind wir diejenigen, die, mit Euro nachrechenbar, wesentlich fairer mit den Kommunen umgehen, als Sie das über Jahre gepflegt haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will zum Thema „FGU-Umverteilung“ ganz klar sagen: Es muss bei Soziallasten und anderen Kosten einen Ausgleich zwischen den Kommunen geben, weil es Kommunen gibt, die aus den unterschiedlichsten Gründen stärker oder schwächer betroffen sind und mehr Bedarfsgemeinschaften oder weniger haben. Wenn wir ehrlich sind, so haben Sie sich doch fünf Jahre lang davor gedrückt, das zu machen.

(Zustimmung von der SPD)

Das kann doch nicht sein. Wenn man das erst nach acht Jahren macht, dann fallen die Unterschiede umso stärker auf. Sie haben es nicht gemacht, weil der ländliche Raum, der stärker CDU-bestimmt ist, Angst hatte, dass er etwas verliert. Wir haben das in der Legislaturperiode davor gemacht. Sie hätten es mindestens einmal machen müssen. Wenn Sie es aber nicht machen, wird es hinterher umso härter.

Insgesamt – das muss man auch feststellen – ist die Umverteilungsmasse, gemessen am Gesamtvolumen des Gemeindefinanzierungsgesetzes, relativ klein. Aber wenn man es so lange nicht macht, trifft es besonders hart. Wir haben jetzt nur einen Teil gemacht. Wir werden ein größeres Paket zum Gemeindefinanzierungsgesetz im kommenden Jahr vorlegen müssen, und dann werden wir sehr intensiv darüber diskutieren müssen.

Aus meiner Sicht wäre es am vernünftigsten, man käme zu schnelleren Anpassungen in kürzeren Abständen, um damit besser umzugehen und um die Ausschläge nicht so stark werden zu lassen. Sonst nützt es doch niemandem, und die Kommunen werden vor Gericht klagen. Wenn man versucht, einen Mechanismus zu finden, der kontinuierlicher ausgleicht, dann sind die Ausschläge für alle Betroffenen kleiner.

Das Thema „Kommunalfeindlichkeit“ ist also zu Ende. Und drittens ist – das will ich ganz klar sagen, weil es eben angesprochen worden ist – auch Schluss mit der Mitbestimmungsfeindlichkeit der FDP.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt nicht, dass man alles machen muss. Aber das, was hier in den ersten Jahren der CDU/FDP-Regierung gelaufen ist, stand immer unter starkem Einfluss der FDP. Jedenfalls war die Politik eindeutig von einer fanatischen Negativposition gegenüber den Gewerkschaften und den Mitbestimmungstatbeständen geprägt. Wir ändern das jetzt in den Schulen, in den Hochschulen und im allgemeinen Berufsleben. Auch das packen wir an. Dafür – da bin ich zuversichtlich – werden wir Mehrheiten finden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Um es klar zu sagen: Das ist nicht nur Rückabwicklung, was wir machen, sondern es ist im vergangenen Jahr auch Gestaltungspolitik gewesen. Es war

uns außerordentlich wichtig, als Erstes das Gesetz, das wir Grünen damals provokant Stadtwerkeretzungsgesetz genannt haben, anzupacken. Wir hatten von allen 16 Ländern das restriktivste Gesetz für die wirtschaftliche Betätigung der Stadtwerke im Bereich Energie. Das war derart skurril – die FDP hat nur noch von „kommunalen Nagelstudios“ und ähnlichen Extravaganzen gesprochen –, dass die Stadtwerke Münster bei der Entwicklung neuer Zähler, Smart Grids, mit den Stadtwerken Osnabrück jenseits der Landesgrenze zusammenarbeiteten, weil sie es bei uns nicht hätten machen dürfen, da ein Privater das ja auch hätte machen können. Wobei Stadtwerke, solange es sie gibt, immer Stromzähler in den Haushalten installiert haben, ohne Konflikte mit dem Handwerk zu bekommen. So skurril ist die Situation gewesen.

Wir haben das geändert. Und entgegen dem Popanz: Es gab keinen Konflikt mit dem Handwerk, sondern es gab am Ende einen gemeinsamen Vorschlag des Verbandes der Kommunalen Unternehmen – VKU – und dem Deutschen Handwerkskammertag. Es gibt eine aus meiner Sicht vernünftige Linie: Die Stadtwerke gehen bis ins Haus an den Zähler, und was hinter dem Zähler passiert, ist Sache des Handwerks. So handhaben es überall vernünftige Stadtwerke – auch in der Vergangenheit. Das ist eine gute Linie.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Nun gibt es den Raum, damit die tätig werden können. Deswegen ist das gut so gewesen.

Ein weiterer Bereich ist eben schon angesprochen worden: die Schulpolitik. Wir haben repariert, aber wir machen auch Wege frei; das ist das Wichtigste. Natürlich haben wir die Kopfnoten wieder abgeschafft. Ich habe nicht verstanden, warum man als Konservative sechs Kopfnoten einführen musste. Wenn man Kinder hat, weiß man auch aus dem Freundeskreis der Kinder, wie es ihnen geht, wenn jemand über den Daumen weg beurteilt wird. Was braucht ein junger Mensch? – Der braucht doch keine Note vor den Kopf geknallt, schon gar nicht sechs Noten, sondern der braucht das Gespräch mit dem Lehrer und der Lehrerin, die ihm erklären, wo er gut ist, wo er Probleme hat, wie er gefördert werden kann oder wie er sich betätigen soll. Aber er darf nicht über einen Kamm mit sechs Kopfnoten geschoren werden, nicht mit einem solchen Disziplinierungsinstrument.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das war Quatsch, genauso wie die verbindliche Grundschulempfehlung, die dazu geführt hat, dass bereits bei Beginn in der Grundschule der Drill auf die Kinder erhöht wurde, teilweise auch von Eltern, weil sie das Beste für die Kinder wollten und sie von Anfang an unter Druck gesetzt haben, damit sie möglichst die Empfehlung für das Gymnasium bekommen. Wir haben das weggenommen. Das war

auch eine erhebliche Arbeitsbelastung für die Lehrerinnen und Lehrer. Jetzt gibt es für die Eltern die freie Schulwahl. Und ist das Chaos ausgebrochen? Es ist nicht ausgebrochen. Das war eine völlig unnötige Maßnahme.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Unsinn! Statt freier Schulwahl gibt es Schulbezirksgrenzen!)

Und zu der Möglichkeit der Kommunen, Schuleinzugsbezirke zu schaffen – dabei ist mir das Wort „Möglichkeit“ wichtig –: Wir haben niemals eine Kommune gezwungen, das zu machen. Da, wo sie es für richtig halten, können sie es machen, und wer es nicht will, macht es nicht. Das ist eine Grundlinie, die die ganze Zeit gefahren wird, über die wir lange Zeit diskutiert haben, auch in den Koalitionsverhandlungen und in den Vorbereitungen dazu. An der Stelle soll die kommunale Verantwortung gestärkt werden, weil das auch im Diskurs zwischen Eltern und kommunalen Räten, in Kenntnis der Schülerzahlen, so wie sie sich entwickeln, und auch in Kenntnis der Räume, die die Kommunen zu unterhalten haben, der beste Ort ist, um sich auszutauschen, was für die jeweilige Kommune richtig ist. Hier haben wir gesagt: Wir schaffen mehr Möglichkeiten, wir reichen die Verantwortung nach unten, und zwar – das ist völlig klar – bei Vergleichbarkeit der Abschlüsse.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

Ein Schulabschluss ist eine Qualitätsaussage und soll denjenigen, die sie bekommen, helfen, sich mit dem Abschluss zu bewerben. Aber davor gibt es Gestaltungsmöglichkeiten. Dementsprechend ist der Modellversuch Gemeinschaftsschule angegangen worden.

Ich begrüße noch einmal das, was Herr Laumann eben angekündigt hat, weil das für mich das Beeindruckendste in den ganzen Diskussionen war: Kommunen wie Schöppingen und Horstmar, CDU-geführt, wissen, dass sie nicht mehr genügend Kinder in ihren Orten haben, um alle Schulangebote vorzuhalten. In Kürze müssen sie alle Kinder nach der vierten Klasse mit dem Bus zur Nachbarkommune fahren. Daraufhin sagten die Bürgermeister: Das ist für uns ein wirtschaftlicher Standortnachteil. Ein Unternehmen, das sich ansiedeln will – im Münsterland gibt es relativ gute Ansiedlungsmöglichkeiten für mittelständische Unternehmen – fragt auch: Welche Schulen gibt es für die Kinder unserer Mitarbeiter? – Wenn dann die Antwort lautet, wir haben eine sehr gute Grundschule, danach packen wir die Kinder in den Bus und fahren sie 20 Kilometer durch die Gegend, dann entgegenen die: Dort gibt es auch Gewerbegrundstücke. – Insofern ist es neben der sozialpolitischen, neben der bildungspolitischen auch eine wirtschaftspolitische Frage, dass Kommunen insofern Möglichkeiten erhalten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Deswegen war es richtig, diesen Versuch anzufangen. Deswegen fällt auch da die Bilanz nach einem Jahr für mich positiv aus. Aber es liegt noch viel Arbeit vor uns. In zwei Tagen findet in diesem Saal die Bildungskonferenz statt, dann werden wir darüber reden und uns miteinander austauschen.

Jetzt würde ich gerne auf die Energiepolitik als einen weiteren wichtigen Bereich zu sprechen kommen. Ich glaube, dass das, was zurzeit in der Bundesregierung läuft – je nachdem, wie es läuft –, für Nordrhein-Westfalen von ganz entscheidender Bedeutung ist. Ich habe wenig Anlass zu glauben, dass diese Bundesregierung handwerklich hervorragend arbeitet. Es werden Weichenstellungen vorgenommen, die energiepolitisch den notwendigen Umstieg in die energiepolitische Zukunft darstellen sollen.

Energiepolitik war immer auch Strukturpolitik und immer umstritten, egal ob es um Steinkohle ging, um die Sicherheit bei der Atomenergie, den Klimaschutz. Das Thema war stets außerordentlich stark umstritten.

Im letzten Herbst hat die Bundesregierung den „Herbst der Entscheidungen“ angekündigt. Die Laufzeitverlängerung wurde durch das Parlament gepeitscht. Sie konnte schon nicht mehr durch den Bundesrat gebracht werden, sondern musste daran vorbeilaviert werden. Aber diese Laufzeitverlängerung ist hier frenetisch begrüßt worden und war ein Markenstück schwarz-gelber Regierungspolitik.

Dann kam Fukushima. Ich würde gerne noch einmal drei Zitate bringen, die – um es ganz klar zu sagen – auch vom Landesvorsitzenden der CDU stammen, und zwar aus einem „Spiegel“-Essay vom 23.04., das mit „Sicherheit neu denken“ überschrieben ist. Dort sagt Herr Dr. Röttgen:

„Entscheidend ist die Erkenntnis, dass der Weg ins Zeitalter der regenerativen Energien nicht mit Wohlstandsverlusten einhergeht. Er ist im Gegenteil sogar für die Sicherung unseres Wohlstandes in Zukunft von zentraler Bedeutung und damit ein Gebot vorausschauender wirtschaftlicher Vernunft.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Er sagt weiter:

„Insgesamt werden uns die Investitionen in die erneuerbaren Energien eine gute Rendite für Wirtschaft und Gesellschaft bringen. Sie sind eine große Chance für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze. Sie sind ein unerlässlicher Beitrag dazu, den Industriestandort Deutschland zukunftsfest zu machen. Denn mit den Energie- und Umwelttechnologien entstehen die Zukunftsmärkte. Ihr Weltmarktvolumen summiert sich heute schon auf rund 1,7 Billionen Euro. Es wird sich allein in den nächsten zehn Jahren verdoppeln. Diejenigen, die hier investie-

ren, werden die Technologieführer und damit auch die Exportweltmeister der Zukunft sein.“

(Zuruf von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Jetzt das dritte Zitat von Herrn Röttgen:

„Ich bin überzeugt: Innerhalb einer Generation ist es gerade für ein Hochindustrialand wie Deutschland möglich, die Stromversorgung weitestgehend aus regenerativen Energien zu bestreiten – und dabei führendes Industrialand zu bleiben. Die Wohlstandsfrage des 21. Jahrhunderts besteht darin, die Energiewende nicht als Bedrohung von Wirtschaft zu verstehen, sondern als Chance, einen Wandel zu vollziehen, der neues, ressourcenschonendes Wachstum möglich macht.“

Das sagt Bundesumweltminister Röttgen, der erst 2015 nach Nordrhein-Westfalen kommen will. Das kann ich auch verstehen.

Ich will es ganz ehrlich sagen: Ich habe den Bereich der Energiepolitik zehn Jahre für die Fraktion gemacht. Ich schätze den Kollegen Weisbrich persönlich. Er ist für mich ein gestandener Konservativer, mit dem man streiten kann. Wir waren in der Sache nicht einig, aber ich weiß genau, wie wir gestritten haben und wie die energie- und atompolitische Diskussion in der CDU war. Es gab und es gibt heute noch – vielleicht jetzt etwas weniger und etwas leiser – Reaktorromantiker, deren größter Traum es war, den Kugelhaufenreaktor, der in Hamm-Uentrop und in Jülich technisch gescheitert ist, doch noch einmal als Erfindung aus Nordrhein-Westfalen auszuprobieren. Das war der Wunsch.

Nicht umsonst hat die alte Landesregierung im LEP IV die planerischen Voraussetzungen für einen neuen Forschungsreaktor geschaffen. Das haben erst wir mit unserer Regierungsübernahme aus der Welt geschafft. Bis dahin aber gab es diesen Wunsch.

Wir haben oft darüber diskutiert. Oliver Wittke hat zu Beginn der Regierung gesagt: Windkraft ist das Erste, was wir kaputt machen werden. – Das war ein stürmischer Wilder. Man muss einem zwar Zitate nicht noch sechs Jahre nachhalten; aber das war der Geist, in dem gearbeitet wurde.

Insofern haben das, was Herr Röttgen im „Spiegel“ sagt, und das, was energiepolitischer Diskussionsstand der ehemaligen Regierungsfraktion ist, nichts miteinander zu tun. An der Stelle muss ganz viel Nacharbeit geleistet werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da muss konzeptionell gearbeitet werden. Denn Röttgen hat recht: Das sind die Märkte der Zukunft. Es stellt sich die Frage: Wenn ein Markt wächst und ein anderer zurückgeht, wollen wir dann Arbeitsplätze hier? Wollen wir das für die Generationen nach uns in diesen modernsten Energietechniken? Das

geht durch alle Bereiche: durch Gebäude, durch Mobilität. Die Autoindustrie wird in 20, 30 Jahren doch anders aussehen als heute, egal wie untauglich im Detail kleine Schritte der Bundesregierung sind. Der Weg geht in diese Richtung.

Die Frage lautet doch: Haben wir die Arbeitsplätze hier? Die Arbeitsplätze bekommen wir nur, wenn wir uns der Frage offensiv stellen und dafür werben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wer meint, erneuerbare Energien sollten abgeschoben werden, Wind auf das Meer, Fotovoltaik in die Sahara, und wir könnten weiter machen wie bisher, der nimmt nicht an der Fortschrittsdebatte teil, der nimmt auch nicht am Wettbewerb um Arbeitsplätze teil.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Der lauteste emotionale Ausbruch des Kollegen Laumann war, als eben im Zusammenhang mit dessen Rede am Schluss das Wort „Datteln“ fiel. Ich will deshalb ganz klar sagen: Wir haben Diskussionen um Kraftwerke, weil wir genau wissen – dieser Erkenntnisstand setzt sich überall durch –, dass wir im Kraftwerkspark eine Mischung brauchen, die zunehmend aus einem Anteil an erneuerbaren Energien besteht. Man muss doch nur das 40-%-Ziel von Frau Merkel in jetzt nur noch neun Jahren nehmen. Der Anteil an erneuerbaren Energien muss zunehmen und noch viel höher gehen. Außerdem brauchen wir eine Ergänzung im Kraftwerkspark, die schnell und flexibel reagiert. Dazu haben wir eine gewisse Grundlastkapazität, die wir auch brauchen.

Wir als Grüne würden nicht sagen, dass wir in zehn, 20 oder 30 Jahren tutto completo aus der Kohle aussteigen. Wir wissen: Im Moment werden in Nordrhein-Westfalen sechs große Steinkohlekraftwerke gebaut, die alle in den nächsten beiden Jahren in Betrieb und ans Netz gehen und – so ist die normale Wirtschaftlichkeitsdauer – alle noch 40 Jahre laufen werden.

Es geht um zwei Blöcke in Neurath, zwei Blöcke in Hamm. In Lünen ist das der Trianel-Block und der Block in Walsum, der gerade angefahren wird, bei dem alle darum zittern, dass die Schweißnähte halten. Es geht also um sechs große Kohlekraftwerksblöcke.

Wir sind mit Unterstützung der Regierung, dem Umweltminister, den Regierungspräsidentinnen in Düsseldorf und in Köln dabei, viele intensive Gespräche zu führen, um die Planung für sieben große Gaskraftwerksblöcke zu unterstützen. Es ist nicht so, dass wir kraftwerksfeindlich sind. Wir wollen diese modernste Technik, weil sie die notwendige und richtige Ergänzung ist. Es geht um ein 450-MW-Gaskraftwerk von Statkraft in Hürth, zu dem der Aufsichtsrat in Oslo den entsprechenden Beschluss gefasst hat.

Ich kann mich an die Auseinandersetzungen hier im Plenum erinnern, als es um das erste 800-MW-Gaskraftwerk in Hürth ging. Das war noch in finsternen Zeiten, als Herr Adamowicz noch in der Staatskanzlei residierte und die Investoren herausgeschmissen hat. Die kamen in den Landtag und brachten 500 Millionen € mit, wollten keinen Cent Zuschuss haben. Die sagten uns: Wir sind hier nicht erwünscht, weil es ins Braunkohlenrevier geht. – Vergangenheit!

Jetzt freuen wir uns, wenn Statkraft einen zweiten Block baut. Ministerpräsident Rüttgers hat damals den ersten Block eingeweiht. Ich durfte Gast sein. Ich weiß noch, dass Sie für den ersten Block von Statkraft in Hürth-Knapsack die Einweihung gemacht haben, eine moderne Siemens-Anlage. Jetzt kommt der zweite Block. Wir werden das unterstützen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ein paar Kilometer weiter bei der RheinEnergie in Köln-Niehl: Zwei Blöcke Gaskraftwerk mit 1.200 MW. Der Genehmigungsbescheid müsste in den nächsten Tagen herausgehen oder schon herausgegangen sein. Wir haben Gespräche mit der Kölner Regierungspräsidentin geführt. Es ist völlig klar: Wir wollen das. Das ist genau die Ergänzung, die nötig ist.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Ein paar Meter weiter im Chemiepark von Bayer Leverkusen: 430 MW. Von einem Unternehmen wird der ganze Strom sogar exportiert, weil es dort eine große Wärmesenke gibt. Das ist die ideale Kombination von Strom und Wärme, also genau das, was man braucht. Anders als bei den Kraftwerken der altertümlichen Bauart gehen dort nicht 60 % der Energie ungenutzt in die Wolken. Das Kraftwerk im Chemiepark von Bayer Leverkusen soll 2014 in Betrieb gehen.

Hier nebenan in der Lauswart in Düsseldorf: Viele erinnern sich an die Bürgerproteste, die in Düsseldorf erfolgreich waren. Die Stadtwerke haben die Planung für das Kohlekraftwerk eingestellt. Die Planungen für ein Gaskraftwerk in der Lauswart in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung und Wärmeauskopplung laufen.

Jetzt kommt noch etwas obendrauf: Der neue Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke Düsseldorf ist daran interessiert, die ganz moderne Turbine von Siemens, die in Irsching im Probetrieb läuft, nach Düsseldorf zu holen. Dann hätten wir direkt neben dem Landtag die modernste Gaskraftwerksturbine, die weltweit existiert, im konventionellen Einsatz. Das ist eine Notre Dame der Kraftwerkstechnik.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich bitte um Nachsicht bei denjenigen, die nicht auf dem Feld der Kraftwerke zu Hause sind: Aber die

modernste Turbine, die es gibt, wird ein Wallfahrtsort!

Wir reden auch über Krefeld. Wer kennt nicht die Auseinandersetzung und weiß nicht um die Vorbelastungen der Umwelt in Krefeld mit allem, was dazugehört? Im Zusammenhang mit den Diskussionen um das Kohlekraftwerk ist die Trianel in der Umplanung. Zwei Gasblöcke sind in der Diskussion. Es gibt Gespräche zwischen den Krefeldern und den Duisburgern, unter dem Rhein eine Wärmeleitung zu verlegen und eine Verknüpfung zu den Stadtwerken Duisburg vorzunehmen.

Außerdem haben wir die Steag unterstützt und begleitet. Das Ganze war eine Unternehmensentscheidung. Hier denke ich an den Zusammenschluss der Stadtwerke im Ruhrgebiet mit dem Vorstandsvorsitzenden der Stadtwerke Duisburg, Herrn Janning, und den Kollegen aus Bochum.

Es gibt also keine Kraftwerksfeindlichkeit, sondern den Wunsch nach mindestens diesen sieben Gaskraftwerksblöcken – und wir reden über weitere bei der Steag – als Ersatz für alte Standorte und in Verbindung mit einem vernünftigen Wärmekonzept. Wir stehen ja in den Diskussionen – das macht der Umweltminister mit politischer Unterstützung von uns allen –, an die alten Traditionen der Fernwärmenetze anzuknüpfen und optimale Ergänzungen vorzunehmen. Das wollen wir, und das machen wir.

Und dann gibt es einen Standort, der einige Leute immer wieder in Erregung versetzt. Ich kann das ein Stück weit nachvollziehen; denn wenn 1 Milliarde € in eine Baustelle gesteckt wird und diese Baustelle unter Umständen nicht zum Erfolg kommt, tut einem das weh, weil das dann wirklich rausgeschmissenes Geld ist.

Allerdings muss man auch ganz nüchtern sagen: Wenn dieses Kraftwerk 3 km entfernt an einem anderen Standort gebaut würde, würden wir es in die Reihe der anderen sechs Kraftwerke einreihen, die gebaut werden. Das Ganze ist aber eine höchst arrogante Unternehmensentscheidung und eine Dusseligkeit der Planenden vor Ort gewesen. Schließlich war es der Bebauungsplan der Kommune Datteln, den das Oberverwaltungsgericht zerpfückt hat, und nicht irgendeine Entscheidung, die wir getroffen haben.

Man hat diesen Fehler begangen. E.ON hat vor Gericht zugestimmt, auch die Kosten für den Abriss zu tragen, wenn dieses Kraftwerk nicht zu Ende gebaut werden kann.

Eine politische Prognose, ob das zum Erfolg kommt oder nicht zum Erfolg kommt, würde ich auch heute nicht treffen – wissend, dass das wieder vor Gericht landet; denn das ist das, was umstritten ist.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist aber interessant! – Ralf Witzel [FDP]: Was ist denn Ihr politischer Wille bei diesem Thema?)

Damit will ich Folgendes sagen – Herr Dr. Papke, Sie können ja gleich Ihre beliebten Tiraden machen –: Ich habe über 14, 15 Kraftwerksblöcke gesprochen, darunter mindestens sieben, acht, die wir jetzt mit Energie vorantreiben. Und dann gibt es einen, der äußerst problematisch ist. Man wird sehen, ob er letztendlich zum Erfolg kommt oder nicht. Das würde ich jetzt nicht prognostizieren.

Ich will Ihnen nur eines ganz deutlich sagen, Herr Dr. Papke, weil Sie ja immer so ein Freund von Windrädern waren. Wir haben eine Reihe von Prozessen mitbekommen, in denen der 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts Münster wie folgt entschieden hat: Dreifacher Mindestabstand in Bezug auf die Höhe eines Windrades: sichere Seite für optische Bedrängung. Zweifacher Mindestabstand: unzumutbar. Alles, was dazwischen liegt: Termine vor Ort.

Ich kenne Anlagenplaner, die 40.000 € in die Hand genommen und ein Windrad geplant haben. Nachbarn wollten das nicht. Das Gericht war zweimal vor Ort, hat sich das angeguckt und hat gesagt: Nein, Leute, das geht nicht; ihr hättet einen Abstand entsprechend der dreifachen Höhe einhalten müssen.

Ich sage Ihnen: An dem Standort, an dem der Kühlturm steht – ich habe ihn mir ein paar Mal angeguckt –, dürften Sie keine moderne 3-MW-Windkraftanlage bauen. In Bochum musste eine Windkraftanlage deswegen abgerissen werden.

Wenn Sie dann argumentieren, bei einem Windrad drehe sich doch etwas, während sich bei einem solchen Kühlturm oben nichts drehe, muss ich sagen: Sie haben keine Ahnung davon, wie ein Kühlturm direkt auf die Nachbarschaft wirkt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das ist der Kühlturm des größten Kohlekraftwerks in Europa. Aus dem Kühlturm kommt im Betrieb jede Menge Dampf, der sich dann wie ein Dampfturm auch über die umgebende Besiedlung legt. Das können Sie sich in Neurath, Niederaußem und Frimmersdorf angucken.

Ob das letztendlich für diejenigen, die direkt dort wohnen, zumutbar ist? Ich kenne viele Standorte von Kraftwerken in Nordrhein-Westfalen, aber keinen, der so nah an der Bebauung liegt. Ob das zumutbar ist oder nicht, wird mit Sicherheit wieder vor Gericht landen.

Mit diesem langen energiepolitischen Exkurs – seht es mir nach, liebe bildungspolitischen Kollegen und Kolleginnen –

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

möchte ich Folgendes deutlich machen: Diese Regierung und die Koalitionsfraktionen, auch die Grünen, begrüßen modernste Kraftwerkstechnik. Wir brauchen sie. Wir brauchen sie für den Umbau.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir werden aber keine Gesetze und keine Sachen hinbiegen, damit das, was planerisch falsch gemacht worden ist, zulasten der Bevölkerung geregelt wird. Das gehört dann auch dazu.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich würde gerne noch auf einen Punkt oder zwei Punkte eingehen. Herr Laumann hat den Kollegen Becker wegen der Verkehrsinfrastruktur angesprochen. Herr Laumann, jetzt will ich Ihnen einmal ganz im Ernst Folgendes sagen: Wenn Sie noch einmal so eine Komiker-Broschüre machen, mit der Sie Großwildjagd auf Ministerinnen betreiben, dann berücksichtigen Sie bitte auch unseren Parlamentarischen Staatssekretär.

(Beifall von den GRÜNEN)

So geht das nämlich nicht. Alle Regierungsmitglieder stehen darin und werden durch den Kakao gezogen – das ist das Niveau einer Schülerzeitung oder schlechter –,

(Zurufe: Schlechter!)

aber einer der Leistungsträger, eine der Arbeitsbienen im Kabinett wird einfach nicht berücksichtigt. Das schadet ihm auch in der Partei.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Nehmen Sie ihn dann also bitte mit hinein, wenn es denn sein muss. – Das war der Spaß.

Aber in Bezug auf die Verkehrspolitik habe ich etwas sehr, sehr Ernstes anzusprechen, was nicht geht. Wir wissen genau, wie knapp die Mittel sind. Wir sind froh, wenn wir Straßen unterhalten können. Wir wissen, dass beim Neubau bis auf ein paar Sachen kaum noch etwas geht. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen aber auch eine geschlossenerere Linie gegenüber der Bundesregierung. Die haben wir nicht.

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

Ich will ehrlich sagen, dass ich manchmal den Eindruck habe, als ob auf Ihrer Seite mehrere sitzen, die es genießen würden, wenn der Bund Mittel zurückhält, die wir hier dringend brauchen. Ich sage einmal ganz klar: Die Betuwe-Linie mit ihrem dritten Gleis als Anschluss von Duisburg in Richtung der Häfen Antwerpen und Rotterdam brauchen wir. Wir brauchen sie, weil wir sonst Verkehrsstaus und -kollapse kriegen.

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

– Herr Schemmer, als der Bundesverkehrsminister die Betuwe-Linie so heruntergestuft hat, dass das Geld nach Süddeutschland, aber nicht nach NRW fließen konnte, habe ich eher den Eindruck gehabt, dass sich manche in Ihrer Partei die Hände reiben und es genießen, wenn wir da Probleme kriegen,

weil sie meinen, sie könnten daraus längerfristig politischen Profit ziehen. Das wird nicht der Fall sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das betrifft nicht nur die Betuwe-Linie, sondern etwa auch den RRX.

(Beifall von Serdar Yüksel [SPD])

Wir brauchen diese schnelle Verbindung für Berufspendler zwischen Dortmund – Düsseldorf – Köln. Wir brauchen sie, und wir kriegen sie nicht hin, wenn Sie auf der Bremse stehen und in Berlin signalisieren: Dreht denen den Hals um, dann haben wir sie eher wieder so weit, dass wir an der Regierung sind! – Das sind Projekte, die über eine so lange Zeitachse gehen, dass man jenseits des Klein-Klein-Streits eine Geschlossenheit haben muss.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will es ganz klar sagen, es gab in der Vergangenheit im Bundesverkehrsministerium den Parlamentarischen Staatssekretär Achim Großmann. Er war für Nordrhein-Westfalen – auch wenn er ein Sozialdemokrat war und aus Sachsen kam – wirklich Geld wert. Großmann hat mitgeholfen, dass NRW seine Anteile, die notwendig waren, bekam. Da geht es nicht um Klientelismus. Es kann doch nicht sein, dass zum Beispiel beim Ausbau der Hochschulen, bei den Fördermitteln für Erneuerbare Energien oder im Verkehrsbereich Gelder überproportional nach Bayern, nach Baden-Württemberg fließen und wir in NRW in Berlin keine Lobby haben, weil die so weit von uns weg sind und die einen oder anderen nicht kämpfen.

Da kämpfen Sie nicht! Die FDP hat zwei Minister in der Bundesregierung. Sie hat ihren Landesvorsitzenden in der Bundesregierung. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich bei diesen unstreitigen Sachen einsetzen. Wir sind für diese Investitionen: RRX, Bahnknotenpunkte Dortmund – Köln. All das wollen wir; da gibt es gar keine Differenzen. Aber das geht nicht, wenn die Bundesregierung weiter so arbeitet und stillschweigend goutiert wird, dass die Bayern das einsacken.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Bärbel Beuermann [LINKE])

Es gibt noch eine Menge zu erwähnen. Ich will kurz sagen, wir haben im Demokratiebereich angefangen – das sage ich offen –, Schritte in Teilen rückgängig zu machen. Die Wiedereinführung der Stichwahl auf kommunaler Ebene ist für mich eine urdemokratische Sache.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Bei Oberbürgermeistern und Landräten soll eine Stichwahl erfolgen können. Da haben wir mit Zustimmung der FDP die Änderung vor.

Wir wollen die Verbesserung bei Volksbegehren. Ich weiß, dass sich das im Zweifelsfall, wenn wir es

hinkriegen, als Erstes gegen uns richtet. Denn ein Volksbegehren auf Landesebene geht nie gegen die Opposition. Aber es ist demokratisch, die Konditionen zu verbessern, wenn ein Instrument, das 40 bis 50 Jahre nicht genutzt wurde, offensichtlich der Bevölkerung nicht die Möglichkeit bietet, am demokratischen Prozess teilzunehmen.

Wir wissen, dass wir mit einfacher Mehrheit sowohl die Auslegungszeiträume als auch die Orte ändern können. Wir sind in der Diskussion mit den christdemokratischen Fraktionen, ob wir auch das Quorum ändern können. Darüber werden wir noch miteinander sprechen. Aber wir werden das Gesetz ändern. Wir gehen da ein Stück weiter. Es ist einfach richtig, auch wenn es politisch ein Risiko ist.

Wir werden das Gesetz zur Abwahl von Oberbürgermeistern und Landräten beschließen, und das ist richtig. Ich persönlich will sagen, dass es sich nicht gegen eine Person richtet. Es ist auch eine Grundsatfrage, Leute, die man gewählt hat, mit bestimmten sauberen demokratischen Verfahren – nicht mit Alltagsquoren – wieder abwählen zu können, wenn sie nach zwei oder drei Jahren – egal wann – aus dem Ruder laufen. Das ist eine Grundsatfrage. Das ist nicht gegen eine Person gerichtet, aber es ist richtig, das einzuführen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir haben heute die abschließende Beratung des Haushalts nach mehr als drei Monaten Diskussion. Die Linke hat am Sonntag per kleinem Parteitagbeschluss klar gemacht, wie sie sich verhalten wird. CDU und FDP haben gestern in der Pressekonferenz noch einmal ihr Vorgehen deutlich gemacht. Die Fraktionen von SPD und Grünen werden dem Haushalt zustimmen, weil wir das, was im Haushalt an Möglichkeiten drinsteht, brauchen, um Politik umzusetzen und viel von dem, was sie angesprochen haben, machen zu können.

Die Neuverschuldung ist 3 Milliarden € geringer als ursprünglich angenommen. Sie ist noch zu hoch – keine Frage. Wir werden schauen, in den nächsten Haushaltsaufstellungen noch weitere Einsparungen hinzubekommen. Es ist ein sehr schwieriger Prozess. Ich will nur klar sagen: All das werden wir nicht können, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht kontinuierlich verbessert und wenn wir über den Bund nicht eine Entlastung bekommen, mit der wir arbeiten können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zusammengefasst heißt das für mich: Die Bilanz nach einem Jahr harter Arbeit ist gut. Es muss noch viel getan werden. Es sieht so aus, als ob wir die Arbeit noch weiter machen sollen, weil sie uns niemand anders ernsthaft streitig macht. Wir machen sie gerne.

Auch das will ich nochmal sagen: NRW hat bundesweit Prozesse angestoßen. Wir haben die Bun-

desratsmehrheit geknackt. In Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz findet jetzt ein Prozess statt. Wir werden es am Sonntag in Bremen erleben. Ich bin ganz sicher, dass es dort ein sehr gutes Ergebnis geben wird. Im Herbst kommen Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Wir alle haben vor Augen, dass spätestens 2013 im Bund eine Regierung kommen sollte, die es besser macht als die jetzige. Das ist, ehrlich gesagt, nicht so schwer; denn schlimmer geht es nicht.

Zum Schluss will ich meinen Redebeitrag mit einem kurzen Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett verknüpfen. Sie müssen in Teilen die Großwildjagd, die inszeniert wird, erdulden. Das ist so; das gehört zum Geschäft. Ich will mich aber bei beiden Fraktionen für die Unterstützung bedanken: bei meiner grünen Fraktion, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, bei Norbert Römer für die Zusammenarbeit in diesem knappen Jahr. Ich bin zuversichtlich, dass wir das gut weitermachen können und dass es noch viel gibt, bei dem es sich lohnt, es für das Land zu machen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Papke.

(Minister Johannes Remmel: Jetzt wird es schwer!)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist fast genau ein Jahr her, dass wir in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen hatten. Die Landesregierung und die Ministerpräsidentin sind jetzt etwa zehn Monate im Amt. Natürlich ist die Generaldebatte in der dritten Lesung des Landeshaushaltes die passende Gelegenheit, um eine erste Zwischenbilanz zu ziehen und zu schauen, wo Nordrhein-Westfalen ein Jahr nach der letzten Landtagswahl steht.

Nordrhein-Westfalen wird seit zehn Monaten von Rot-Grün regiert, allerdings ist das keine echte Minderheitsregierung, was wir hier erlebt haben und noch erleben, sondern wir haben vom ersten Tag an eine rot-rot-grüne Mehrheit im Landtag Nordrhein-Westfalen gehabt. Sie, Frau Ministerpräsidentin, wären gar nicht Ministerpräsidentin geworden, wenn Sie nicht von vornherein die Duldung der Linksextremisten hier im Landtag Nordrhein-Westfalen gehabt hätten.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Dabei hatten Sie den Bürgerinnen und Bürgern vorher fest versprochen, Sie würden sich niemals von den Linksextremisten tolerieren lassen. Das war

und bleibt die erste Lebenslüge Ihrer Regierung, Frau Ministerpräsidentin Kraft.

(Beifall von der FDP)

Wie sehr die Linkspartei inzwischen an ihrer Rolle als heimlicher Koalitionspartner hängt, kann man vor jeder wichtigen Haushaltsentscheidung beobachten. Da gibt es dann jedes Mal von den Linken – auch medial inszeniert – eine Scheindebatte: Sollen wir den Haushalt jetzt ablehnen oder nicht? Das ist nichts anderes als ein Kasperletheater, weil von vorneherein klar ist, meine Damen und Herren: Natürlich werden die Linken wieder kusch sein, und natürlich werden sie dem rot-grünen Landeshaushalt durch Enthaltung zur Mehrheit verhelfen.

Als ich das am Wochenende wieder erlebt habe, ist mir eingefallen, dass man in den 70er-Jahren auf der Hutablage bestimmter Mittelklassefahrzeuge sogenannte Wackeldackel beobachten konnte. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran noch erinnern. Die Wackeldackel waren aus Plastik und hatten sehr flexibel aufgehängte Köpfe. Bei jedem Bremsmanöver stimmten die ganz schnell zu. Die Köpfe gingen immer rauf und runter. Ich kann den Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei nur empfehlen, den Wackeldackel zu ihrem neuen Wappentier zu machen. Das entspräche ihrer Haltung gegenüber der Landesregierung hier im Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Sie sind doch gar nicht mehr ernst zu nehmen.

(Zuruf von Bärbel Beuermann [LINKE])

– Sie machen, Frau Kollegin, hier ein Palaver und stimmen dann doch allem zu, was die Landesregierung Ihnen hier vorlegt. Sie sind politisch im Grunde genommen völlig verzichtbar und haben keine eigene Haltung. Jedenfalls haben Sie nicht den Mut, ihre eigene Haltung in Abstimmungen auch mal durchzutragen, Frau Kollegin.

Dann will ich noch zwei Bemerkungen zu Herrn Priggen machen. Zum einen haben Sie, Herr Kollege Priggen, hier so kokett vorgetragen, Ihre Regierung werde von der Wissenschaft als interessantes Forschungsobjekt bewertet. Ich will Ihnen mal eines sagen: Unser Land Nordrhein-Westfalen hat es nicht verdient, von einer Regierung geführt zu werden, die sich selber als Forschungsexperiment betrachtet.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Dieses Land braucht eine fähige, stabile Regierung, die die Probleme des Landes löst, und keinen rot-rot-grünen Feldversuch, meine Damen und Herren. Das ist die Situation.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich fand zum Zweiten interessant, Herr Kollege Priggen, was Sie hier zur Energiepolitik gesagt ha-

ben. In erschöpfenden Ausführungen haben Sie jedes tatsächliche oder geplante Gaskraftwerk persönlich begrüßt. Dann haben Sie ganz zum Schluss noch eine Bemerkung zu Datteln gemacht. Das fand ich sehr bemerkenswert, weil Sie hier nämlich ausgeführt haben, Sie könnten überhaupt nicht absehen, ob die Rechtslage zu Datteln 4 die Fertigstellung dieses wichtigen, hochmodernen Steinkohlekraftwerkes in Nordrhein-Westfalen ermöglichen wird. So haben Sie es gerade dargelegt. Das ist umso bemerkenswerter, als ein von den Grünen und der SPD im RVR beauftragter Gutachter, wie wir alle wissen, vor wenigen Wochen öffentlich dargelegt hat, dem Weiterbau und der Fertigstellung des Kraftwerks Datteln 4 stünden rechtlich überhaupt keine Bedenken mehr entgegen.

(Beifall von der FDP)

Das fand ich schon sehr bemerkenswert. Die Wahrheit ist also, Herr Kollege Priggen: Hinter Ihren erschöpfenden Ausführungen zur Energiepolitik steckt die Botschaft, dass die Grünen weiterhin das modernste und sauberste Kohlekraftwerk der Welt behindern und blockieren wollen. Wir erwarten von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie gleich in Ihrem Beitrag diesem unwürdigen Schauspiel ein Ende bereiten. Wir erwarten, nachdem das Gutachten vorliegt, endlich in aller Klarheit von Ihnen persönlich eine Ansage dazu: Wollen Sie, dass dieses hochmoderne Kraftwerk im Ruhrgebiet zu Ende gebaut werden kann? Oder akzeptieren Sie weiterhin, dass die Grünen tricksen, um den Bau und die Fertigstellung dieses Kraftwerks, das für die industrielle Zukunft des Ruhrgebiets wichtig ist, weiter zu blockieren? Dazu erwarten wir gleich von Ihnen eine klare Ansage.

(Beifall von der FDP)

Herr Kollege Römer, nur eine Bemerkung zu dem, was Sie uns hier gesagt haben. Sie haben gesagt, die Kommunen seien mit Ihrer Politik zufrieden. Sie haben in dem Zusammenhang allen Ernstes das Gemeindefinanzierungsgesetz erwähnt. Ich bin gerne bereit, Ihnen Kopien von Dutzenden von Briefen nordrhein-westfälischer Kommunalpolitiker bzw. ganzer Ratsfraktionen zukommen zu lassen, die alle von den Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen mitunterzeichnet sind. In diesen Briefen werden wir als Opposition gebeten, das Gemeindefinanzierungsgesetz abzulehnen, weil die kreisangehörigen Kommunen so dramatisch benachteiligt werden. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Woher aber Sie die Legitimation zu solchen Luftblasen nehmen, ist mir wirklich ein Rätsel. Ihre eigenen Kommunalpolitiker beschwerten sich bei uns über Ihre Kommunalpolitik. Und Sie meinen allen Ernstes, Sie könnten Ihre Regierung dafür feiern? Das ist mit den Gesetzen menschlicher Logik, Herr Kollege Römer, nicht in Übereinstimmung zu bringen.

Sie haben, Frau Ministerpräsidentin, in Ihrer Regierungserklärung den Menschen viel versprochen: eine neue soziale Politik, einen anderen Regierungsstil, eine offenere politische Kultur. Sie haben sehr viel versprochen. Nach nicht einmal einem Jahr muss man nüchtern feststellen: Sie haben nichts, aber auch gar nichts von dem gehalten, was Sie nach Ihrer Wahl versprochen haben, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP)

In Wahrheit brennt es – ich werde darauf gleich noch zu sprechen kommen – in Ihrer Regierung an allen Ecken und Enden. Es brennt in Ihrer Regierung lichterloh. Mitglieder Ihrer Regierung rutschen von einem Skandal zum nächsten. Sie haben Frauen und Männer in Ihrer Regierungsmannschaft, die schlichtweg nicht bundesligatauglich sind, die nicht in der Lage sind, der Regierungsverantwortung gerecht zu werden. Solange Sie diese Fehlbesetzungen nicht austauschen, werden Sie es auch nicht schaffen können, Nordrhein-Westfalen gut zu regieren, Frau Ministerpräsidentin. Das will ich klar sagen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Gucken wir uns die Haushaltspolitik einmal an, sind Sie ja persönlich natürlich im Zentrum des Geschehens, weil eine wesentliche Botschaft Ihrer Regierungserklärung war: In Nordrhein-Westfalen wird unter Rot-Grün jetzt nicht mehr gespart. In Nordrhein-Westfalen werden unter Rot-Grün jetzt neue Schulden gemacht. – Ihre zentrale Botschaft war: Alle Ansätze einer Haushaltskonsolidierungspolitik in Nordrhein-Westfalen und auch in anderen Ländern sind gescheitert. Also wählen wir jetzt einmal einen gänzlich neuen Ansatz. Wir machen ab jetzt Schulden. – Das war Ihre Kernbotschaft.

Es hat schon viele andere sozialdemokratisch geführte Landesregierungen gegeben, die hemmungslos Schulden gemacht haben, meine Damen und Herren. Aber es hat noch nie eine Ministerpräsidentin, einen Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gegeben, der aus der Schuldenmacherei eine Staatsphilosophie entwickeln wollte. Damit, Frau Ministerpräsidentin, sind Sie ganz persönlich in der Haushaltspolitik gescheitert.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie sind nicht durchgekommen. Der Verfassungsgerichtshof hat Ihnen mit dem Urteil zum Nachtragshaushalt einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Der Vollzug dieses Haushalts ist unterbunden worden auf Antrag von FDP und CDU. Damit haben wir als Opposition mehrere Milliarden neue Schulden verhindert.

Sie haben immer noch keine Lehren daraus gezogen. Dieser Haushalt 2011, den wir heute debattieren, ist weit davon entfernt, wirklich als Sparhaushalt erkennbar zu sein. Das, was Sie über Wasser

hält, sind lediglich gewaltige Steuermehreinnahmen aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung. Die sind nun wahrlich nicht Rot-Grün zu verdanken. Die sind der Vorgängerregierung, der Regierung Rüttgers, zu verdanken und einer vernünftigen Politik der Bundesregierung, die die Rahmenbedingungen für den Mittelstand so gesetzt hat, dass auch Nordrhein-Westfalen erheblich schneller aus der Weltwirtschaftskrise herauskommen konnte. Sie ernten jetzt die Steuermehreinnahmen. Das ist nicht Ihr Verdienst.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie wollen mit dem Haushalt 2011 die Kompensation vornehmen für die Abschaffung der Studienbeiträge. Jeder, der sich die Zahlen einmal angeguckt hat, weiß: Das kann und wird nicht gelingen. – Jeder weiß: Was Sie verantworten, ist eine chronische Unterfinanzierung der Hochschulen.

Die Wissenschaftsministerin, die uns jetzt abhandengekommen ist – aber vielleicht taucht sie noch einmal auf –, hat im zuständigen Ausschuss selber eingeräumt, dass durch den neuen Verteilungsschlüssel viele Hochschulen in Zukunft 10 % weniger Mittel haben werden. Das Problem der deutlich ansteigenden Studierendenzahlen ist dabei noch völlig außen vor.

In keinem anderen Bundesland waren Studienbeiträge so sozial ausgestaltet wie bei uns in Nordrhein-Westfalen. Das ist die Realität. Kein einziger BAföG-Empfänger musste etwas zahlen. Jetzt sollen die Beiträge aus Steuermitteln ersetzt werden. Das heißt im Klartext, meine Damen und Herren – damit es da überhaupt keine Fehleinschätzung gibt –: In Zukunft wird in Nordrhein-Westfalen die Arzthelferin für die akademische Ausbildung des Chefarztes zahlen. Das ist die Konsequenz aus der Abschaffung der Studienbeiträge.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Die Konsequenz ist nicht mehr soziale Gerechtigkeit, sondern weniger soziale Gerechtigkeit. Was Sie damit nämlich machen, Frau Ministerpräsidentin – abgesehen davon, dass Sie die Kompensation der Studienbeiträge nicht werden finanzieren können –, ist eine Umverteilung von unten nach oben. Das hat mit sozialer Gerechtigkeit aber auch gar nichts zu tun.

(Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

Das gilt ähnlich auch für das beitragsfreie Kindergartenjahr. Da haben wir im Prinzip auch eine positive Haltung. Wenn wir es uns leisten können, wollen wir auch schrittweise

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

die Kindergartenzeit beitragsfrei gestalten und auch gerne mit dem dritten Kindergartenjahr anfangen. Wenn wir es uns leisten können! Denn wenn wir es uns nicht leisten können und dennoch das beitrags-

freie Kindergartenjahr verabschieden – so wie Sie es machen –, dann heißt das nichts anderes, als dass weitere gewaltige Schulden aufgetürmt werden zulasten der Kinder und ihrer Kinder, zulasten kommender Generationen. Es ist eine zutiefst generationenfeindliche Politik, auf Pump solche Wahlgeschenke zu finanzieren. Das hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts, aber auch gar nichts zu tun, meine Damen und Herren. Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Weil wir in der Haushaltsdebatte sind, Frau Kollegin: Das Geld wird doch auch nicht reichen. Rot-Grün kalkuliert für Nordrhein-Westfalen mit einem Mittelbedarf von 150 Millionen € für das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr. In Niedersachsen kostet dieses beitragsfreie Kindergartenjahr – die haben das schon gemacht – 120 Millionen €. Die haben aber nur halb so viele Kinder wie wir in Nordrhein-Westfalen.

Also mit einem einfachen Dreisatz kann man sehen, dass das nie und nimmer funktionieren kann. Das heißt im Klartext, dass die 242 Millionen €, die Sie eingestellt haben und die angeblich größtenteils für die Qualitätsverbesserung in den Kitas vorgesehen sind, komplett verfrühstückt werden müssen, um tatsächlich die Beitragsfreiheit zu finanzieren. Das, was Sie vorhaben, meine Damen und Herren, geht zulasten der Qualität in den Kindertageseinrichtungen.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Sie haben noch nie Ahnung gehabt und werden die auch nie haben!)

Das ist die Realität.

SPD und Grüne tun so, als wäre Nordrhein-Westfalen das Land, in dem Milch und Honig fließen, aber Tatsache bleibt nun einmal: Das, was verteilt werden soll, muss erst erwirtschaftet werden. Damit setzen Sie sich überhaupt nicht auseinander.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ihnen fehlt jedwede Kraft, Sparmaßnahmen auf den Weg zu bringen. Sie haben ja noch nicht einmal den Mut gehabt, die anderthalbprozentige Stelleneinsparung, die wir über fünf Jahre kontinuierlich durchgehalten haben, jetzt weiter fortzusetzen. Wir haben es damit geschafft – ich will daran noch einmal erinnern –, innerhalb von fünf Jahren in der allgemeinen Landesverwaltung 14.000 Stellen einzusparen, und haben damit dann unter anderem neue Stellen für Polizeibeamte und 8.124 zusätzliche Lehrerstellen finanziert. Die haben wir an anderer Stelle eingespart. Das ist der Unterschied zu den neuen Stellen, die Sie jetzt hier im Landeshaushalt einplanen, meine Damen und Herren. Das ist alles schuldenfinanziert, alles auf Pump.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie geben Geld aus, das im Landeshaushalt gar nicht vorhanden ist. Das ist eine Katastrophe. Sie vergehen sich damit an den Zukunftschancen der jungen Generation.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Ja, Herr Kollege Priggen, dass Sie die Umweltverwaltung natürlich gleich mit aufblähen, dass sich der Umweltminister – das war die alte, schlimme Tradition von Bärbel Höhn – im ersten Zugriff 200 zusätzliche Stellen sichert, um die Umweltbürokratie wieder aufzublähen, darauf hätten wir wetten können.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Und was wollen Sie damit? Sie wollen die kommunale Entwicklungsarbeit auf null setzen!)

Das wird natürlich zu nichts anderem führen als zum Aufbau neuer Bürokratie. Das wird dazu führen, dass insbesondere die mittelständischen Betriebe, dass die Industrie in Nordrhein-Westfalen mit neuer, zusätzlicher Bürokratie überzogen wird.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das ist die Konsequenz dieses systematischen Bürokratieaufbaus, mit dem gerade die Grünen unterwegs sind.

(Beifall von der FDP)

Was wir auch nicht akzeptieren – das wird Sie nicht überraschen –, ist, dass Sie im Landeshaushalt allen Ernstes 325 neue Lehrerstellen nur für Personalratsarbeit einplanen. Das ist auch wieder so ein Stück aus dem Tollhaus. Wir haben nicht etwa, wie hier der Eindruck erweckt worden ist, die Mitbestimmung und die Personalratsarbeit geschleift. Das ist doch alles Quatsch.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Doch, das haben Sie! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir haben bei der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst nachjustiert und die Mitbestimmung im Wesentlichen unangetastet gelassen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das ist nicht wahr, Herr Papke!)

Was Sie jetzt machen, ist, dass Sie die Wunschzettel von ver.di abarbeiten. Es ist unanständig, dass neue Lehrer eingestellt werden, die nicht Kinder unterrichten, sondern ihre Arbeitszeit allein mit Personalratstätigkeiten verbringen sollen. Dafür brauchen wir keine neuen Lehrer, meine Damen und Herren. Wir brauchen neue Lehrer für besseren Unterricht für unsere Kinder.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von Bärbel Beuermann [LINKE] und Sigrid Beer [GRÜNE])

Deshalb werden wir die dann noch verbleibenden 1.753 zusätzlichen Lehrerstellen auch mit unterstü-

zen; das will ich klar sagen. All das, was der Qualitätsverbesserung des Unterrichts dient, wird von uns mitgetragen. Wir kommen aber zu einer seriösen Finanzierung – das ist der Unterschied zu Ihrem Ansatz, Frau Kollegin von den Grünen –,

(Zuruf von Sigrud Beer [GRÜNE])

weil wir um die Demografiegewinne wissen. In den nächsten zehn Jahren werden wir aufgrund der demografischen Entwicklung – das sind die Daten des Landes – bis zu 10 % weniger Schüler in Nordrhein-Westfalen haben. Also können wir mit einem intelligenten Arbeitszeitkontomodell jetzt schon unter Vorgriff auf Stunden, die später nicht mehr benötigt werden, mehr Unterrichtsstunden anbieten. Dazu haben wir einen Vorschlag unterbreitet. Der ist praktikabel, der ist vernünftig. So könnte man, wenn man das seriös machen wollte, Frau Kollegin, für mehr Unterricht in Nordrhein-Westfalen sorgen, ohne zusätzliche Kredite für neue Lehrerstellen aufnehmen zu müssen. Das ist ein ganz konkreter, sinnvoller Beitrag für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung an unseren Schulen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben gestern noch vom RWI, von einem der wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Deutschland, eine brandneue Studie bekommen zum Thema: „Der NRW-Haushalt für das Jahr 2011: Scheinerfolge bei der Konsolidierung“.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Ich kann der Landesregierung nur sehr raten, sich einmal anzusehen, was Ihnen unser eigenes Forschungsinstitut hier ins Stammbuch schreibt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ihr eigenes Forschungsinstitut!)

– Das ist ein vom Land mitgetragenes Institut, Frau Kollegin.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Dies vielleicht zur Erinnerung. – In dieser Studie schreiben die Wissenschaftler – ich zitiere –:

„Die Landesregierung steht damit unverändert vor der Aufgabe, nicht nur neue Schwerpunkte zu formulieren, sondern mit gleicher Dringlichkeit konkrete Finanzierungsvorschläge zu machen, aus denen erkennbar wird, dass sie die neue Verschuldungsbegrenzung ernst nimmt.“

Das schreibt Ihnen das RWI ins Stammbuch. Es wäre gut gewesen, sich dieser Perspektive und dieser Handlungsorientierung von vornherein bewusst zu sein.

Wir haben – auch wenn Herr Kollege Priggen sich darüber beschwert hat, dass er jetzt noch so viele Einsparvorschläge der FDP studieren muss – ganz konkrete Einsparvorschläge vorgelegt. Das sind 76 Einsparvorschläge in Einzelanträgen und ein um-

fangreicher Entschließungsantrag, mit denen wir deutlich machen: Wenn man im Landeshaushalt sparen will, meine Damen und Herren, dann kann man das auch!

(Beifall von der FDP)

Wenn man einen verfassungskonformen Haushalt will, dann kann man auch einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen!

Wir sagen, dass wir die 650 Millionen €, die an Mehrausgaben für die Kommunen vorgesehen sind, mit unterstützen. Das heißt aber nicht – ich habe darauf hingewiesen –, dass wir das Gemeindefinanzierungsgesetz in der vorliegenden Form auch mittragen werden.

Jetzt will ich noch zu einer Ihrer aktuellen Baustellen personeller Art kommen, Frau Ministerpräsidentin. Das kann man im Rahmen einer solchen Generaldebatte ja gar nicht vermeiden. Ihre Regierung ist auch deshalb gescheitert, weil in Ihrem Kabinett Leute sitzen, die erkennbar nicht in eine Regierung hineingehören: weil sie nicht fähig sind, der Verantwortung ihrer Ämter gerecht zu werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir haben allein in den letzten vier Wochen eine ganze Reihe von Skandalen erlebt, die eigentlich zur Konsequenz hätten haben müssen, Frau Ministerpräsidentin, dass Sie allein in den letzten vier Wochen zwei Ihrer Kabinettsmitglieder hätten in die Wüste schicken müssen.

(Beifall von der FDP)

Ich kann mich noch gut erinnern, welche Maßstäbe Sie als Oppositionsführerin an gutes Regierungshandeln angelegt haben, als wir, die FDP zusammen mit der CDU, die Regierungsverantwortung hatten. Wenn Sie sich an diese Maßstäbe auch nur im Ansatz erinnern würden und im Ansatz konsequent wären, dann müssten Sie zumindest Ihre Wissenschaftsministerin – die ist ohnehin schon weg – und Ihren Innenminister – der ist vorsorglich auch schon einmal verschwunden – gleich aus Ihrem Kabinett entfernen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Weshalb sind die beiden denn jetzt gegangen, Frau Ministerpräsidentin? Ich habe beiden noch ein paar Bemerkungen mit auf den Weg zu geben.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Kann man im Protokoll nachlesen!)

Aber vielleicht tauchen sie ja gleich wieder auf. Vielleicht sind sie auch schon in der Mittagspause. Ich weiß, eine solch lange Debatte ist anstrengend. Da knurrt einem dann der Magen. Es ist bemerkenswert, dass die Hälfte der Regierungsbank schon wieder leer ist, Frau Kollegin.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aus Angst vor Ihnen sind sie sicher nicht gegangen!)

Ich sage das in aller Klarheit: Wenn wir uns hier als Opposition mit dem Regierungshandeln auseinandersetzen, ist es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass die Kabinettsmitglieder bei der Debatte anwesend sind und sich nicht in der Cafeteria herumtreiben oder draußen Telefonate führen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wir jedenfalls haben diese Regeln des parlamentarischen Komment immer beachtet.

(Beifall von der FDP – Lachen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Minister Johannes Remmel: Das würde ich gerne nachgucken!)

Ich freue mich sehr, dass wenigstens der Wirtschaftsminister da ist. Dass Sie hier heute sitzen, Herr Voigtsberger, ist übrigens keine Selbstverständlichkeit, denn – das können Sie nicht wissen – Ihr Stuhl fehlte vorhin. Nach Beginn der Debatte haben einige Saaldiener hektisch einen Stuhl hereingetragen, sodass für Sie Platz geschaffen wurde. Das ist sehr gut; denn auch auf Ihre Politik muss ich gleich noch zu sprechen kommen.

(Zurufe von der SPD)

Dass Frau Schulze das Parlament belogen hat, weiß hier jeder. Allein das wäre ein Grund, dass sie zurücktritt. Dafür bräuchten wir auch keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wer das Parlament belügt, kann nicht Mitglied einer Regierung sein, meine Damen und Herren!

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das war immer ein ehernes Prinzip des parlamentarischen Miteinanders in der Demokratie. Aus diesem Grunde bräuchten wir also keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Wir haben diesen aber beantragt, weil uns nach der Sitzung des Hauptausschusses klargeworden ist, dass das Ganze offenbar eine übergreifend inszenierte Angstkampagne Ihrer Regierung war,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist abenteuerlich, was Sie hier veranstalten! – Britta Altenkamp [SPD]: Ihre ganze Rede ist eine Inszenierung!)

um den Eindruck zu erwecken, nukleares Material aus dem Forschungszentrum Jülich sei abhandelt worden. Das war sehr aufschlussreich.

Vielleicht sind Sie auch so nett und äußern sich gleich schon dazu, Frau Ministerpräsidentin. Ich kann Ihnen allerdings nicht versprechen, dass wir uns dann Ihren Beitrag vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss sparen können. Aber es wäre schon einmal ein Beitrag zur Klarstellung.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Machen Sie lieber mit uns einen zur WestLB!)

Es kann nicht sein, dass Mitglieder Ihrer Landesregierung am 3. und 4. April mit öffentlichen Stellungnahmen den Eindruck erwecken, spaltbares Material, das zum Bau schmutziger Bomben missbraucht werden könne, sei abhandelt worden, und diese Landesregierung sich 24 Stunden später zusammensetzt und mit keinem Wort auf dieses Thema eingeht. Ihr Chef der Staatskanzlei hat in herzerfrischender Offenheit dargelegt, die Regierung habe sich in der Kabinettsitzung mit diesem Thema überhaupt nicht befasst. Entweder wussten Sie, das Ganze ist eine Kampagne und entbehrt jeglicher Grundlage – dann mussten Sie sich damit auch nicht befassen –, oder Sie haben die Sicherheitsinteressen der Menschen in Nordrhein-Westfalen mutwillig aus dem Blick verloren. Auch das wäre ein Skandal, meine Damen und Herren, um es klar zu sagen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Jetzt zu Herrn Jäger, der immer noch abgetaucht ist. Ist „Jäger 90“ schon auf dem Boden aufgeschlagen, oder wo ist er? Gut. Vielleicht kommt er wieder.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Unglaublich! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist unterirdisch!)

Ich will hier noch einmal deutlich sagen: Kein Oppositionspolitiker der letzten Wahlperiode hat in so persönlich herabsetzender, diffamierender Art und Weise unsere Regierungsarbeit begleitet wie der damalige Abgeordnete Jäger.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich könnte Ihnen Kleine Anfragen von ihm zeigen, die alleine das Ziel hatten, Regierungsmitglieder persönlich zu verunglimpfen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die schreiben Sie nicht!)

– Nein, das machen wir in der Tat nicht. Wir sagen in aller Klarheit, wo wir Fehler Ihrer Regierung sehen. Aber Sie werden keinen Beitrag von uns erleben, wo wir Mitglieder Ihrer Regierung persönlich diffamieren. Das ist nicht unser Stil, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Was war das gerade mit „Jäger 90?“)

Dass momentan ausgerechnet der selbsternannte „Jäger 90“

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Stillos!)

mit einer ganzen Kette von Skandalen zu kämpfen hat, ist doch keine Überraschung. Er wird die Fragen, die ihm im Innenausschuss und Rechtsausschuss schon gestellt worden sind, beantworten müssen. Er wird erläutern müssen, weshalb er im Innenausschuss gesagt hat, er habe zu dem von der Staatsanwaltschaft derzeit besonders unter die

Lupe genommenen Rechtsanwalt keinerlei private Kontakte gehabt, und einen Tag später in einem Schreiben einräumt, er habe sich erst nachträglich an zwei persönliche Gespräche mit ihm in einer Kanzlei erinnern können. – Das ist schon bemerkenswert. Da gibt es also viel aufzuklären.

Das gilt natürlich auch für die Love-Parade. Die SPD hat einen Untersuchungsausschuss zur Love-Parade, den wir beantragt hatten, abgelehnt.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Die CDU auch!)

– Die CDU auch. In der Tat! Das haben wir genauso für einen Fehler gehalten,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben einen zur WestLB abgelehnt!)

weil wir immer der Auffassung waren – mein Kollege Horst Engel hat wie kein anderer Abgeordneter die Aufklärungsarbeit vorangetrieben –: Wir können es nicht einfach auf sich beruhen lassen, dass bei dieser schrecklichen Katastrophe 21 junge Menschen gestorben und viele Hundert verletzt worden sind, ohne dass wir als Landtag Nordrhein-Westfalen nach den politischen Konsequenzen und der politischen Verantwortung fragen. Das war immer unsere Haltung.

(Minister Ralf Jäger betritt den Plenarsaal.)

– Herzlich willkommen, Herr Innenminister! Wir freuen uns sehr, dass auch Sie der Debatte jetzt freundlicherweise beiwohnen.

(Minister Ralf Jäger: Mental bin ich immer bei Ihnen!)

Wir sind gerade bei Ihnen, Herr Innenminister, und zwar beim Thema „Love-Parade“, bei dem Sie vom ersten Tag an die mögliche Verantwortung der Polizei und damit auch Ihre Verantwortung als Innenminister beiseitegeschoben haben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann fragen Sie auch mal Herrn Wolf, Ihren ehemaligen Innenminister! – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

„Der Spiegel“ hat in dieser Woche den mutmaßlichen Fehlern in der Polizeiführung die Titelgeschichte gewidmet.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Das zeigt, dass hier noch viele Fragen aufgeklärt werden müssen, Frau Kollegin. Aber Sie haben nicht den Mut gehabt, die Fragen in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufzugreifen, die im Interesse der Opfer dieser fürchterlichen Katastrophe geklärt werden müssen.

(Beifall von der FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Abwarten! Erst muss man aufklären! – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das war doch Herr Wolf! Das wollen Sie jetzt nicht hören,

dass Herr Wolf in dem Artikel genannt worden ist!)

Jetzt zum Wirtschaftsminister, der eigentlich tragischen Figur in der Regierung Kraft – und zwar nicht deshalb, Herr Voigtsberger, weil es für Sie persönlich so tragisch wäre, sondern es ist tragisch für das Land, was wir hier beschreiben und analysieren müssen. Sie haben ein übergreifendes Ressort, das für ein Wirtschafts- und Industrieland wie Nordrhein-Westfalen von herausragender Bedeutung ist bzw. – so muss ich es sagen – sein müsste. Sie könnten eine Art Superminister im Kabinett sein. Aber Sie haben sich unmittelbar nach Ihrer Ernennung zum Landesminister die Tarnkappe übergeworfen und sind seitdem kaum noch zu sehen.

Nun könnte man sagen: Na gut, da ist eben ein Minister in der Landesregierung, von dem man so wenig hört. – Das Fatale ist aber: Weil Sie abtauchen, gelingt es nicht, der industrie- und wirtschaftsfeindlichen Politik der Grünen etwas Wirksames entgegenzusetzen. Das ist die Tragödie für das Industrieland Nordrhein-Westfalen. Das ist das Problem.

(Beifall von der FDP)

Die Grünen sind unterwegs – ich habe das Beispiel Datteln 4 genannt – und werden von Ihnen überhaupt nicht korrigiert. Wo war in den letzten Wochen Ihre klare Stellungnahme zur Fertigstellung des Kraftwerks Datteln 4? Wo war die? Ich meine eine klare Stellungnahme. Ich meine nicht irgendeine Fußnote.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Presseerklärung!)

– Eine Presseerklärung? Das ist ja nicht wahr! Ich meine eine Stellungnahme, die im Land auch ankommt, mit der klaren Botschaft: Jetzt wird Datteln 4 zu Ende gebaut. – Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben ja gleich die Gelegenheit, diese unklare Haltung Ihres Wirtschaftsministers für die gesamte Regierung zu korrigieren. Ich habe Sie darum ja gerade schon gebeten.

Die Grünen planen ein Klimaschutzgesetz, das zum Arbeitsplatzvernichtungsgesetz in Nordrhein-Westfalen werden könnte.

(Beifall von der FDP)

Als einzigem Bundesland sollen in Nordrhein-Westfalen verbindliche Klimaschutzziele festgelegt und als Ziele der Raumordnung in der Landesplanung verankert werden. Die Auswirkungen wären verheerend. Am Ende wäre keine nennenswerte Industrieansiedlung in Nordrhein-Westfalen mehr möglich.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das glauben Sie selbst?)

Das ist so. Das ist die Gefahr, die wir sehen. Diese Gefahr sehen aber nicht nur wir: Auch die Industrie beschreibt diese Gefahr und ist in großer Sorge um

die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen.

Die Ministerpräsidentin ist in dieser Frage bisher abgetaucht. Ich hoffe, das ändert sich gleich. Wir brauchen endlich klare, verbindliche Ansagen durch die Ministerpräsidentin unseres Landes zu den Grünen und ihrer Blockadepolitik. Wir haben das in mehreren Debatten diskutiert. Wir haben Ihnen aus Protokollen und Berichten vorgetragen, wie sich die Grünen verabredet haben, um dieses Kraftwerk zu blockieren. Sie müssen klarstellen, ob das die Haltung Ihrer Landesregierung ist, Frau Ministerpräsidentin.

Wo war die Stimme des Wirtschaftsministers, als die Betriebe in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten mit einer Steuererhöhung nach der nächsten überzogen wurden? Jetzt geht es um die Erhöhung der Wassersteuer, die kommen soll. Die haben wir in einem Stufenplan abgeschafft. Herr Wirtschaftsminister, ich habe von Ihnen zur Steuererhöhung bis zum heutigen Tage noch keine kritische Stellungnahme vernehmen können.

Ich habe von Ihnen bis zum heutigen Tage noch keine kritische Stellungnahme zu der Absicht der Regierung und der rot-grünen Koalition vernehmen können, die fiktiven Hebesätze im Gemeindefinanzierungsgesetz deutlich anzuheben. Das ist eine leistungsfeindliche, mittelstandsfeindliche Maßnahme; denn sie wird dazu führen, dass die Grundsteuer und die Gewerbesteuer vor Ort massiv angehoben werden. Das wäre ein Thema für einen Wirtschaftsminister, der die Interessen des Mittelstandes wahrnimmt. Dazu haben wir von Ihnen nichts, aber auch gar nichts gehört.

(Beifall von der FDP)

Jetzt kommt noch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer hinzu.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Damit sollen die Häuslebauer in Nordrhein-Westfalen künftig jährlich mit 400 Millionen € zusätzlich belastet werden. Nordrhein-Westfalen hat ohnehin eine viel zu geringe Wohneigentumsquote. Wie man dann auf die Idee kommen kann, junge Familien, die sich ihr kleines Eigenheim gönnen wollen, durch eine solche Steuererhöhung weiter zu belasten, müssen Sie uns bitte auch einmal erklären, Frau Ministerpräsidentin. Das ist jedenfalls keine Maßnahme, die man als sozial gerecht bezeichnen kann; das ist doch wohl klar.

Meine Damen und Herren, die FDP betreibt eine klare Oppositionspolitik in Nordrhein-Westfalen. Das ist Ihnen nicht entgangen. Das ist als Opposition auch unsere Aufgabe, und es ist eine Aufgabe, die wir weiterhin mit aller Konsequenz wahrnehmen werden. Aber wir sind, wenn die Regierung auf uns zukommt, natürlich auch gesprächsbereit, Frau Kollegin. Wir haben etwa in der Schulpolitik deutlich

gemacht: Wir wollen keine Strukturdebatten, wir wollen keine Systemdebatten in der Bildungspolitik, wir wollen eine Qualitätsdebatte.

(Beifall von der FDP)

Deshalb betone ich hier auch für meine Fraktion noch einmal: Wenn Sie auf uns zukommen, um mit uns über die Zukunft des nordrhein-westfälischen Schulwesens wirklich offen zu diskutieren, dann werden wir uns an diesen Gesprächen beteiligen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Für wen sprechen Sie? Für Herrn Witzel oder Ihre Fraktion? – Zuruf von Ministerin Sylvia Löhrmann)

– Ja, Frau Kollegin Löhrmann, Sie haben uns freundlicherweise in so eine nachrangige Arbeitsgruppe Ihrer Schulkonferenz eingeladen.

(Gunhild Böth [LINKE]: Aber die FDP war doch nicht bei der Bildungskonferenz! – Bärbel Beuermann [LINKE]: Sie werden individuell gefördert!)

Wissen Sie, über eine veränderte Schulpolitik im Rahmen eines möglicherweise zu verändernden Schulgesetzes des Landes muss man im Parlament debattieren. Hier wollen wir das debattieren.

(Beifall von der CDU)

Deshalb fordere ich Sie mit allem Nachdruck noch einmal auf: Beenden Sie endlich Ihren ohnehin gescheiterten Schulversuch!

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Der Schulversuch ist nicht gescheitert, er ist sehr erfolgreich!)

Wenn Sie eine neue Schulpolitik wollen – wir sind ja zu Gesprächen bereit –, dann muss das im Rahmen der parlamentarischen Beratung und Debatte hier erörtert und entschieden werden und nicht in Arbeitsgruppen in Ihrem Ministerium. Mit Verlaub, das ist nicht die Ebene, auf der wir als gewählte Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen über Schulpolitik für Nordrhein-Westfalen mit Ihnen debattieren wollen. Da bitte ich doch sehr um Ihr Verständnis.

(Beifall von der FDP)

Klar ist: Wir wollen, dass unsere Schulen begabungsgerechten Unterricht mit bester individueller Förderung bieten und keine Einheitsbildung. Wir wollen, dass die Gymnasien erhalten bleiben. Das sind Eckpunkte. Wir wollen, dass Kinder auch in Zukunft ihrer individuellen Begabung gemäß gefördert und nicht über einen Kamm geschoren werden.

Ansonsten sind wir offen. Wir glauben, dass es im nordrhein-westfälischen Schulwesen Veränderungsbedarf gibt. Das wäre in der Tat ein Bereich, wo wir versuchen sollten, zu Gemeinsamkeiten zu kommen – aber bitte im parlamentarischen Rahmen und im Rahmen eines dann zu verändernden

Schulgesetzes und nicht in Arbeitsgruppen bei Ihnen im Ministerium, Frau Löhrmann.

Ich darf doch noch einmal darum bitten, vernünftig auf uns zuzukommen. Da, wo es wirklich um Zukunftsfragen geht, sind wir als Opposition zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit. Aber wir werden mit allem Nachdruck auch weiterhin für unsere Überzeugung kämpfen: für eine freiheitliche Politik, für eine Politik der sozialen Marktwirtschaft, für eine Politik, die auf „Privat vor Staat“ statt auf „Staat vor Privat“ setzt. Das bleibt in der Tat unser ordnungspolitischer Kompass. Aber auf dieser Basis müssen wir alle unseren gemeinsamen Beitrag für eine gute Zukunft Nordrhein-Westfalens leisten. – Ich danke Ihnen sehr, dass Sie mir Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.

(Anhaltender Beifall von der FDP – Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Fraktion Die Linke hat nun Herr Zimmermann das Wort.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich merke, dass die Worte von Herrn Papke bei seinen eigenen Leuten nicht besonders gut funktionieren. Er beklagt sich darüber, dass einige Minister nicht anwesend sind. – Sobald er geendet hat, verlassen die meisten Abgeordneten der FDP-Fraktion den Saal.

(Beifall von der LINKEN)

Das versteht man hier unter Demokratie, unter Zuhören. Wissen Sie, mir kam schon bei der Rede von Herrn Laumann, der sich auch verkrümelte, bei einigen Passagen der Gedanke: Thema verfehlt, Sechs, setzen!

(Beifall von der LINKEN)

Ging es eigentlich um den Haushalt? Es ging teilweise um den Haushalt, aber es ging auch um Brennelementekugeln, Israel, Vorfälle in Duisburg. Das alles hat nichts mit dem Haushalt zu tun.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Willkommen in Nordrhein-Westfalen!)

Dann müssen wir als Partei uns auch noch als antisemitisch diffamieren lassen, obwohl mittlerweile allen bekannt ist, dass dieses Flugblatt von außen auf unsere Website gesetzt worden ist,

(Lachen von Dr. Stefan Berger [CDU])

dass unser Kreisverband Strafanzeige erstattet hat. Das war mittlerweile in allen Medien zu lesen. Dann kommt Herr Laumann und diffamiert unsere Partei als antisemitisch.

(Zuruf von der CDU)

Das müssen wir uns von einem Mann anhören, der führend in einer Partei tätig ist, die jahrzehntelang – jahrzehntelang! – Nazis in ihren Reihen geduldet hat.

(Beifall von der LINKEN)

Damit Sie auch wissen, um wen es geht, und wenn Sie das einmal nachvollziehen wollen: Unter anderem geht es dabei um Staatssekretär Globke unter der Adenauer-Regierung. Also halten Sie sich mal ganz geschlossen.

(Zuruf von der LINKEN: Jawohl!)

Kommen wir zum Haushalt, zum eigentlichen Thema! Die Landesregierung ist mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 als Tiger gesprungen – das fanden wir auch gut – und als Bettvorleger gelandet. Als Tiger sind Sie gesprungen, werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen, weil es mutig und richtig war, im ersten Entwurf 7,8 Milliarden € Neuverschuldung einzuplanen. Sie sind als Bettvorleger gelandet, weil Sie die Neuverschuldung im Laufe des Verfahrens ohne Not auf 4,85 Milliarden € reduziert haben.

(Beifall von der LINKEN – Britta Altenkamp [SPD]: Dass es eine Entscheidung des Verfassungsgerichts gegeben hat, ist Ihnen wohl nicht bekannt!)

Prinzipienlosigkeit und Hasenfüßigkeit werden selten belohnt. Die Klage der CDU-Fraktion, die auch ein bisschen reduziert hier sitzt, ist daher eigentlich nur folgerichtig und konsequent. Ich kann Herrn Laumann nicht direkt ansprechen, weil er, wie gesagt, nicht mehr da ist. Trotzdem spreche ich ihm mein Kompliment für die erfolgreiche Erpressung dieser Landesregierung aus.

Sie machen aber nur halbe Sachen, Herr Laschet – ich nehme Sie stellvertretend –: Sie klagen, aber Neuwahlen wollen Sie nicht.

(Armin Laschet [CDU]: Willst du Neuwahlen?)

Sie wollen keine einstweilige Anordnung. Es ist alles nur Showpolitik, was Sie hier betreiben, Symbolpolitik.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn Sie es wirklich ernst meinen würden, wenn Sie sich wirklich trauen würden, dann würden Sie eine einstweilige Anordnung beantragen. Ich bin gespannt, ob Sie das vielleicht nachträglich tun.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Gegenruf von Bärbel Beuermann [LINKE] – Beifall von der LINKEN)

– Das sagt mir gerade der Richtige.

Wir als Fraktion teilen die Einschätzung der Landesregierung, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Die Produktionslücke reicht be-

kanntlich bis ins Jahr 2012; das ist vollkommen richtig. Die strukturell hohe Arbeitslosigkeit besteht fort. Das allein ist ausreichend, um eine Störung glaubhaft darzulegen. Es wäre besser gewesen, bei dieser Einschätzung zu bleiben.

Bezüglich der Klage der CDU ist zu hoffen, dass die Richter beim Verfassungsgerichtshof wissen, dass sie Juristen und keine Makroökonomien mit dem fachlichen Schwerpunkt Konjunkturpolitik sind.

Wird eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festgestellt, dann muss das auch relevante Auswirkungen auf den Haushalt haben. Bei den Ausgaben muss dann kräftig draufgelegt werden. Denn wie sonst soll eine Störung behoben werden?

Stattdessen wurde die Neuverschuldung unter dieser Klagedrohung um 3 Milliarden € reduziert. Diese 3 Milliarden € fehlen nun in diesem Land. Sie fehlen in den Kommunen, in den Universitäten und Schulen, sie fehlen für eine kostenfreie Kinderbetreuung, für ein Sozialticket, für die Flüchtlingsberatung, für die Arbeitsmarktpolitik, für Kinder und Jugendliche und nicht zuletzt für eine deutliche Erhöhung der darniederliegenden Investitionen.

(Beifall von der LINKEN)

Und Herr Laumann stellt sich hier hin und will uns erzählen, dass die Verschuldungspolitik dieser Landesregierung auf Kosten unserer Kinder geht.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

– Ach, Herr Laumann, Sie sind wieder da. Das freut mich ungemein.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Tag, Herr Laumann!)

Herr Laumann, unter Ihrer Politik, die Sie gemeinsam mit der FDP betrieben haben – Sozial- und Mittbestimmungskahlschlag –, leiden die Kinder in Nordrhein-Westfalen immer noch. Das wird jetzt erst ein wenig korrigiert. Unter Ihrer Sozialkahlshlagspolitik haben die abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen und alle anderen Benachteiligten in Nordrhein-Westfalen gelitten.

(Beifall von der LINKEN)

In unseren heute vorgelegten Änderungsanträgen zeigen wir ein weiteres Mal auf, wo dieser Haushalt eine soziale Schieflage aufweist.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Der Landeshaushalt ist strukturell unterfinanziert. Diese Erkenntnis hat sich mittlerweile auch bei Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten herumgesprochen, die schließlich jahrelang dabei geholfen haben, die öffentlichen Kassen zu plündern und dabei die Reichen zu bedienen. Das wird immer noch nicht konsequent rückgängig gemacht.

(Zuruf von der CDU: Klassenkampf!)

Ein Hinweis von Herrn Laumann war richtig, nämlich dass beispielsweise in Baden-Württemberg und in Hamburg konsequente Sparpolitik betrieben wird. Ich bin froh, dass das wenigstens diese Regierung nicht in dem Maße tut, wie das in den anderen Ländern von Ihren Parteigenossinnen und -genossen betrieben wird.

(Beifall von der LINKEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Das ist aber ein Kompliment!)

Das muss aber Konsequenzen haben. Zu Recht haben Sie Folgendes erklärt, Herr Minister Walter-Borjans – ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren –: „Trotz guter Erholung bleibt die Volkswirtschaft anfällig für Rückschläge“. Aber dann kommt folgende Aussage:

„Wir bleiben aber bei unserer Zusage, dass wir zusätzliche Steuermehreinnahmen vollständig zur Senkung der Kreditaufnahme nutzen. Die Landesregierung hält weiter Kurs in Richtung Konsolidierung.“

Das ist doch absurd. Wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist und die Volkswirtschaft anfällig für Rückschläge bleibt, wie Sie korrekt festgestellt haben, dann spricht alles – ich sage deutlich: alles – für konjunkturstützende Ausgaben.

(Beifall von der LINKEN)

NRW ist die sechstgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union. Diese Landesregierung hat immer noch keine Vorstellung von zeitgemäßer Konjunktur- und Investitionspolitik. Da wirken offenkundig die dunklen Jahre der Schröder-Ära noch ein bisschen nach.

Der erste eigene Haushalt von Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ist daher eine Enttäuschung. Der grundlegende Politikwechsel bleibt aus. Die nötigen Konjunkturimpulse und Zukunftsinvestitionen finden nicht statt.

Statt konsequenter präventiver Sozialpolitik erleben wir ein Einknicken vor den abgewählten neoliberalen Parteien CDU und FDP. Dieses Einknicken ist verhängnisvoll.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

So entsteht der Eindruck, als habe der Verfassungsgerichtshof der Landesregierung das Schuldenmachen verboten. Aber noch gilt die Landesverfassung. Der Verfassungsgerichtshof bestätigte ja gerade das Recht des Parlaments, eine Störungslage zu erklären, sofern das nachvollziehbar begründet wird. Es gab und gibt keine Notwendigkeit, die Neuverschuldung um 3 Milliarden € abzusenken.

Die Vorsitzende unserer Partei, Frau Löttsch, hat im Zusammenhang mit der aktuellen Steuerschätzung einen ganz pragmatischen Vorschlag gemacht. Sie hat gefordert, ein Drittel der Mehrein-

nahmen auf der Bundesebene für die Beseitigung der Armut zu verwenden, ein Drittel für die Energiewende zu verausgaben und ein Drittel für die Reduzierung der Neuverschuldung zu nutzen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist konsequente soziale Politik. Stattdessen haben die Finanzminister aller Länder die Verwendung der kompletten Mehreinnahmen zur Schuldentilgung beschlossen.

Wenn wir den Vorschlag unserer Parteivorsitzenden auch auf die Minderausgaben anwenden – bekanntlich ergeben die aktuellen Steuermehreinnahmen und Minderausgaben eine Absenkung der Neuverschuldung um 3 Milliarden € –, dann läge die Neuverschuldung im Jahre 2011 in NRW bei vertretbaren 6,8 Milliarden €.

Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, hätten mit diesen 2 Milliarden € einen wirklichen Politikwechsel einleiten können.

Sie hätten 1 Milliarde € für ein Landesprogramm gegen Arbeitslosigkeit sowie für Teilhabe gehabt, und man hätte auch ein Sozialticket finanzieren können, das diesen Namen verdient.

Mit 1 Milliarde € für die Energiewende wäre eine angemessene Förderung der energetischen Gebäudesanierung möglich, und das Land hätte auch die notwendigen Mittel, um die Rekommunalisierung der Stromerzeugung zu fördern und den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu beschleunigen.

Unsere Fraktion hat im Interesse breiter Schichten der Bevölkerung 87 Änderungsanträge mit einem Ausgabenvolumen von 2,2 Milliarden € gestellt. Der Schwerpunkt liegt in den Bereichen Kommunen, Bildung und Soziales.

(Beifall von der LINKEN)

Andere Fraktionen – das muss auch einmal deutlich gesagt werden – haben sich in den Ausschüssen weitgehend auf das Polemisieren beschränkt. Erst jetzt kommt die FDP mit 70 Anträgen. Und das, was die CDU betreibt, Herr Laumann, ist einfach Arbeitsverweigerung. Sie bringen keine Vorschläge. Sie bringen allenfalls Reduzierungsvorschläge, aber keine Vorschläge im Interesse der Mehrheit der Menschen in diesem Lande.

(Beifall von der LINKEN)

Da wir als Fraktion gleichzeitig konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation vorgelegt haben, beträgt das Nettoausgabenvolumen 1,8 Milliarden €. 900 Millionen € davon entfallen auf die Hilfen für die Kommunen, davon knapp 700 Millionen € auf die nötige Anhebung des Verbundsatzes von 23 % auf 25 %. Diese Maßnahmen wären die einzige akzeptable Antwort auf die unverschuldete Pleite der Kommunen in Nordrhein-Westfalen gewesen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir sagen Nein zu den Erpressungen Griechenlands durch den IWF und die EU. Wir sagen genauso Nein zu Strukturanpassungen nach den Vorstellungen des IWF, wenn diese in NRW stattfinden sollen.

Knapp 800 Millionen € waren für eine nachhaltige Stärkung der Bildung vorgesehen, sei es in der Kita, in der Schule oder in der Universität. Es bleibt skandalös, liebe Vertreter der Landesregierung, dass Sie den Wegfall der Studiengebühren nicht hinreichend kompensieren wollen.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist wahr!)

– “Das ist wahr!” Sie hätten ja mithelfen können, das, was wir beantragt haben, durchzubekommen. Da haben Sie sich aber verweigert.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie hätten unserem Antrag ja zustimmen können! – Gunhild Böth [LINKE]: Wir haben es dreimal angeboten!)

Sie erzählen hier immer viel, aber verweigern sich, wenn es zur Sache geht.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Ministerin Schulze, Sie wissen doch, dass eine unzureichende Kompensation wie eine Kürzung wirkt. Greifen Sie unsere Vorschläge auf, damit es den Universitäten und den Studierenden wieder besser geht.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben 500 Millionen € für den Sozial- und Gesundheitsbereich vorgesehen. Der Schwerpunkt ist die soziale Wohnraumförderung und die Unterstützung kommunaler Krankenhäuser, nicht – das sage ich in Richtung FDP – privater Krankenhäuser. 85 Millionen € sind nach unseren Vorstellungen für ein landesweites Sozialticket vorgesehen, das seinen Namen auch verdient und das sich auch Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher sowie andere arme Menschen in diesem Lande leisten können.

(Beifall von der LINKEN)

Bei den von Ihnen vorgesehenen 30 Millionen € pro Jahr ist das mit Sicherheit nicht der Fall.

(Beifall von der LINKEN)

Eines kann ich Ihnen versichern: Unsere Änderungsanträge sind kein Maximalprogramm. Unsere Vorstellungen von einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft werden auch in NRW nicht mit Haushaltsanträgen durchgesetzt. Die skizzierten Änderungsanträge sind Mindestanforderungen an einen Politikwechsel in NRW. Von einigen Ausnahmen abgesehen hat die Landesregierung sie aber leider abgelehnt.

Trotz aller Unkenrufe von CDU und FDP, Herr Papke: Wir sind kein Teil der Regierung, wir machen ganz einfach eigene Politik. Da können Sie zehnmal mit dem Dackel wackeln. Es geht letztendlich darum, dass wir ein anderes Politikverständnis haben. Herr Papke, hören Sie mir doch einmal einen Augenblick zu.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich höre Ihnen immer zu!)

Bei uns geht es um Inhalte und nicht um parteipolitische Spielchen. Bei uns geht es um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN)

Was dem dient, das bringen wir in dieses Parlament ein und das versuchen wir durchzusetzen. Wenn diese Regierung in einigen Anträgen und Gesetzesentwürfen ein Stück weit in diese Richtung geht, dann stimmen wir dem zu.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben doch bis jetzt bei allem zugestimmt! – Widerspruch von der LINKEN – Bärbel Beuermann [LINKE]: Wir haben ja auch mit der CDU gestimmt!)

– Nein, wir haben nicht allem zugestimmt, sonst hätten wir doch nicht zwei CDU-Anträgen und dem Antrag zur Vorratsdatenspeicherung von Ihnen zugestimmt.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Aber Sie stimmen der Regierung zu!)

Nur Sie sind nicht in der Lage, Ihre Leute hier vollzählig zu haben. Sie spielen nur Opposition, Sie machen aber keine.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Der Haushaltsentwurf 2012, Frau Ministerpräsidentin, wird zeigen, ob Sie sich noch ein Stück weiter auf CDU und FDP zubewegen oder eher auf uns.

Nachdem die FDP auf ihrem Bundesparteitag zaghaft entdeckt hat, dass Politik mehr sein kann als Marktradikalismus, Steuersenkung und Sozialabbau – das hat ja Ihr Herr Rösler jetzt als neuer führender Mensch Ihrer Partei gesagt –, erscheint es mir fast gangbar, dass Sie auch ein bisschen mitspielen dürfen.

Wenn ich mich in der Republik umschaue und den Blick nach Hamburg schweifen lasse – das habe ich eben schon einmal erwähnt –, wo der ehemalige Generalsekretär des Hartz-IV-Kanzlers Schröder nun munter Bildungsabbau betreibt, dann erscheint mir das erst recht gangbar und denkbar.

Aber ich will nicht hoffen, dass Sie diesen Weg gehen. Sie sollten den Weg weitergehen, aber konsequenter als bisher, nämlich in die sozialpolitische

Richtung. Das ist die Aufgabe, die in Nordrhein-Westfalen ansteht.

(Beifall von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihre Anträge sind genau das Gegenteil!)

Wir haben den Haushalt 2011 als Enttäuschung bezeichnet, aber wir haben hinzugefügt: Er geht ein Stück weit – zwar zaghaft – in die richtige Richtung. Deshalb kommen wir zu dem Schluss: Wir können ihn nicht ablehnen, wir können ihm natürlich aber auch nicht zustimmen. Deshalb werden wir uns bei diesem Haushalt enthalten. Das ist ganz konsequent.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

– Die Antwort ist ganz einfach, wenn Sie fragen, warum wir das tun. – Wir stehen zu unserem Wahlprogramm, und dort heißt es, dass wir uns zwar an keiner Regierung beteiligen – oder diese tolerieren –, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt und nicht die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in diesem Lande deutlich verbessert.

Wir sagen: Das Wahlprogramm definiert eine notwendige und hinreichende Bedingung: keine Privatisierung, kein Sozial- und Personalabbau – das ist die notwendige Bedingung. Eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen – das ist die hinreichende Bedingung.

Wir haben den Entwurf gewissenhaft geprüft, und wir haben uns das in der Tat nicht leicht gemacht. Unsere Fraktion, unsere Partei haben das intensiv diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die roten Haltelinien, die wir haben, nicht überschritten werden.

In diesem Punkt – und auch nur in diesem Punkt – ist der CDU zuzustimmen, die in einer aktuellen Broschüre, in ihrem netten Blättchen, geschrieben hat, dass sich die Abhängigkeit der Regierung von der Linken vor allem bei zentralen politischen Vorgaben zeige.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Zimmermann.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Richtig ist daran, dass die Regierungsfractionen wissen, dass wir als Linke zu den Versprechungen stehen, die wir im Wahlprogramm gemacht haben, in unserem Wahlprogramm, und der Markenkern sind die Haltelinien.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Zimmermann, entschuldigen Sie, wenn ich Sie ...

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Für uns gilt weiterhin:

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Der will nicht!)

Sozial auch nach der Wahl! Das gilt für den Haushalt 2011 und vor allen Dingen für den Haushalt 2012. Daher hätte es in Ihrer Broschüre eigentlich anders heißen müssen. Sie hätten schreiben müssen: Die Regierung ist von den roten Haltelinien abhängig, stellt sie bei zentralen politischen Vorgaben, insbesondere beim Haushalt, teilweise ein. Falls Sie jetzt vergessen haben, das für die nächste Broschüre mitzuschreiben – ich kann Ihnen die Formulierung gern noch einmal nachreichen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Zimmermann, würden Sie mir ein kurzes Signal geben, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Laschet zulassen wollen, damit ich nicht auf die Interpretation eines Ihrer Fraktionskollegen angewiesen bin.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Laschet.

Armin Laschet (CDU): Herr Kollege Zimmermann, ich konnte diesen dialektisch anspruchsvollen Beschreibungen, weshalb Sie sich am Ende zum Haushalt enthalten, aber dennoch Kritik an der Landesregierung formulieren, folgen, aber ich würde Ihnen gern die Frage stellen: Ist es eigentlich nicht viel profaner, und lautete nicht in einem der Anträge auf Ihrem Landesparteitag die wirkliche Begründung, dass man sich enthalten sollte, weil man sonst unter die Fünf-Prozent-Hürde fiel? Stimmt es, dass das Thema in Bochum bei Ihrem Parteitag war?

(Michael Aggelidis [LINKE]: Machen Sie sich darüber keine Gedanken! Kümmern Sie sich lieber um Ihre eigenen Freunde!)

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Wissen Sie, Herr Laschet, ich habe überhaupt keine Hemmungen zuzugeben, dass es einen Beitrag eines Delegierten gegeben hat, der darauf hingewiesen hat – da müssen Sie richtig zuhören –, dass, wenn es zu Neuwahlen käme, es so aussieht, dass die SPD und die Grünen nach den derzeitigen Umfragen über 50 % bekommen würden und eine Linke, wenn sie wieder im Landtag vertreten wäre, dann nicht den Druck ausüben könnte, den wir bisher in der Tat auf die Landesregierung ausüben. Das ist der Punkt.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben dargelegt, dass die Verbesserungen der Regierungskoalitionen nicht ausreichend sind. Wir haben aber deutlich gemacht, dass es eine Akzentverschiebung gibt. Dazu stehen wir auch.

Ich möchte kurz zu dem Personalhaushalt, zu den Personalfragen kommen. Gegenüber dem letzten Haushalt der abgewählten Regierung Rüttgers – Herr Rüttgers ist auch nicht mehr anwesend – wurden in Saldo 1.908 Stellen geschaffen. Das ist einer der Schritte in die richtige Richtung, aber eben nur ein kleiner Schritt. Denn gleichzeitig wurden im Arbeitnehmerbereich über 700 Stellen abgebaut.

Dieser Abbau resultiert natürlich im Wesentlichen aus der Realisierung von von Ihrer abgewählten CDU/FDP-Regierung ausgebrachten kw-Stellen. Wäre diese Politik der Personalkostenreduzierung um jährlich 1,5 % fortgesetzt worden, meine Damen und Herren von der Landesregierung, dann hätten wir diesen Haushalt hier und heute abgelehnt.

(Beifall von der LINKEN)

Das gilt im Übrigen auch für alle Folgehaushalte – damit das von vornherein klar ist.

Der Abbau von Stellen mag im Einzelnen bei Wegfall von Aufgaben einer Behörde oder Neustrukturierungen akzeptabel sein, der Abbau von 700 Stellen im Arbeitnehmerbereich in Saldo ist nicht akzeptabel. Im Ergebnis setzt sich nämlich so die Politik der personellen Unterausstattung fort.

Ein nötiger Stellenaufbau im Beamtenbereich – bei den Lehrerinnen und Lehrern oder bei den Steuerprüfern und -prüferinnen – darf nicht zu einem Abbau im Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenbereich führen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir werden diese Entwicklung konsequent verfolgen und hier das Gespräch – wie wir das immer tun – mit den Personalräten und mit den Gewerkschaften suchen. Das gilt insbesondere für den Landesbetrieb Straßenbau.

Es ist klar, dass im Haushalt 2011 zwar keine Privatisierungen im Sinne von Beteiligungsverkäufen stattfinden, aber die Unterfinanzierung des Landeshaushalts führt zu erhöhtem Druck in den Betrieben, Behörden und bei den Zuwendungsempfängern des Landes, Leistungen fremd zu vergeben, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter einzustellen und so die Belegschaften zu spalten.

Die Folgen sind bekannt: Unterbieten des Tarifniveaus und Qualitätsverluste, Beispiel Uniklinikum Essen. Da wurde mit dieser neoliberalen Praxis auf Druck des Personalrats, der Gewerkschaft ver.di und von uns hier in diesem Landtag ...

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Den Druck haben wir schon ausgeübt, da waren Sie noch gar nicht da!)

– Wir hatten einen entsprechenden Antrag gestellt, Kollege Schmeltzer. Danach erst wurde gehandelt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Quatsch!)

Jetzt gibt es diese Service-Agentur Gott sei Dank nicht mehr. Ich nutze die Gelegenheit, weil auch die Öffentlichkeit anwesend ist, und sage: Herzlichen Glückwunsch an den Personalrat des Uniklinikums Essen und die Belegschaft dort, die das konsequent verfolgt und dafür gesorgt haben, dass damit jetzt Schluss ist!

(Beifall von der LINKEN)

Aber es gab nicht überall diese Freude. Gestern demonstrieren zum Beispiel Kolleginnen und Kollegen von der EVG, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, vor dem Essener Rathaus gegen die Vergabep Praxis des VRR. Politisch geführt wird dieser VRR bekanntlich von CDU und Grünen. Bei der Ausschreibung von zwei Regionalverkehrslinien soll laut Ausschreibungsunterlagen wieder einmal der Billigste gewinnen. Damit ist klar, dass Qualität und Sicherheit des Verkehrs und eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten offensichtlich nicht im Interesse des VRR zu liegen scheinen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Genau!)

Der VRR ist bekanntlich eine Anstalt des öffentlichen Rechtes. Trotzdem setzt sich der Verkehrsverbund über die Möglichkeiten des europäischen Rechts einfach hinweg. So bietet die EU-Verordnung 1370 aus dem Jahre 2007 alle Möglichkeiten, in einer Ausschreibung von den Anbietern die Einhaltung sozialer Standards – darunter fallen auch Tarifstandards – zu verlangen.

Zu Recht kritisiert die EVG die Praxis des VRR und fordert die Landesregierung auf, das geplante Tarifreuegesetz endlich zu beschleunigen.

Herr Minister Voigtsberger, wann ist es so weit? Wann bringen Sie Ihren Entwurf endlich ins Parlament ein? Herr Minister, was haben Sie getan, um diese Dumping-Vergabe des VRR zu verhindern, Einfluss zu nehmen? Ich würde gerne etwas dazu hören.

(Beifall von der LINKEN)

Privatisierung und Lohndumping finden daher aktuell im Land statt, nicht direkt von der Landesregierung veranlasst, aber geduldet durch Unterlassen einer hinreichenden Finanzierung der Anstalten, Behörden und Betriebe.

Aber: Bei aller Kritik verkennen wir nicht die richtige Richtung. Das habe ich bereits gesagt. Wir verkennen auch nicht den Ausbau bei der Kinderbetreuung und der schulischen Bildung, insbesondere die Schaffung von Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Ebenfalls positiv zu nennen ist die Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 %. Das hätten Sie auch früher haben können. Unsere Fraktion hat das bereits in der Debatte zum Nachtragshaushalt ge-

fordert. Das wäre also schon vor dem 1. Oktober möglich gewesen. Dann hätten wir viele Millionen Euro mehr in diesem Haushalt.

Wir stellen fest: Die Landesregierung hat eine sehr moderate, aber leider unzureichende Akzentverschiebung vorgenommen. Ein Politikwechsel sieht unserer Meinung nach anders aus, wenn er denn grundlegend sein soll. Wir lassen den Haushalt passieren, damit eine Chance besteht, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzumachen, aber konsequenter weiterzumachen.

Ich sage ganz deutlich: Wenn wir als Fraktion nicht in diesem Landtag wären und in diese Richtung drücken würden, dann wären meiner Einschätzung nach diese zaghaften Reformen auch so nicht gelaufen.

(Beifall von der LINKEN)

Und weil die Konsolidierung des Gesamthaushaltes nur mit einem nachhaltigen Politikwechsel und Kurswechsel in der Steuerpolitik des Bundes möglich ist, werden alle Konsolidierungsversuche bei der aktuellen Einnahmesituation nur die soziale und ökonomische Zukunftsfähigkeit des Landes beschädigen.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen, werte Kolleginnen und Kollegen, ein Zukunftsinvestitionsprogramm, das den sozialen Zusammenhalt sichert und den ökologischen Umbau des Landes auf 100 % erneuerbare Energien und das Energieeinsparen vorantreibt.

(Beifall von der LINKEN)

Die Schuldenbremse verhindert das. Ich habe es bereits in der Vergangenheit mehrfach erklärt – nicht nur in dieser Rede: Die Schuldenbremse, die leider im Grundgesetz und in mehreren Landeshaushalten steht, gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

(Beifall von der LINKEN)

Wer in die Zukunft investieren will, muss sich von der Schuldenbremse lossagen. Ich habe Sie schon einmal aufgefordert: Klagen Sie vor dem Bundesverfassungsgericht! Das ist überfällig. Wir fordern Sie nochmals dazu auf.

Noch einmal: Als Tiger gestartet, als Bettvorleger, als Konsolidierungs-Bettvorleger sozusagen, gelandet. Wir bedauern dies, weil viele Menschen in diesem Lande das spüren werden. Wir können noch umsteuern. Sie stehen vor einer Richtungsentscheidung. Leiten Sie den überfälligen Politikwechsel ein, und zwar richtig, und das spätestens im Jahre 2012! Bewegen Sie sich nicht auf den Konsolidierungs- und Sparpolitikkurs der CDU und FDP zu, sonst werden die Wählerinnen und Wähler enttäuscht und betrogen!

(Beifall von der LINKEN)

Wir würden uns an solch einer Politik nicht beteiligen. Für uns gilt auch weiterhin: sozial auch nach der Wahl – auch im Jahre 2012 und danach! – Danke schön.

(Lebhafter Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Zimmermann. – Als nächste Rednerin hat nun Frau Ministerpräsidentin Kraft das Wort. Bitte schön, Frau Ministerpräsidentin.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute vor der Verabschiedung des Landeshaushalts 2011. Wenn wir ihn verabschieden, schaffen wir damit die finanzielle Basis für eine gute Zukunft unseres Landes Nordrhein-Westfalen, für eine gute Politik, für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Investitionen in Kinder, Bildung und Vorbeugung, für gute Arbeit, eine gute Politik für die Verbesserung der ökologischen Grundlagen, aber auch für die Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven unseres Landes.

Wir halten Wort, meine Damen und Herren. Wir machen uns auf den Weg zu einer qualitativ besseren und kostenfreien Bildung in Nordrhein-Westfalen. Das hilft vor allem unseren Familien. Wir starten mit einer Politik, deren oberstes Ziel heißt: Wir lassen kein Kind mehr zurück.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir meinen das ernst. Wir ziehen das durch. Wir steuern damit auch einer der größten Bedrohungen für den Wirtschaftsstandort, nämlich dem Fachkräftemangel, mit den richtigen Schritten entgegen. Die Studien besagen, dass wir im Jahre 2020 einen Mangel nur in Nordrhein-Westfalen von 600 000 Fachkräften erwarten müssen.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir exakt in diesen Bereich, Kinder, Bildung und Zukunft unseres Landes, investieren; denn nur so werden wir diese Lücke schließen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir bleiben auch bei dem Grundsatz: Stadt und Land – Hand in Hand. Leider ist jetzt der Kollege Laumann nicht da.

(Zuruf von der SPD: Herr Laschet ist ja da!)

– Herr Laschet ist ja da. – Herr Laschet, ich rede viel mit Kommunen, ich bin viel im Land unterwegs. Das, was unsere Regierung von der Vorgängerregierung unterscheidet – ich meine das überhaupt nicht polemisch –, ist, dass wir den Kommunen wieder auf Augenhöhe begegnen. Es ist wichtig, dass man sie mit ihren Sorgen und Nöten ernst nimmt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir leisten die Unterstützung im Bereich der Kommunen, die angesichts der schwierigen Haushaltslage möglich ist. Wir kämpfen hoffentlich gemeinsam weiter dafür, dass der Bund endlich seiner Verantwortung gegenüber den Städten und Gemeinden nachkommt.

Das, was Herr Laumann gesagt hat, die Übernahme der Grundsicherung in drei Schritten, also erst in drei Jahren die Höchststufe zu erreichen, wird nicht ausreichen, um unsere Kommunen aus dieser desolaten Finanzlage herauszuholen. Wir brauchen den Bund noch weiter. Wir haben dazu einen guten gemeinsamen Antrag verabschiedet.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben in der Debatte um die Energiewende in Deutschland und den Ausstieg aus der Atomkraft die Interessen Nordrhein-Westfalens klar im Blick. Wir von Rot-Grün wissen seit vielen Jahren, dass Atomkraft nicht mit einer Zukunft versehen werden sollte, weil sie unverantwortbar ist. Wir haben die schrecklichen Ereignisse von Fukushima nicht gebraucht.

Doch eines ist mir wichtig: dass der Ausstieg nicht Hals über Kopf, nicht planlos, überhastet und ohne Abwägung der konkreten Handlungsschritte und Folgen ablaufen sollte, bloß weil insbesondere Frau Merkel und die CDU unter Druck stehen. Viele Bürgerinnen und Bürger fürchten, dass die Bundesregierung einen Atomausstieg im wahrsten Sinne des Wortes um jeden Preis verfolgt. Das ist nicht unser Weg der Vernunft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Energie muss bezahlbar bleiben, auch für Verbraucherinnen und Verbraucher, aber insbesondere auch für die energieintensiven Unternehmen in diesem Land. Die haben wir dabei im Blick, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen weiterhin sicherstellen, dass der Strom verlässlich und zuverlässig aus der Steckdose kommt. Wir als Landesregierung haben immer das Ziel vor Augen: NRW muss Industrieland bleiben. Wir sind froh und wir wissen, dass wir nur deshalb gut durch die Krise gekommen sind, weil wir eben keiner Deindustrialisierung, wie es manche gefordert haben, das Wort geredet haben. Dafür aber sind Energieversorgungssicherheit und verkraftbare Preise eine zwingende Voraussetzung.

Um es an dieser Stelle klipp und klar zu sagen: Eine Deindustrialisierung als Folge der Energiewende werden wir aus Nordrhein-Westfalen nicht mittragen! Deshalb gilt: Sorgfalt vor Schnelligkeit, meine Damen und Herren. Ich bitte, das auch bei der Bundesregierung in Berlin anzumahnen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da werden im Moment Entscheidungen im Eiltempo durchgeboxt. Neun Gesetze sollen vorgelegt und in einer hastigen Beratung durch das Parlament und auch durch den Bundesrat geschleust werden. Ich habe insofern große Befürchtungen.

Es ist richtig und wichtig, dass wir versuchen, einen größtmöglichen Konsens zu erzielen – da sind wir dabei –, dass wir endlich zu einer befriedeten Situation kommen und damit auch zu einer Planungssicherheit für die Industrie und die Unternehmen in diesem Land.

Aber eines muss dabei immer auch für uns speziell aus Nordrhein-Westfalen im Blick sein, nämlich die Interessen unseres Standortes, die Interessen unserer Unternehmen. Wenn ich höre, dass die Bundesregierung 5 Milliarden € mehr in die Förderung von Offshore-Anlagen stecken will, kann ich nur sagen: Das ist gegen die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir wollen, dass auch die Windkraft in unseren Breiten massiv unterstützt wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es wäre gut, wenn wir uns endlich gemeinsam darauf verständigen könnten, dass es gut ist, starke Stadtwerke zu haben, die einen Wettbewerb in diesem Bereich der Energieversorgung endlich in Gang setzen; denn wir brauchen mehr Wettbewerb, um die Preise für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für die energieintensiven Unternehmen auf Dauer sicherzustellen. Auch das ist eine gute Politik, die wir in Nordrhein-Westfalen wieder auf den Weg bringen wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Laumann, ich frage Sie: Sind Sie bei uns, wenn wir für die Interessen des Standortes Nordrhein-Westfalen kämpfen? – Ich nenne nur die Stichworte „Benchmark“, „energieintensive Unternehmen“, „Emissionshandel Brüssel“. Sind Sie bei uns? Was macht denn die Bundesregierung in diesem Feld? Sind Sie bei uns, wenn dort Benchmarks gesetzt werden, die technologisch von unseren Unternehmen gar nicht eingehalten werden können, weil sie in der Vergangenheit schon so hohe Einsparungen vorgenommen haben, dass es technologisch gar nicht möglich ist, diese Benchmarks zu erreichen, um darüber kostenlose Emissionszertifikate zu bekommen? – Das kann doch nicht sein, dass wir das zulassen, dass die Bundesregierung hier nicht aktiv ist.

Und es kann auch nicht sein, dass wir uns nicht darauf verständigen können, gemeinsam in Brüssel und in Berlin dafür zu kämpfen, dass die Erlöse aus dem Emissionshandel auch wieder hierhin, nach Nordrhein-Westfalen, zurückkommen! Wir brauchen dieses Geld, um die notwendige Umsteuerung in unserem Land vorzunehmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nein, wir müssen aufpassen, dass es bei den Beschlüssen, die jetzt in aller Schnelle vorbereitet werden, nicht zu einer energiepolitischen Geisterfahrt kommt. Es ist richtig und es ist wichtig, hier zu guten übereinstimmenden Ergebnissen zu gelangen, zu einer Befriedung der Situation.

Es ist auch richtig, dass wir den Klimaschutz verstärkt in den Blick nehmen, und zwar nicht nur mit Blick auf die Risiken, sondern auch auf die Chancen. Wir weisen seit Langem darauf hin, dass wir Klimaschutz als Fortschrittsmotor sehen. Ich bin froh darüber, dass wir ein Klimaschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen werden, weil nämlich Schluss damit sein muss, dass Politikerinnen und Politiker sich in den Augen der Bevölkerung dauernd unglaubwürdig machen, weil sie nur irgendwelche Zielzahlen für die Reduktion von CO₂ nennen, und zwar möglichst in weiter Ferne, weil man weiß, dass man nicht mehr im Amt sein wird, wenn eine Überprüfung ansteht.

Wir wollen konkret sagen, wie wir diese reduzierten CO₂-Ziele in Nordrhein-Westfalen erreichen wollen – mit konkreten Maßnahmen, im Dialog mit allen Beteiligten. Das ist der Weg, den wir gehen wollen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sind nur einige der Themen, die aktuell auf der Tagesordnung stehen.

Wie Sie, Kollege Laumann, angesichts dieser Herausforderungen in Ihrem Pressestatement gestern zu dem Schluss gekommen sind, es gäbe zurzeit keine landespolitischen Themen, ist mir völlig unverständlich. Wir haben große Herausforderungen zu schultern. Für die Zukunft Nordrhein-Westfalens müssen wir die Lebensbedingungen verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Wir wissen das und wir haben die notwendigen Schritte klar im Blick.

Werter Kollege Laumann, wir haben den roten Faden keineswegs verloren, sondern dieser rote Faden wird durch den Haushalt 2011 umgesetzt. Im Bereich „Bildung“ geht es um 1,1 Milliarden € mehr für Kinder, Bildung und Vorbeugung. Das ist die Politik, die wir brauchen, um eine gute Zukunft zu sichern.

242 Millionen € gibt es für die erste KiBiz-Reform. Herr Laumann, wenn Sie ein bisschen in die Themen einsteigen würden, wüssten Sie, dass hier ein Prozess geplant ist und das nur der erste Schritt ist, mit dem wir die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr und die deutliche Qualitätssteigerung auf diesem Feld voranbringen wollen. Das liegt im Interesse des Landes.

Dass wir die Plätze für Kinder unter drei Jahren bis 2013 auf mindestens 144.000 erhöhen, dass wir 1.525 neue Lehrerstellen sofort besetzen werden und damit schon insgesamt 2.078 Lehrerstellen seit Regierungsübernahme geschaffen haben, gibt den

jungen Menschen bessere Perspektiven, das ist konkrete Zukunftssicherung für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher: Auch mit dem längeren gemeinsamen Lernen, das zum Schuljahresbeginn 2011/2012 mit 13 dann an den Start gehenden Gemeinschaftsschulen auf den Weg gebracht wird, mit der Abschaffung der Studiengebühren und einem besseren Übergang von der Schule in den Beruf, mit der Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit – wir halten Wort mit der Wiederaufstockung bei der Kinder- und Jugendarbeit – sind wir auf dem richtigen Weg zu unserem Ziel, nämlich in diesem Land kein Kind mehr zurückzulassen. Dabei werden wir nicht stehen bleiben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Werter Kollege Laumann, ich freue mich darüber, dass in der Bildungspolitik Bewegung in der CDU erkennbar ist. Wir haben Ihnen schon im Koalitionsvertrag den Konsens in dieser Frage angeboten. Der ist dort schon vermerkt. Wir hoffen immer noch, dass wir am Ende im Parlament, lieber Kollege Papke, eine solche Entscheidung hinbekommen werden. Aber die Vorbereitungen in der Bildungskonferenz sind dafür außerordentlich wichtig. Deshalb bedauern wir es, dass Sie – neben einer weiteren Gruppe – die Einzigen waren, die diese Bildungskonferenz verlassen haben. Das ist sehr bedauerlich, werden dort doch wichtige Inhalte für die politischen Entscheidungen vorbereitet. Es lohnt sich, all diejenigen, die in diesem Land an Bildungspolitik beteiligt sind, in einer solchen Konferenz zuzuhören. Das hätte sicherlich auch Ihnen gut getan.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir werden auch eine flächendeckende Studien- und Berufswahlorientierung für alle Schülerinnen und Schüler frühzeitig einsetzen lassen. Wir werden benachteiligte Jugendliche gezielt fördern. Eins werden wir vor allem tun, nämlich die Warteschleifensysteme abbauen. Wir alle wissen doch, dass das, was wir bisher tun, nicht effizient ist, dass wir Kinder in Warteschleifensystemen parken, weil sie keine Ausbildungsplätze bekommen. Wir wollen, dass alle Jugendlichen, die sich anstrengen, ein entsprechendes Ausbildungsangebot bekommen. Wir werden nicht locker lassen, bis eine solche Ausbildungsgarantie in Nordrhein-Westfalen gilt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das mit der Wirtschaft hinbekommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um es hier auch noch einmal unzweideutig zu sagen: Für uns ist die duale Ausbildung in der Tat eine ganz wichtige Säule. Deshalb werden wir die Übergänge aus der dualen Ausbildung an die Hochschulen weiter vorantreiben, damit auch dort Durchlässigkeit

im Bildungssystem gegeben ist. Auch das gehört zur Realität dazu.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollen kein Kind zurücklassen, habe ich gesagt. Wir wollen jungen Menschen neue Perspektiven geben, und zwar im Interesse der Menschen, aber auch im Interesse der Wirtschaft, insbesondere im Interesse der öffentlichen Haushalte, die sonst unter den erschreckend wachsenden sozialen Folgekosten in die Knie gehen werden.

Herr Kollege Laumann, Sie haben von der Demografie und davon gesprochen, was uns erwartet. Sie haben Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik eingefordert. Ich habe mir daraufhin noch einmal Ihre Vorschläge zum Haushalt angesehen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Ja!)

Vieles von dem, was Sie dort an angeblichen Einsparvorschlägen gebracht haben, sind doch – das wissen wir alle in diesem Haus – Luftbuchungen, pauschale Kürzungen ohne Konkretes dahinter.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zum Teil haben Sie die Zahlen falsch berechnet. All das haben wir Ihnen schon einmal nachgewiesen. Was die Neuverschuldung angeht, sind Sie mit Ihrem Konzept von unserem Konzept in Wahrheit nur noch wenige hundert Millionen entfernt. Wenn Sie meinen, dafür zum Gericht gehen zu müssen, dann müssen Sie es tun, aber Ihre Glaubwürdigkeit wird dadurch nicht gesteigert, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir waren uns in diesem Land einig, dass wir bei den Kommunen etwas tun müssen. Ich nehme das Stichwort „GFG“ gerne noch einmal auf. Wir übernehmen Verantwortung in diesem Land, haben aber auch dafür Verantwortung übernehmen müssen, dass Sie in der vergangenen Periode die notwendigen statistischen Anpassungen beim GFG nicht vorgenommen haben. Diese rein statistischen Anpassungen uns jetzt zum Vorwurf zu machen und zu behaupten, wir würden den ländlichen Raum zulasten der Städte in den Ballungsgebieten schwächen, ist eine wirklich verlogene Art, Politik zu machen. Das muss ich Ihnen an dieser Stelle einfach mal sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Laumann, ich setze noch einen drauf. Wir haben vorhin noch einmal gehört, welche Belastungen Sie bei den Kommunen veranlasst haben. Wir haben dafür gesorgt, dass die Kommunen an der Konsolidierung des Landeshaushaltes nicht mehr beteiligt werden. Sie hingegen haben ganz persönlich bei der Krankenhausfinanzierung dafür gesorgt, dass die Kommunen noch einmal richtig gebeutelt worden sind. Das ist keine gute Politik, um unsere Kommunen in eine gute Zukunft zu führen.

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Das haben wir geändert und machen an der Stelle auch weiter.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben die Soforthilfe von 300 Millionen € ausbezahlt. Wir werden den Stärkungspakt Stadtfinanzen mit diesem Haushalt auf den Weg bringen. Das Volumen beim GFG ist übrigens das zweithöchste aller Zeiten.

Wir sagen die Einhaltung des Konnexitätsgesetzes zu. Auch dort haben wir ein paar Hinterlassenschaften gefunden, für die wir noch Zahlungen werden leisten müssen.

Besonders wichtig für die Kommunen ist die Revitalisierung des Gemeindefinanzrechts. Meine Damen und Herren, wir machen ernst damit, weil wir wollen, dass die notwendigen Veränderungen gerade im Bereich der Prävention, der Vorbeugung in den Kommunen überhaupt stattfinden können. Wir müssen den Kommunen Luft zum Atmen geben, damit sie an den richtigen Stellen Strukturen verändern können, damit nachhaltig Ausgaben gesenkt werden. Das ist eine gute Politik insbesondere unter dem Blickwinkel des Landeshaushalts Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein großer Schwerpunkt ist für uns auch, dass Nordrhein-Westfalen das Land guter Arbeit sein muss. Niemand soll glauben, dass diese Ziele unwichtig werden, nur weil die Konjunktur gerade besser läuft. Im Gegenteil! So sehr wir uns alle freuen, dass die Arbeitslosenzahlen sinken und wieder mehr neue Arbeitsplätze entstehen, müssen wir doch eines festhalten: Zu dem Zuwachs tragen viel zu viele Minijobs, zu viele befristete Verträge und zu viele Jobs in der Leih- und Zeitarbeit bei.

Im letzten Jahr gab es bereits mehr befristete als unbefristete Einstellungen. Wie wir alle wissen, ist die jüngere Generation davon ganz besonders betroffen. Das sind die gleichen jungen Menschen, bei denen wir es wegen der Demografieproblematik gerne sähen, wenn sie mehr Kinder in die Welt setzten. Wer keine sicheren Perspektiven hat und nur von einem Zeitvertrag in den nächsten geschoben wird, wird doch nicht mehr Kinder in die Welt setzten.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam dafür sorgen, dass diese Politik in den Unternehmen dem Ende zugeführt wird. Das wäre eine gute Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben auch mehr Minijobs gehabt. Die Zahl der Minijobber ist im letzten Jahr auf 7,3 Millionen angewachsen. Das sind 1,6 Millionen mehr 400-€-Jobs als 2003.

Auch da müssen wir klar in die Zukunft sehen. Insbesondere Frauen sitzen auf diesen 400-€-Jobs. Was passiert eigentlich, wenn sie in die Rente gehen und keine entsprechende Absicherung in unserem Rentensystem haben vornehmen können? Auf welche dramatische Situation laufen wir da sehenden Auges zu?

Nein, wir müssen dafür sorgen, dass Sicherheit hier wieder einen anderen Stellenwert bekommt. Verlässliche Arbeitsplätze sind auch im Sinne einer guten wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land erforderlich. Bei jedem meiner Treffen mit Unternehmerinnen und Unternehmern mache ich das sehr deutlich.

Wir müssen uns nämlich über Folgendes im Klaren sein: Wie wir alle wissen, liegt die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen in innovativen Produkten, also in Produkten, für die wir eine hohe Produktivität und eine hohe Innovationsfähigkeit brauchen. Wir müssen an der Entwicklung vorne dran sein. Dafür brauchen alle Unternehmen aber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch innovativ und produktiv sein können. Und ich habe zumindest große Zweifel daran, ob jemand wirklich innovativ und produktiv sein kann, der nicht weiß, wie morgen seine Zukunft aussieht.

Hier liegen enorme Reserven. Meines Erachtens ist es nicht nur für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und damit sozialpolitisch wichtig, sondern auch wirtschaftspolitisch richtig, dass wir wieder das stärker in den Fokus rücken, was einmal die mittelständische Industrie und Unternehmen in diesem Land vorangebracht haben, nämlich auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu achten, mit ihnen durch dick und dünn zu gehen und ihnen auch eine gewisse Sicherheit für die Zukunft zu geben, damit am Ende alle etwas davon haben. Das war hier in Nordrhein-Westfalen eine gute Praxis. Die brauchen wir auch weiterhin.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn wir darüber reden, reden wir ohne Frage auch über Lohn. Lieber Herr Laumann, ich freue mich darüber, dass die CDA sich jetzt auf den Weg macht, und hoffe, dass das in der CDU weite Verbreitung findet. Wir brauchen den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Wir wollen ihn, um das noch einmal deutlich zu sagen, nicht politisch bestimmen, sondern er soll nach britischem Vorbild in einer Kommission festgesetzt werden. Herzlich willkommen im Klub!

Hier müssen wir jetzt aber gemeinsam kämpfen; denn durch die endgültige Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Mai dieses Jahres besteht noch stärker die Gefahr, dass wir in der Dumpinglohnspirale weiter nach unten geraten. Es ist und bleibt eines unserer Kernanliegen, dass wir dafür sorgen müssen, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit sich und ihre Familie auch ernähren können. Deshalb bleiben

wir bei der Forderung des Mindestlohns. Ich hoffe, dass die CDU in diesem Landtag bei dieser Forderung entsprechend mitmachen wird. Bei der FDP habe ich da alle Hoffnungen verloren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dazu gehört für uns auch, geradlinig zu sagen: Dumpinglöhne sind verwerflich.

Das heißt für uns als Landesregierung außerdem, dass wir dafür sorgen müssen, dass Aufträge aus öffentlichen Mitteln eben nicht an Unternehmen vergeben werden, die auf solche Lohnvorteile im Dumpinglohnbereich setzen. Deshalb werden wir bis zur Sommerpause ein Tariftreuegesetz in diesen Landtag einbringen. Herr Laumann, dann kommt es zum Schwur. Ich bin gespannt, ob Sie dann bei der Wahrung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wichtig ist für uns ferner die von uns bereits auf den Weg gebrachte Veränderung des Landespersonalvertretungsgesetzes. Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen zum Mitbestimmungsland Nummer eins zu machen. Das werden wir einhalten. Auch hier haben wir die Verhandlungen mit den Gewerkschaften auf Augenhöhe geführt. Ich höre, dass wir dort auf einem guten Weg sind und bald zu einer Entscheidung kommen werden.

Meine Damen und Herren, jetzt gehe ich noch ganz kurz auf die FDP ein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ganz kurz reicht!)

Lieber Herr Papke, lassen Sie mich nur eines sagen – gar nicht einmal zu den aktuellen Umfragen, die Sie auf Bundesebene wieder bei 3 % sehen, wie ich gerade gelesen habe.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Und Sie bei 20 %!)

Sie sollten sich nicht darüber wundern, dass Sie bei 3 % landen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wundern Sie sich über Ihre Zahlen? – Rüdiger Sagel [LINKE]: Reise nach Jerusalem!)

Was wir hier erleben, ist ja zum Teil eine moralische Überhöhung, die der Sachleistung oft nicht gerecht wird. Ich sage das einmal so deutlich. Zum Teil – damit meine ich die Kugel-Debatte – steckt nach meinem Eindruck auch so etwas wie Verfolgungswahn dahinter. Das Niveau, das Sie hier inhaltlich zeigen – übrigens auch bei Ihren Änderungsanträgen –, macht mir große Sorgen, wenn ich an die Zukunft der FDP denke. Und das meine ich völlig ernst.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Sie haben am Wochenende einen Parteitag gehabt – die Umfrage war, wie ich gelesen habe, danach –,

bei dem es nur um Pöstchen und nicht um Inhalte ging.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wenn Sie sich um uns sorgen, ist das ein gutes Zeichen, Frau Ministerpräsidentin!)

Dass Sie auch noch humorlos sind, wie Sie heute hier wieder gezeigt haben, kommt noch obendrauf.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was ist denn mit Ihren Umfragen? Machen Sie sich da auch Sorgen?)

Sie haben auch bei der FDP jetzt die Plagiate im Nacken.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was ist mit Ihren Umfragen? 20 %!)

Eines macht mir aber besondere Sorgen: dass Sie sich offensichtlich nicht mehr um Inhalte scheren.

(Ralf Witzel [FDP]: Was?)

Früher hatte Ihre Partei noch Schlachtrösser wie Hans-Dietrich Genscher, Burkhard Hirsch oder Gerhart Baum. Bei dem, was ich am Wochenende aus Rostock im Fernsehen gesehen habe, hatte ich manchmal den Eindruck: Die FDP ist schlicht und einfach ein Ponyhof geworden. – Diesen Eindruck kann man da gewinnen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da Sie es mit den Inhalten nicht so genau nehmen, will ich zwei Punkte zu Ihren Anträgen anmerken.

Zum Ersten: Die Stellen für den Personalrat – das sollten Sie als Fraktionsvorsitzender der FDP wissen – sind die Folge eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist falsch!)

– Dann sollten Sie sich einmal ein bisschen mit der Materie beschäftigen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Zum Zweiten lese ich in den über 70 Anträgen, über die wir nachher alle einzeln abstimmen müssen: Vorschlag der FDP zur Kürzung beim Tag der Deutschen Einheit, NRW-Tag in Bonn. – Nachdem die FDP in wochenlangen Beratungen überhaupt keine konstruktiven Vorschläge unterbreitet hat, kommt sie nun mit einem Stapel an Änderungsanträgen um die Ecke, die wir alle einzeln abstimmen sollen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist Parlamentarismus, Frau Ministerpräsidentin!)

Aber schlimmer als das Verfahren finde ich die Vorschläge im Einzelnen: Kürzen bei Kindern, bei Familien, bei Bildung, bei Frauen, bei Behinderten und ein massiver Sozialabbau.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sind die Zukunftsvorschläge der FDP für dieses Land. Das ist Inhalt dieser Anträge.

(Zuruf von der FDP)

– Doch, natürlich. – Ich habe ja gesagt, ich komme zum Tag der Deutschen Einheit. Ich gebe offen zu, ich hätte es nie für möglich gehalten, dass die Partei von Hans-Dietrich Genscher einen Antrag stellen würde, die Ausrichtung des Tages der Deutschen Einheit vom 1. bis 3. Oktober dieses Jahres in Bonn zusammenzustreichen. Für die Partei einer der Väter der Deutschen Einheit ist das eine Schande.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

– Hören Sie doch einfach mal zu, und krakeelen Sie nicht herum! Vielleicht sind Sie auch da nicht in der Sache.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist falsch!)

– Warten Sie doch mal ab! Ich bin doch noch gar nicht am Ende dieses Punktes.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Wir haben gar nichts aufgestockt. Da müssen Sie sich mal ein bisschen schlau machen! Wir haben die beiden Positionen zusammengelegt.

(Unruhe)

– Kann ich ein bisschen Ruhe haben? – Ganz abgesehen davon stammen die Planungen samt Finanzierung aus der Zeit der früheren Landesregierung des dort sitzenden ehemaligen Ministerpräsidenten.

(Minister Johannes Remmel: Aha! Hört, hört!)

Die Konzeption wurde ebenfalls von Schwarz-Gelb erarbeitet. Die verbindlichen Verträge wurden von Schwarz-Gelb unterzeichnet. Die Zusammenlegung des Tags der Deutschen Einheit mit dem NRW-Tag ist eine Entscheidung von Schwarz-Gelb.

(Unruhe – Armin Laschet [CDU] nickt.)

– Herr Laschet nickt. – Ich hoffe zumindest, dass die Partei von Helmut Kohl für einen solchen Antrag nicht die Hand heben wird. Denn die massive Kürzung würde die Durchführung dieses Tages behindern, ich würde sogar sagen, sie macht die ganze Sache unmöglich.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ach!)

Abgesehen von den Regressforderungen. Im Zweifelsfall, sollte dieser Antrag durchkommen, würde ich das gleich Herrn Bundespräsidenten Wulff, Herrn Bundestagspräsidenten Lammert und Frau Bundeskanzlerin Merkel – auch Herrn Rösler – schriftlich mitteilen. Darauf bin ich gespannt.

So seriös sind Ihre Anträge hier im Haushaltsverfahren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Gunhild Böth [LINKE])

Da ist noch so ein schöner Antrag. Auch da sind Sie offensichtlich nicht in der Lage, so weit in die Sache einzusteigen. Wenn Sie sich an den Beratungen im Ausschuss beteiligt hätten, hätte das vielleicht anders ausgesehen. Sie haben eine Kürzung beim Deutschen Bergbaumuseum in Bochum beantragt. Der Forschungsanteil des Bergbaumuseums wird als Einrichtung der Wissenschaftsgemeinschaft Wilhelm Leibniz gemeinsam von Bund und Ländern finanziert. Der Museumsanteil wird übrigens je zur Hälfte von der Deutschen Montan Technologie GmbH und der Stadt Bochum getragen. Der jährliche Zuschussbedarf wird in einer gemeinsamen Wissenschaftskonferenz beraten und festgesetzt. Eine einseitige Reduzierung des NRW-Anteils ist ohne Abstimmung mit den anderen Finanzgebern überhaupt nicht möglich. Auch das sollten Sie wissen, werter Herr Papke. Seien Sie froh, dass der Wissenschaftsminister der Vorgängerregierung heute nicht hier ist; er hätte die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich kann die Nummer noch fortsetzen. Die FDP behauptet, im Haushalt 2011 macht die Gebührenfreiheit für KITAS 142 Millionen € aus. Auch das haben wir mehrfach versucht darzustellen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wir haben gesagt, Ihr Geld wird nicht reichen!)

– Nein, Sie haben Kürzungsanträge gestellt. Sie sollten Ihre eigenen Anträge auch einmal lesen, werter Herr Kollege Papke. Ich rede von dem Kürzungsantrag.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Gunhild Böth [LINKE])

In 2011, um es hier noch mal klarzuziehen, werden für diesen Teil der Gebührenfreiheit 62 Millionen € eingesetzt. Das sind nur fünf Zwölftel von 150 Millionen €. Sie allerdings wollen daraus in wesentlich größerem Umfang eine Kürzung machen. Auch das bleibt für mich ein Rätsel, wie das stattfinden soll.

Es zeigt sich in dieser Debatte, Sie haben offensichtlich wenig inhaltliche Kompetenz. Sie haben vor allem in der Opposition kein politisches Konzept. Beide Fraktionen in der Opposition – sogar alle drei – haben keine tragbare Alternative vorgeschlagen.

(Zurufe von der FDP: Och!)

– Nein. Ich wollte noch extra zur Linken kommen – keine Bange.

(Ralf Witzel [FDP]: Das war aber verräterisch!)

Bei der Linken ist sogar noch eine Stufe obendrauf, wenn Sie mir den Satz, den ich sagen wollte, noch gestatten würden: Die Linke geht nach wie vor da-

von aus, dass man das Geld einfach nur zu drucken braucht. Ich kann Ihnen sagen: Eine verantwortungsvolle Politik sorgt auch dafür, dass Steuermehreinnahmen für den Abbau der Neuverschuldung eingesetzt werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das haben wir getan, und das halte ich auch im Sinne von Generationengerechtigkeit für den richtigen Weg. Diese Art, Opposition zu machen, indem man immer meint, im sozialen Bereich alles noch mal toppen zu können, ist keine Oppositionsarbeit, die das Land wirklich voranbringt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben kein Konzept. Die Opposition hat keine tragbare Alternative, nur Rechnungen, die nicht aufgehen oder von Unkenntnis geprägt sind.

(Serdar Yüksel [SPD]: Unkenntnis!)

Ich verstehe eine gewisse Enttäuschung der Opposition, die Enttäuschung, dass wir gestalten und handeln und für unser Handeln mit diesem Haushalt eine stabile Grundlage vorlegen. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen nach vorne kommt. Wir machen Schulden, wenn Sie erforderlich sind, nur mit Augenmaß, und eine verantwortungsvolle Politik, eine Politik der Vorbeugung und Prävention, wird diese Schulden nachhaltig zurückführen. Wir tragen die Energiewende voran und stärken damit das Industrieland Nordrhein-Westfalen. Wir sorgen für gute Arbeit. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Körfges das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin etwas überrascht darüber, dass ich jetzt schon zum Mikrofon schreiten darf. Womöglich haben die Kolleginnen und Kollegen der CDU in Anbetracht der bisherigen Debatte schon kapituliert. Ich kann es aus ihrer Sicht verstehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Allerdings warte ich darauf, dass der Kollege Weisbrich doch noch seinen sagenumwobenen Sanierungsplan – der Kollege Laumann ist aus gutem Grund, wie ich denke, darauf nicht eingegangen – hier zum Gegenstand der Beratungen macht.

Ich will auch auf die Vorstellungen der Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen einzugehen versuchen. Bei den 75 Anträgen der FDP ist das

allerdings ein wenig schwierig. Da ist nämlich die Anzahl der Anträge negativ reziprok nicht nur zu ihrer Qualität, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, sondern auch zu den Beiträgen, die Sie hierzu in den Fachausschüssen geleistet haben. Ich kann dazu nur das Dichterwort zitieren: Getretener Quark wird platt, nicht stark. – Denn alles, was wir an der Stelle in der Kürze der Zeit haben überblicken können, ist eine üble Ausrede dafür, warum Sie sich bis jetzt nicht konstruktiv an den Haushaltsberatungen in diesem Landtag beteiligt haben.

(Beifall von der SPD)

Ich kann und will der CDU nicht ersparen, auf zwei, drei Dinge, die sich insbesondere in ihrem Änderungsantrag zum GFG und dem zum Haushalt niederschlagen, einzugehen. Wenn wir – wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind sehr dankbar dafür – einig darüber sind, dass die Kommunen nicht weniger, sondern viel mehr Geld benötigen, damit wir helfen, die strukturellen Schwierigkeiten auf Dauer zu überbrücken, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dann müssten Sie bei Ihren virtuellen Rechenspielchen 650 Millionen € außerhalb jeden Streits stellen. Das stelle ich fest. Damit sind wir auch zufrieden.

Die Frage allerdings, ob es jetzt Sinn macht, 300 Millionen € aus dem GFG herauszunehmen und sie in den Stärkungspakt hineinzutun, würde ich an Ihrer Stelle mal mit den kommunalen Spitzenverbänden besprechen. Sie scheinen sich mit der Systematik des GFG doch nicht so ganz auszukennen, denn das GFG beinhaltet einen Ausgleichsmechanismus. Wir machen – wenn wir dem GFG, wie Sie es auch in der Vergangenheit getan haben, willkürlich Geld entziehen – im Prinzip den Sanierungsbedarf gerade da höher, wo er am nötigsten ist bzw. wo wir am nötigsten Geld reinstecken müssen. Das ist also ein unsinniger und kontraproduktiver Vorschlag.

Die Behauptung, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten beim GFG, bezogen auf die Grunddatenanpassung, einen Aufstand in der kommunalen Familie produziert, entbehrt jeder Grundlage. Eines ist richtig: Die Anpassung ist deshalb so gravierend ausgefallen, weil Sie als schwarz-gelbe Koalition in der letzten Wahlperiode einfach ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben und die überfällige Anpassung einmal ausgesetzt worden ist. Ich werde mich gemeinsam mit meiner Fraktion dafür einsetzen, dass wir demnächst regelmäßig in kürzeren Abständen zu einer Datenanpassung kommen, um die Bedarfe genauer abbilden zu können. Wir werden auch bei den Beratungen zum GFG 2012 all das, was noch auf der Agenda steht, entsprechend berücksichtigen. Es ist ganz klar, dass man sich mit den Ergebnissen der ifo-Kommission auseinandersetzen muss. Es war aber auch ganz klar, dass wir den Kommunen gegenüber eine zentrale Aussage umsetzen mussten. Wir mussten – und sind stolz da-

rauf, dass das gelungen ist – den Kommunen das zum Teil zurückgeben, was ihnen durch Ihre Regierungsarbeit in der vergangenen Wahlperiode zu Unrecht vorenthalten worden ist.

Wir haben darüber hinaus einen Haushalt, der gegenüber seinen Vorgängern einen Einstieg in die Zukunft nachhaltiger Bildungs- und Kommunalpolitik liefert. Er zeichnet ein ehrliches Bild von den Lasten in unserem Land. Und er zeichnet ein ehrliches Bild von den Möglichkeiten, die sich uns bieten, in der Gegenwart für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Ich glaube, die Art und Weise der kurzfristigen Reaktionen auf haushaltmäßige Schwierigkeiten hat sich überholt. Das ist keine Nachhaltigkeit, keine für die Zukunft wirksame Politik. Wir haben da ein anderes Politikmodell.

Und wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Haushalt natürlich auch eine Reihe der Hinterlassenschaften, der Altlasten vorgefunden. Die gilt es zu bewältigen. Sie beruhen zum großen Teil auf der Politik der vergangenen Wahlperiode.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Stichwort kommen. Es hat mich heute Morgen bei der Lektüre der Tageszeitungen die Tatsache sehr geärgert, dass die WestLB von Ihnen ganz offensichtlich nicht in der gehörigen Art und Weise als Problem akzeptiert wird, das Sie uns hinterlassen haben. Ein gutes Stück weit bildet es auch die Versäumnisse aus der vergangenen Wahlperiode ab, dass wir jetzt in der richtigen Art und Weise dafür sorgen müssen, dass die Schäden durch eine Absicherung der Risiken für die Zukunft in Grenzen gehalten werden.

Wer sich – obwohl wir mehrfach die Gelegenheit hatten, uns mit dem Finanzminister in Obleute-Gesprächen auszutauschen, und obwohl die Fraktionsspitzen informiert waren – auf eine so deutliche Art und Weise der Mitverantwortung entzieht, der muss sich in der kommunalen Familien, in der Sparkassenlandschaft, bei den Landschaftsverbänden und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fragen lassen, ob er hier nicht fahrlässig gegen die Interessen unseres Landes handelt. Den Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen.

(Beifall von der SPD)

Ein weiterer Vorwurf bezieht sich auf Ihre famosen Sanierungskonzepte. Sie sagen uns ganz großartig, wie Sie es – mit globalen Minderausgaben zum Beispiel – gemacht hätten, geißeln aber gleichzeitig die Möglichkeiten, die uns der Landeshaushalt bietet, durch eigene steuerliche Aktivitäten die Einnahmesituation für unser Land zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen bewusst – und das haben wir angekündigt – da einen steinigen Weg, der auch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer beinhaltet. Das ist eine Diskussion, die wir gerne mit Ihnen führen. Wir nehmen Sie aber auch mit, wenn es darum geht – da richte ich mich auch an die Fraktion Die Linke –, nicht wieder in ei-

ner Phase der aufkeimenden Konjunktur die steuerlichen Grundlagen für unser Allgemeinwesen infrage zu stellen. Es kommt doch einem Skandal gleich, dass in dem Augenblick, in dem sich die öffentlichen Finanzen ein wenig erholen, Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP auf Bundesebene wieder versuchen, Bürgerinnen und Bürger mit Steuergeschenken zu verhohnepipeln.

Meine Damen und Herren, das ist mit der SPD nicht zu machen. Im Gegenteil: Die Landesregierung wird unterstützt von den koalitionstragenden Fraktionen und auf Bundesebene an der richtigen Stelle auch Möglichkeiten aufzeigen, die Einnahmen für die Allgemeinheit, für die öffentlichen Kassen und damit für das Land Nordrhein-Westfalen zu erhöhen.

(Beifall von der SPD)

Ich hatte eigentlich einen längeren Redebaustein zur Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorbereitet. Ich habe aber heute Morgen in der Presse etwas gefunden, das ja fast noch besser passt: Fraktionschef Gerhard Papke begründete den Verzicht auf die einstweilige Anordnung mit mangelnden Aussichten auf Erfolg. Anders als beim Nachtragshaushalt habe die Landesregierung dieses Mal ausführlich begründet, warum nach ihrer Ansicht nach wie vor eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliege.

Das Lob von Ihrer Seite trifft uns zwar in keiner Weise, aber das ist richtig: Das ist ausführlich dargelegt und dargestellt worden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann mich da auch nur denjenigen, die in den Beratungen und Anhörungen darauf hingewiesen haben, dass die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes nicht automatisch einer Beseitigung der Störungslage entspricht, intensiv anschließen. Ich denke, wir müssen uns gerade in Nordrhein-Westfalen mit der leider immer noch unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes auseinandersetzen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass die Produktionslücke im Verhältnis zu der Phase vor der größten Wirtschaftskrise nach dem Krieg immer noch höher ist, als wir das leider brauchen können, um eine ausgeglichene Wirtschaftslage darzustellen. Wir werden uns natürlich auch damit auseinandersetzen müssen, dass dieses Jobwunder im Augenblick nur ein vermeintliches ist und dass der Aufschwung vor allen Dingen in befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen stattfindet. Das ist auch kein Zeichen für Stabilität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Lassen Sie mich schließen mit einem weiteren Zitat. Da habe ich mich diesmal bei der CDU und dem Kollegen Droste zu bedanken. Der hat gesagt – beide Zitate finden Sie in der „Neuen Westfälischen“ –: Man wolle keine einstweilige Anordnung machen, weil

man den Vollzug des Haushalts nicht behindern und damit nachhaltigen Schaden vermeiden wollte.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Ich finde, das ist eine richtige und bemerkenswerte Position, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieser Haushalt ist gut für Nordrhein-Westfalen. Dieser Haushalt ist gut für die Menschen. Dieser Haushalt sichert Zukunft.

Kollege Droste, eigentlich müssten Sie zustimmen, wenn Sie sagen, wer den Vollzug verhindern will, der schadet unserem Land. Nutzen Sie unserem Land! Stimmen Sie dem vorliegenden Haushalt zu!
– Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur ganz kurz zu den Anträgen der Oppositionsfraktionen Stellung nehmen. Frau Ministerpräsidentin hat ja schon einige sehr wichtige Hinweise gegeben.

Kurz zur FDP: Sie haben bei den Studienbeiträgen einen Kürzungsvorschlag von 125 Millionen € gemacht, was aus meiner Sicht gesetzeswidrig sind. Sie wollen offensichtlich den Hochschulen effektiv schaden.

Sie haben im Übrigen 60 Millionen € an investiven Mitteln an Kürzungen vorgeschlagen. Das reduziert nicht die Spanne der Neuverschuldungsmöglichkeiten.

Sie haben auch eine Globale Minderausgabe ausgebracht. Damit liegen Sie nach meinen Rechnungen mindestens 120 Millionen € über der Verfassungsgrenze.

Also auch Ihr Vorschlag ist weder durchgerechnet noch substantiiert und schon gar nicht hilfreich.

Bei der CDU ist es noch schlimmer. Sie haben eine Globale Minderausgabe von 850 Millionen € zusätzlich ausgebracht. Das sind locker 400 bis 500 Millionen € über der Verfassungsgrenze.

Sie setzen 240 Millionen € für die Beitragsfreiheit bei der Kita an. Das sind mal eben ungefähr 150 Millionen € zu viel.

Auch die 2.000 Stellen im Schulbereich setzen Sie mit 120 Millionen € an.

Alles in allem verrechnen Sie sich bei Ihren Anträgen einmal eben um 800 Millionen €. So viel zur inhaltlichen Qualität Ihrer Anträge.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Noch ein Zitat – Herr Priggen hat ja ein paar gebracht – kann ich Herrn Laumann nicht ersparen, auch wenn er nicht im Raum ist. Er hat am 18. März in der „Westdeutschen Zeitung“ Folgendes ausgeführt:

„Für uns zählen die 3,8 Milliarden € Investitionssumme. Mehr Schulden darf das Land nicht machen. Wenn doch, werden wir dagegen klagen“

– das haben Sie ja angekündigt –

„und Neuwahlen beantragen.“

Sie haben gesagt: Das können wir nicht machen, weil wir schlechte Umfragewerte haben.

Vor so einem Oppositionsführer braucht sich niemand zu fürchten, weder inhaltlich noch von der Drohkulisse her. Insofern wird diese Landesregierung ganz in Ruhe weiter regieren.

Um noch mit einem Punkt aufzuräumen: Dieser Haushalt enthält für die Kommunen über 700 Millionen € mehr an kommunalen Mitteln, die verausgabt werden sollen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Insofern sind wir meilenweit von der schlechten Politik von CDU und FDP entfernt. Ihre Vorwürfe richten sich nur gegen sich selbst.

Ich kann alle nur auffordern, diesem Landeshaushalt zuzustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Mostofizadeh. – Für die Fraktion der FDP spricht Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Nur noch einige abschließende Bemerkungen.

Herr Kollege Mostofizadeh, es gibt bei der GMA keine Verfassungsgrenze.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Lesen Sie die Literatur! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Und was sagt die Literatur?)

Zweitens weise ich auf die Vorlage 15/438 Ihrer Landesregierung an den HFA hin, aus der sich ergibt, dass im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2010 jeweils Minderausgaben von durchschnittlich 990 Millionen € zu konstatieren waren, also im Jahresmittel der Jahre 2006 bis 2010. Deshalb halten wir die höhere GMA für absolut darstellbar. Wir beide wissen: Der Haushaltsvollzug wird mit der Ver-

abschiedung durch das Parlament erst sehr spät in diesem Jahr beginnen.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Zwei Paar Schuhe, Herr Kollege!)

Also: Das sind überhaupt keine Luftbuchungen, sondern wir bewegen uns in der Datenreihe der zurückliegenden Jahre.

Sie wollen das nicht, weil das natürlich für den Finanzminister auch noch eine klassische Reserve ist. Dazu neigen Finanzminister. Das ist doch völlig klar.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Wenn die GMA dann geringer ausfällt, hat man noch neue Spielmasse. Erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung zu dem, was die Ministerpräsidentin hier erzählt hat:

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Dr. Papke, verzeihen Sie die Unterbrechung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mostofizadeh?

Dr. Gerhard Papke (FDP): Der hat doch gerade hier geredet und möchte jetzt schon wieder etwas sagen? Bei allem Respekt, das muss jetzt einmal reichen.

(Beifall von der FDP – Unruhe)

Jetzt möchte ich gerne noch einmal zur Ministerpräsidentin kommen. Ich weiß ja, wie so etwas läuft: Da haben Ihnen Ihre Mitarbeiter in der Staatskanzlei heute Nacht hastig ein paar Bemerkungen zu unseren Änderungsanträgen zusammengeschrieben. Frau Ministerpräsidentin, wissen Sie: Als Ministerpräsidentin ist es schon Ihr Job, hier auch die ganze Wahrheit vorzutragen.

Sie haben sich empört, die FDP wolle die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit zusammenstreichen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Das ist falsch.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wir haben erhöhte Sicherheitsanforderungen! Das müssen Sie anerkennen, Herr Papke!)

Frau Präsidentin, habe ich jetzt das Rederecht oder die Ministerpräsidentin?

(Zurufe von Reiner Priggen [GRÜNE] und von Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE])

Dann darf ich das doch sagen. Passen Sie einmal auf! Ich will dem Landtag hierzu die Zahlen vortragen: Der NRW-Tag kostet gemäß dem Etatansatz 2010 300.000 €. Können wir uns darauf einigen? – Dann haben Sie gesagt – weil Sie den NRW-Tag

mit dem Tag der Deutschen Einheit fusionieren wollen, was ja auch sinnvoll ist ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist Ihre Entscheidung, Ihre Überlegung!)

– Ja, dann war es auch unsere Überlegung. Das ist ja okay. Das kritisiere ich doch gar nicht.

Noch einmal zum Mitschreiben: Der NRW-Tag kostet 300.000 €. Das war der Etatansatz über Jahre – auch bei Ihnen. Jetzt soll der NRW-Tag mit den Feierlichkeiten für den Tag der Deutschen Einheit fusioniert werden. Dazu sagen Sie: Das kostet dann 2,25 Millionen €.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Diese Finanzforderung stammt von Ihnen!)

Noch habe ich das Wort. Mit Verlaub, Frau Ministerpräsidentin, es ist Ihr Haushalt. Sie haben doch ansonsten nicht alles übernommen, was die Vorgängerregierung gemacht hat.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie haben die Verträge gemacht!)

Jetzt reden Sie mir ja schon wieder dazwischen. Wenn Sie mit solchen Vorwürfen kommen, wie Sie sie gerade hier artikuliert haben, dann ist es ein Gebot der Höflichkeit, dass Sie es wenigstens einmal schaffen, 30 Sekunden zuzuhören.

(Beifall von der FDP – Hans-Willi Körfges [SPD]: Dafür sind Sie ja Experte!)

Ich konstatiere: NRW-Tag 300.000 €, die Kombination aus NRW-Tag und den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit soll in Ihrem Haushalt 2,25 Millionen € kosten. Daraufhin haben wir gesagt: Das ist des Guten zu viel. Wir wollen dies auf 900.000 € kürzen.

Das würde bedeuten, dass für die Kombination aus NRW-Tag und Tag der Deutschen Einheit immer noch der dreifache Betrag übrig ist – der dreifache Betrag dessen, was normalerweise für den NRW-Tag eingeplant gewesen ist. Mit Verlaub, Frau Ministerpräsidentin, mit dem dreifachen Betrag nicht auszukommen und hier die Mär zu verbreiten, man könne die Feierlichkeiten dann gleich einstampfen, das ist einfach nicht richtig und es ist unfair, wenn Sie das hier so vortragen.

(Beifall von der FDP)

So sind die Fakten, Frau Ministerpräsidentin. Da kann ich meinerseits Ihren Hinweis zurückspielen: Dann lassen Sie sich noch einmal durch Ihre Beamten informieren. Weil Sie sich als Regierungschefin zu den aktuellen Umfragewerten der FDP bemerkenswerterweise so ausführlich geäußert haben: Das Kompliment kann ich erwidern. Die Umfragewerte der SPD machen mir größte Sorgen, wirklich größte Sorgen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ach so!)

In Nordrhein-Westfalen sind Sie doch auch auf Sinkflug. Dort liegen Sie doch nach den letzten Umfragen noch unter dem Ergebnis der letzten Landtagswahl.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sie lassen mich doch immer noch nicht ausreden, Frau Ministerpräsidentin.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie reden mich doch die ganze Zeit an!)

– Ach so, das heißt: Wenn ich Sie ansehe, lassen Sie mich nicht ausreden?

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Reden!)

– Ach so, ich dachte. Dann versuche ich wegzusehen und habe die Hoffnung, dass Sie mich dann vielleicht einen Gedanken zu Ende bringen lassen.

(Zuruf von Serdar Yüksel [SPD])

Wir hatten hier in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte hinweg eine durchaus gemeinsame Tradition von FDP und SPD. Das haben wir nach wie vor sehr wohl im Blick. Deshalb ist es uns nicht egal, dass die SPD drauf und dran ist, zum Anhängsel der Grünen zu werden, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP – Holger Ellerbrock [FDP]: Von den Linken!)

– Von den Linken ganz zu schweigen. Aber das Stichwort „Wackeldackel“ habe ich bereits vorhin kommentiert.

Wir als Freie Demokraten sehen mit großer Sorge, dass Sie in Baden-Württemberg gerade zum Juniorpartner der Grünen geworden sind. Wir möchten der SPD in Nordrhein-Westfalen ein vergleichbares Schicksal ersparen. Ich kann Ihnen aber sagen: Wenn Sie auf den Kernfeldern klassisch sozialdemokratischer Politik sich weiterhin von den Grünen derart einnorden lassen, wie wir das etwa in der Wirtschafts- und Industriepolitik heute auch noch einmal debattiert haben, dann werden Sie auch in Nordrhein-Westfalen in den Umfragewerten und den Ergebnissen weiter nach unten gehen.

(Zurufe von Serdar Yüksel [SPD] und von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Man kann das so machen, Frau Ministerpräsidentin, und voller Häme sagen: Schaut doch einmal, wo ihr in den Umfragewerten steht. – Aber wenn Sie das so machen, dann empfehle ich Ihnen sehr, die aktuellen Werte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht aus dem Blick zu verlieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Linke ist hier mit dem Versprechen für mehr soziale Gerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen angetreten. Ich glaube, wir haben im Haushaltsverfahren auch deutlich gemacht, wie wir das realisieren wollen. Leider ist es so, dass die Landesregierung nur zaghafte Schritte in Richtung eines Politikwechsels und für mehr soziale Gerechtigkeit erkennen lässt.

Wir haben beschlossen, uns zum zweiten Mal zu einem Haushalt zu enthalten. Ich sage dies an dieser Stelle so deutlich, weil es kein Dauerzustand sein wird. Unser Ziel ist – das sage ich auch sehr deutlich, nachdem wir den Regierungswechsel eingeläutet haben, der erst durch uns zustande gekommen ist, denn wir wissen ja, dass SPD und Grüne am Anfang sehr zögerlich waren und erst keine Minderheitsregierung bilden wollten –, jetzt den Politikwechsel anzugehen. Deswegen ist es natürlich notwendig, dass wir diesen CDU/FDP-Haushalt, der im Moment immer noch Grundlage des Haushaltsverfahrens ist, endlich beiseite geräumt wird und wir einen anderen Haushalt bekommen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir müssen endlich Schluss machen mit dieser CDU/FDP-Regierungspolitik, die sich bis jetzt noch in dieses Jahr hineinzieht.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben nicht nur den Regierungswechsel ermöglicht, wir wollen jetzt in der Tat den Politikwechsel. Wir haben deswegen eine Vielzahl von Änderungsanträgen gestellt. Auch heute haben wir noch einmal zu dieser Haushaltsberatung sechs Änderungsanträge gestellt. Wir wollen mehr Förderung im Frauenbereich. Wir wollen dafür sorgen, dass Frauenhäuser endlich vernünftig gefördert werden. Wir wollen, dass endlich mehr Geld für die Kommunen bereitgestellt wird, und wir wollen auch im sozialen Bereich, beim KiBiz und bei den Kindertagesstätten eine bessere Ausstattung. Das heißt: Wir wollen – das ist unser Ziel – irgendwann erreichen – ich hoffe, dass es mit dieser Regierung noch möglich wird –, tatsächlich zu einer gebührenfreien Bildung in den Kindertagesstätten zu kommen. Das sage ich an dieser Stelle so explizit.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben natürlich schon festgestellt, dass Links gewirkt hat, und zwar schon bei der Haushaltsaufstellung. Wir haben sehr deutlich zur Kenntnis genommen – das ist sicherlich auch ein positives Signal, das man anerkennen muss –, dass 650 Millio-

nen € mehr für die Kommunen und 380 Millionen € mehr für die Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden und dass es in diesem Landeshaushalt insgesamt 1.908 zusätzliche Stellen gibt. Das sind für uns wichtige Punkte. Deswegen sehen wir die Möglichkeit, uns bei der Abstimmung über diesen Haushalt zu enthalten.

Nichtsdestotrotz wollen wir einen Politikwechsel. Wir halten ihn nach wie vor für dringend notwendig. Gerade im Sozial- und Bildungsbereich muss deutlich mehr gemacht werden. Auch die Finanzen der Kommunen sind weiterhin in einer dramatischen Stiefelage. Die Städte und Gemeinden können zum großen Teil die Dinge, die sie eigentlich ihren Bürgerinnen und Bürgern anbieten müssten, nicht mehr anbieten. Da besteht von unserer Seite aus dringender Nachholbedarf.

(Beifall von der LINKEN)

Leider bleibt die Landesregierung hinter ihren Versprechungen deutlich zurück.

Wir haben gehört, was CDU und FDP heute erklärt haben. Sie haben entgegen Ihrer Versprechungen, die Sie in der Vergangenheit gemacht haben, keine Haushaltskonsolidierung betrieben. Sie haben in der letzten Legislaturperiode 23 Milliarden € neue Schulden gemacht.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Sie als CDU haben nicht nur eine Politik der sozialen Kälte betrieben, sondern auch dafür gesorgt, dass die Situation der Menschen in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren deutlich schlechter geworden ist.

(Beifall von der LINKEN und von Serdar Yüksel [SPD])

Dies haben Sie mit Ihrer Politik „Privat vor Staat“ gemacht: Sie haben drastisch gekürzt. Wenn man der CDU eine Politik der sozialen Kälte konstatieren muss, dann muss man der FDP sagen, dass bei ihr soziale Eiszzeit herrscht. Das ist die Realität, und das erleben wir auch heute. Sie wollen in verschiedenen Bereichen kürzen. Der eigentliche Hammer ist aber, dass Sie die Haushaltsstelle für die Beratungsstellen gegen Rechtsextreme und rassistische Gewalt auf null setzen wollen. Das muss man sich einmal vorstellen. Offensichtlich wollen Sie gegen Rechtsextremismus nichts mehr machen. Das steht aber auch ein bisschen in Ihrer Tradition, wenn man sich einmal Ihre Vergangenheit im Landtag Nordrhein-Westfalen ansieht.

(Beifall von der LINKEN)

Ich komme zur CDU. Es ist sehr interessant, was Sie hier machen. Herr Laumann wirft uns Unverschämtheiten vor, die man scharf zurückweisen muss. Hierzu werden wir ja morgen noch eine Debatte erleben. Herr Laumann, offensichtlich leben Sie noch im Zeitalter des Absolutismus. Das muss

man aus dem schließen, was man heute wieder von Ihnen gehört hat.

Interessant ist allerdings – das will ich an dieser Stelle nicht verhehlen –, dass Sie, CDU und FDP, einem Antrag der Linken zugestimmt haben, nämlich die Mittel für die TatKraft-Tour von Frau Ministerpräsidentin Kraft um 250.000 € zu kürzen.

(Beifall von der LINKEN)

Da war die CDU nicht in der Lage, einen abstimmungsfähigen Antrag vorzulegen. Von daher mussten Sie unserem Antrag zustimmen.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Dasselbe gilt für den Antrag zu den Studiengebühren. Das, was Sie heute vorgelegt haben, geht rechtlich überhaupt nicht. Sie müssen das Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren ändern. Dies können Sie nicht mit einem Haushaltsantrag machen. Sie sitzen schon seit Ewigkeiten im Landtag und sind nicht in der Lage, beschlussfähige Anträge aufs Papier zu bringen. Das ist unglaublich.

(Beifall von der LINKEN)

Nehmen Sie sich ein Beispiel an uns. Wir haben im Vorfeld 87 Änderungsanträge gestellt und stellen heute sechs weitere Anträge, um eine bessere und sozialere Politik in Nordrhein-Westfalen zu betreiben. Ich hoffe, dass wir an der einen oder anderen Stelle Zustimmung erfahren. Wir sagen jedenfalls: Original sozial auch nach der Wahl. Dafür stehen wir, und dafür werden wir weiter kämpfen und weiter Druck von links machen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Saggel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was wir gerade bei der Diskussion über den Haushaltsansatz für den Tag der Deutschen Einheit erlebt haben, ist symptomatisch für all das, was wir die ganze Zeit diskutieren. Es geht darum, dass wir Lasten, Ansätze übernommen haben und dass jetzt eine Kritik daran ansetzt, dass wir mit diesen Dingen so umgehen, wie man damit umgehen muss.

Hierzu will ich deutlich machen: Die Ansatzserhöhung von 1,3 auf 2,52 Millionen € ist von der schwarz-gelben Landesregierung im März 2009 vorgenommen worden. Das Einzige, was jetzt gemacht worden ist, ist, dass aufgrund erhöhter Sicherheitsanforderungen auch im Zusammenhang mit den Ereignissen bei der Love-Parade eine Umschichtung innerhalb dieses Etatansatzes vorgenommen wurde. Er ist nicht erhöht worden. Damit hat sich an dieser Sache nichts geändert.

Herr Laumann ist nicht da, aber ich würde ihm gerne dafür danken, dass er so deutlich zu der Solidität der finanzpolitischen Aussagen in den Koalitionsverträgen von Stuttgart und Mainz Stellung genommen hat. Diese Stellungnahme sollten wir, nachdem sie protokolliert ist, an die richtige Stelle schicken, weil die in der Debatte über die jeweilige Regierungserklärung sicher von Nutzen sein kann.

Ich finde auch gut, dass Herr Laumann in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer Finanzplanung bis zum Jahr 2020 angesprochen hat. Falsch ist, dass wir hier in NRW darüber nicht reden. Auch uns geht es darum, dass ernsthaft, ehrlich und verantwortbar konsolidiert werden muss. Darüber reden wir. Sie können es gebetsmühlenartig so oft wiederholen, wie Sie wollen: Es gibt bei uns keinen Gegensatz zwischen denen, die konsolidieren wollen, und denen, die nicht konsolidieren wollen. Bei dem Streit, den wir führen, geht es darum, wie man richtig konsolidiert, wenn man ernsthaft im Jahr 2020 zu einem ausgeglichen Haushalt kommen will.

Mit der Reduzierung der Nettokreditaufnahme von 7,8 Milliarden € auf 4,8 Milliarden € haben wir bereits eine Menge erreicht, ohne auf die wichtigen Weichenstellungen, die wir nach dem Regierungswechsel für notwendig gehalten haben und die auch Grund für den Regierungswechsel waren, verzichten zu müssen. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass das zu einem erheblichen Teil auf verbesserte Einnahmen zurückzuführen ist. Aber man muss auch bedenken, wie hoch die zusätzlichen Einnahmen waren. Wir haben die Nettokreditaufnahme um 3 Milliarden € gesenkt. Die Mehreinnahmen betragen 2,3 Milliarden €. Also müssen irgendwo 700 Millionen € stecken, die Minderausgaben und eine Folge des Durchforstens der Haushaltsansätze sind, die zu einem Teil auch in einer realistischen Bewertung einer globalen Minderausgabe zu suchen sind, die wir noch umsetzen müssen. Aber einfach 540 Millionen € draufzulegen wie die FDP und 700 Millionen € draufzulegen wie die CDU, um damit zu zeigen, man könne einen Haushalt sanieren, das ist nichts, womit Sie am Ende mehr Bestand vor einem Verfassungsgericht hätten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn man ernsthaft konsolidieren will, muss man damit Schluss machen zu verschieben. Das haben wir immer wieder gesagt: Es geht nicht, dass man sich selbst als derjenige darstellt, der einen Haushalt in Ordnung bringt, und die Folge davon ist, dass die Kommunen ihre Kassenkredite von 20 auf 50 Milliarden € erhöhen müssen, dass wir auf kommunaler und auf Landesebene demnächst mit 7,5 Milliarden € für Inobhutnahme, Jugendkriminalität und anderen Problemen belastet werden. Es muss Schluss sein mit dem Verschieben von uns auf andere – vom Land auf andere – oder von heute auf morgen.

Der zweite Punkt ist: Es muss Schluss sein mit Tricks. Da finde ich es ganz interessant, mit welcher Nonchalance mein Vorgänger bei der Senioren-Union darauf hingewiesen hat, wie man das macht. Ich zitiere die „Kölnische Rundschau“:

„Wenn ich mehr Schulden machen will, als die Verfassung gestattet, gibt es mehrere erprobte Wege.‘ ... Der eine sei, die Steuereinnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig zu schätzen, und sich dann im Laufe des Jahres von der Realität einholen zu lassen. ‚Denn der Haushalt muss nur verfassungsgemäß aufgestellt werden, die Durchführung steht auf einem anderen Blatt.“

Das ist nicht das, was ich unter ehrbarem Kaufmannsverhalten und darunter verstehe, wie man einen Haushalt macht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann muss auch Schluss sein mit dem Prinzip der schlichten Behauptung, die Herr Papke aufstellt: Wir hätten Milliarden nur deswegen zurücknehmen können, weil es so eine erfolgreiche Regierung in Berlin gebe. – Jeder weiß, dass die Stabilität, die wir jetzt langsam wiedererlangen, vor allem auch eine Folge des Handelns der rot-grünen Bundesregierung und auch der Großen Koalition danach gewesen ist. Ich erinnere nur daran, dass die Kurzarbeit damit möglich geworden ist. Das war sicher nicht Schwarz-Gelb.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Zu der Behauptung, das, was hier an Wahlgeschenken verteilt würde, wäre auf Pump, muss ich sagen: Wer in jeder besseren Wirtschaftslage jede zusätzliche Steuereinnahme sofort weiterreichen will, macht auch ein Wahlgeschenk auf Pump.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber ein Teil ist nicht schlecht!)

Am schönsten ist ja, wenn mir jemand vorrechnet, dass er mit einer 1,5%igen Stellenkürzung für über zehntausend Stellen kürzen kann, wenn man weiß, dass sich diese 1,5 % nur auf 10 % der gesamten Beschäftigtenzahl der Landesregierung bezogen haben. Das sind dann ungefähr 26.000. 1,5 % davon sind 390. Damit haben Sie über 12.000 – oder wie viel haben Sie eben genannt – Stellen eingespart. Das ist echt eine Leistung! Das muss man schon sagen.

(Heike Gebhard [SPD]: Das ist ganz hohe Mathematik!)

Womit auch Schluss sein muss, ist die Doppelzüngigkeit, im Wahlkreis Kleine Anfragen auf den Weg zu bringen, die uns erreichen, in denen immer steht: Muss es denn sein, dass es keine Annette-von-Droste-Hülshoff-Stiftung gibt, muss es denn sein, dass man nur 30 Cent Pendlerpauschale bekommt? – Dann lässt man sich das von der Landes-

regierung ablehnen, geht in seinen Wahlkreis und sagt: Guckt mal, das geben die euch alles nicht. – Hier treten Sie als diejenigen auf, die uns jagen wollen, diesen Haushalt in Ordnung zu bringen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bleibe dabei: 4,8 Milliarden € sind in der gegenwärtigen Situation nicht zu unterbieten. Wir haben noch eine Störung des Gleichgewichts, vor allen Dingen, wenn man sich anguckt, wie in den letzten Jahren das Wachstum gewesen ist und was wir in den nächsten Jahren zu gewärtigen haben, wenn wir nichts an der Belastung der Kommunen und gerade der Sozialhaushalte ändern.

Aber 4,8 Milliarden € sind auf Dauer zu viel, man muss in den nächsten Jahren weiter runter. Das macht man, indem man die Effizienz steigert, Aufgabenkritik übt. Dafür haben wir ein Effizienzteam eingesetzt. Das macht man, indem man dafür sorgt, dass auch künftig eine wirklich angemessene und stetige Wachstumsperspektive da ist. Das macht man, indem man die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in Ordnung bringt. Sonst ist es nur ein Hin-und-Her-Schieben. Das macht man auch – Herr Laumann, jetzt komme ich einmal zu dem Finanzplan, den Sie bei den anderen Ländern ausmachen – mit einem Finanzplan, in dem man deutlich der Frage nachgeht: Wie wirkt sich das, wenn wir jetzt die richtigen Investitionen für die Zukunft tätigen, am Ende der Laufzeit Richtung 2020 in diesem Haushalt aus und welche Einsparpotenziale gibt es dann?

Ich muss noch eine Anmerkung zu einer Berichterstattung machen, die wir heute in der Zeitung lesen und die deutlich macht, dass es nicht hilft, wenn wir uns mit Legendenbildungen durch die Gegend jagen und erzählen, dass die Regierung die falsche Politik macht, und das mit Mitteln tun, die nicht nur nicht ehrlich sind, sondern die das Land in große Probleme bringen können.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das ist doch richtig!)

Ich muss sagen: Herr Weisbrich, was Sie sich da im Zusammenhang mit dem Vorstoß, heute zu einer gemeinsamen Haltung für die Ermöglichung einer Garantie für die WestLB zu kommen, geleistet haben, ist wirklich das Verlassen jeder gemeinsamen Grundlage, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das Ganze geschieht auch noch aufgrund von Falschdarstellungen, Sie seien überrumpelt worden. Ich habe hier eine Liste. Es hat sieben Runden mit den Fraktionsvorsitzenden und den Obleuten der Fraktionen gegeben. Wir haben über diese GMTN-Notes gesprochen. Wir haben zunächst unsere gemeinsame Skepsis geäußert. Sie haben eine Woche vor der Telefonschaltkonferenz die schriftlichen Unterlagen dazu bekommen. Dann sind Sie am

Montag überrumpelt worden? – Wem erzählen Sie denn so etwas?

(Beifall von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wenn Sie dann auch noch von Telefonaten berichten – abgesehen davon, dass es sich um einen Parteifreund handelt –, reden wir jetzt davon, dass Sie damit die Bank und am Ende auch das Land in größte Probleme bringen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Ich möchte dazu nur noch einmal sagen – da bin ich mir absolut einig mit dem Bundesfinanzminister, mit dem ich im Übrigen auch über diesen Vorgang gesprochen habe –: Wir haben ein großes Interesse daran, dass wir das Thema mit der Bank, die solvent ist und die im Moment auch alles andere als Liquiditätsprobleme hat, aber in einem großen Umbruchprozess steht, gemeinsam ohne parteipolitische Scharmützel über die Bühne bringen – wegen der Brisanz, die das ganze Thema hat. Und dafür müssen wir die Instrumente schaffen. Die hätte ich gern im Zusammenhang mit diesem Haushalt geschaffen. Es wäre nur darum gegangen, das Instrument zu haben, um anschließend Entscheidungen, wenn sie überhaupt einmal nötig werden, im Haushalts- und Finanzausschuss einvernehmlich – über die Fraktionsgrenzen hinweg – treffen zu können.

Das wird in diesem Zusammenhang so heute nicht gehen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass da gemeinsam Vernunft einkehrt und dass wir die nötigen Möglichkeiten schaffen. Ich werde weiter daran arbeiten. Aber das, was heute zu lesen ist, dient dieser Sache nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister. – Für die Fraktion der CDU spricht jetzt Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Schönen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, ich will nur ein bisschen geraderücken. Es ist richtig, dass wir mehrfach über den Sachverhalt im Groben gesprochen haben. Es ist falsch, dass Sie umfassende Informationen geliefert haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Vaterlandslose Gesellen sind wir!)

Es ist nicht richtig, dass Sie während der ganzen Zeit gesagt haben, dass Sie das mit dem Haushaltsgesetz verbinden wollen. Das hatten Sie in der vorigen Woche gesagt. Ich habe Sie darauf hingewiesen, dass das so nicht gehen kann, und habe Sie ausdrücklich gewarnt, Sie sollten sich auch von

allen anderen Fraktionen die Zustimmung einholen. Ich habe Ihnen am 23. März in einer Obleuterunde – in Anführungszeichen – „Hausaufgaben“ gegeben, die Voraussetzung wären, um das ergebnisoffen prüfen zu können. Ich habe gesagt: Wir brauchen den kompletten Schriftverkehr mit allen Beteiligten.

(Zuruf von Norbert Römer [SPD])

Ich habe gesagt: Wir wollen von der EU testiert haben, dass das kein zusätzlicher Beihilfefall ist, weil wir sonst nichts gewonnen hätten.

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Weisbrich, Sie können sich kürzer fassen: Sie wollten keine Entscheidung treffen!)

Ich habe gesagt: Wir wollen eine Aufstellung der gesamten Kosten haben.

(Zurufe von der SPD: Redezeit!)

Und ich habe gesagt: Wir brauchen eine Verteilung auf die Anteilseigner, auf die Gesellschafter, weil ich – das sage ich auch jetzt mal ungeschminkt – Ihnen nicht vertraue, dass Sie mit den Sparkassenverbänden und mit anderen Verhandlungspartnern fertig werden.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist eine Unverschämtheit!)

Wenn wir vorher einen Blankoscheck ausstellen, dann haben wir hinterher Milliarden an der Backe. Ich weiß doch, wie das läuft.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Weisbrich, Ihre Redezeit ist vorbei.

Christian Weisbrich (CDU): Es muss erst alles geklärt sein. Diese Klärung haben Sie nicht herbeigeführt, sondern kamen, was die Debatte heute angeht, in letzter Sekunde und haben gesagt:

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Redezeit!)

Jetzt müssen wir das in das Haushaltsgesetz einbinden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sehr, sehr dünn! – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Redezeit!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Weisbrich, Ihre Redezeit ist beendet.

Christian Weisbrich (CDU): Ich habe Ihnen von Anfang an gesagt: An der Einbindung in das Haushaltsrecht haben wir keinen Spaß. Es muss eine einzelgesetzliche Regelung sein. Diese haben Sie nicht vorgelegt. Jetzt haben Sie es zurückgezogen.

Dann haben wir immerhin noch die Chance für eine einzelgesetzliche Regelung.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Weisbrich, ich würde Ihnen ungern das Mikro abdrehen, aber Ihre Redezeit ist nun wirklich abgelaufen.

Christian Weisbrich (CDU): Ich bin gespannt, was hinterher passiert. – Meine Redezeit ist zu Ende.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Walter-Borjans, Sie haben eben gesagt, dass der Streitpunkt im Moment im Grunde darin liegt, wie man richtig konsolidieren kann. Meine Fraktion und meine Partei haben darauf eigentlich eine ganz gute Antwort:

(Britta Altenkamp [SPD]: Regieren ist Mist!)

Am besten konsolidiert man, indem man die Einnahmenseite stärkt,

(Beifall von der LINKEN)

indem man Reichtum stärker besteuert und indem man die öffentlichen Haushalte tatsächlich wieder aufbaut.

(Beifall von der LINKEN)

Deshalb haben wir hier im Landtag Anträge für mehr Steuerprüfer oder auf Erhöhung der Grunderwerbsteuer gestellt.

(Britta Altenkamp [SPD]: Frau Demirel, wann werden wir denn gemeinsam die Steuerprüfer ernten? Sie glauben offensichtlich, dass sie auf Bäumen wachsen!)

Auf Bundesebene möchten wir von Ihnen nun endlich eine Initiative für eine Millionärssteuer, eine Transaktionssteuer und vieles andere. Denn nur so kann man wirklich fortschrittlich die öffentlichen Haushalte stärken und eine soziale Politik im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung machen.

So ähnlich sieht es auch für die Kommunen aus, denn 90 % aller Kommunen können ihren Haushalt derzeit strukturell nicht ausgleichen; das wissen wir, darüber haben wir viel debattiert. Das hat zur Folge, dass vor Ort gekürzt wird, Stellen abgebaut werden und privatisiert wird. Wir sagen, dass diese Politik endlich ein Ende haben muss.

(Beifall von der LINKEN)

Die Kommunen haben nämlich kein Ausgaben-, sondern vor allen Dingen ein Einnahmenproblem. Bund und Land müssen die Kommunen endlich mit

den erforderlichen Mitteln ausstatten, die für die Infrastruktur und eine soziale Stadt notwendig sind.

(Beifall von der LINKEN)

Das, was die Landesregierung in dieser Frage bisher macht, reicht nicht aus. In NRW muss die Verbundmasse endlich und erheblich erhöht werden. Ein Politikwechsel, Herr Walter-Borjans, geht anders. Das, was Sie machen, sind kleine Trippelschritte.

Nun konkret zum GFG in diesem Jahr! Es ist wirklich erstaunlich, welchen Hickhack die Landesregierung mit dem GFG und der Grunddatenanpassung in diesem Jahr veranstaltet hat. Im November heißt es noch aus dem MIK: Alles bleibt beim Alten. – Am Tag vor Weihnachten kam dann doch alles anders. Es kam eine späte Vorlage, sodass negativ betroffene Kommunen dies im Jahr 2011 gar nicht mehr auffangen können. Dann lehnen Sie von der Minderheitsregierung jedwede Abmilderungsvorschläge kategorisch ab und legen selber einen schlechten Vorschlag nach. Zu guter Letzt ziehen Sie Ihren Vorschlag wieder zurück.

Dies alles läuft frei nach dem Motto des unbekanntenen Philosophen: Chaos ist Ordnung, die wir alle nicht verstehen. – Genau so hat die Landesregierung gearbeitet. Wir können das nicht nachvollziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Bei aller Kritik, die wir als Linke am GFG 2011 und an dieser Vorgehensweise haben, zwei Dinge waren richtig: zum einen die Anhebung des Soziallastenansatzes und zum anderen die Anhebung der fiktiven Hebesätze an die reale Lage im Land. Auch unsere Fraktion hat zu diesem speziellen Punkt viele Protestbriefe, unter anderem von den IHKs im Lande, bekommen. Die FDP hat heute wieder einen entsprechenden Antrag vorgelegt, nämlich die Angleichung der Hebesätze auszusetzen. Allerdings beeindruckt uns das Geschrei um die Hebesätze wenig; denn wir halten nichts von einem Steerdumpingwettbewerb zwischen den Gemeinden durch Steuersenkungen für die Wirtschaft.

(Beifall von der LINKEN)

In meiner Heimatstadt Köln beispielsweise wurde dieses Jahr erstmalig seit 1988 die Gewerbesteuer moderat erhöht. Meine Damen und Herren, können Sie mir eine Steuer oder eine Gebühr für die Normalbürgerinnen und -bürger nennen, die seit 20 Jahren nicht erhöht wurde und stabil geblieben ist?

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Nein, das können Sie nicht. Deshalb muss natürlich auch die Gewerbesteuer angepasst werden.

Ihr Versuch wirft noch einmal ein Schlaglicht auf die ganze Schieflage des GFG 2011. Der jüngste Vorstoß der Regierungsfractionen zu den Hebesätzen wurde auch vom Deutschen Städtetag kritisiert. Die

Kritik des Städtetags bestätigt die Aussage der Linken zu Beginn der Debatte um das GFG. Die Landesregierung tut so, als sei das GFG 2011 einfach eine zwangsläufige Folge unbeeinflussbarer Größen, der Statistik, der Mathematik und des Verfassungsgerichts. Sicher war eine Grunddatenanpassung überfällig. Aber wann und wie man sie macht, welche Faktoren man wann anpasst, das alles ist eine politische Entscheidung, die Sie hier getroffen haben.

Aber im Gegensatz zu CDU und FDP, die nur plumpe Kritik äußern und keine Konsequenzen nennen, wollen wir wirklich konstruktiv Änderungsvorschläge im Sinne der Kommunen machen. Wir fordern einen Härteausgleich.

Sie alle hier im Hause haben heute die Möglichkeit, den von den Grunddatenanpassungen schwer betroffenen Kommunen zu helfen. Halten Sie keine Schaufensterreden, sondern tun Sie etwas für die Kommunen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Demirel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 wurde in zwei Punkten gegenüber dem GFG 2010 verändert. Auf diese beiden Veränderungen will ich gerne kurz eingehen.

Als wir am 15. November 2010 unsere Ernennungsurkunden als Minister bekommen hatten und in die Ministerbüros gegangen waren, haben wir die Schubladen aufgezogen und – bildlich gesprochen – den einen oder anderen stinkenden Fisch gefunden.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 war so ein stinkender Fisch. Die alte Landesregierung hat nahezu 8 Milliarden € an Schlüsselzuweisungen an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf Grundlage von Datensätzen aus dem Jahre 1998 verteilt – 1998, als es noch Sozialhilfe statt Hartz-IV-Leistungen gab. Dieses Versäumnis hat dazu geführt, dass Kommunen, die inzwischen deutlich höhere Sozialleistungen zu erbringen haben, Geld vorenthalten wurde und anderen vorgegaukelt wurde, es ginge ihnen schlechter, als es tatsächlich der Fall war. Es war keine politische, aber eine arithmetisch-systematisch richtige Entscheidung, eine Grunddatenanpassung vorzunehmen.

Im Übrigen will ich deutlich Ihrer Behauptung, Herr Laumann, widersprechen, es habe eine gigantische Umverteilung vom ländlichen in den großstädtischen Raum gegeben. Auch Großstädte wie die Stadt Bochum haben deutliche Verluste hinnehmen müssen. Insgesamt beträgt das Umverteilungsvo-

lumen gerade einmal 1,67 %. Damit wird klar, dass es keine gigantische Umverteilung war. Im Gegenteil: Dadurch, dass es zwei Stufen gibt und wir eine deutliche Abmilderung für diejenigen vorgesehen haben, die von der Umverteilung durchaus hart betroffen sind – das ist unbestritten –, ist das zu leisten.

Die zweite wichtige Veränderung im GFG 2011 im Vergleich zu dem aus dem Jahre 2010: Wir geben den Kommunen das zurück, was der alte Finanzminister ihnen mit klebrigen Fingern aus den kommunalen Kassen gezogen hat. Selbstverständlich werden die Kommunen in Nordrhein-Westfalen den ihnen zustehenden Anteil an der Grunderwerbsteuer zurückerhalten. Den Titel „Sanierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Kommunen“ haben wir auch gestrichen. Dadurch beträgt im GFG 2011 das gesamte Verteilungsvolumen 300 Millionen € mehr als im GFG 2010.

Ich will festhalten: Das GFG 2011 verteilt das Geld gerechter, und es stellt den Kommunen deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung. Der heutige Tag ist mit dem GFG 2011 ein guter Tag für die 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gehört ja fast schon zur guten Tradition dieses Hauses, dass ich als Letzter zum Haushalt rede. Aber ich wollte jetzt gar keine Grundsatzrede halten, sondern das Thema „WestLB“ aufgreifen, das vom Finanzminister in der Debatte gerade noch einmal angesprochen wurde.

Ich möchte für die Linke-Fraktion deutlich machen, was wir hier heute nicht tun: Wir enthalten uns heute bei der Abstimmung über den Haushalt, aber wir stellen keine Blankoschecks aus.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, das gilt offensichtlich auch für Ihre Fraktion. Ihr Kollege Weisbrich hat ja gerade deutlich gemacht, dass Sie da gewisse Probleme haben. Ich sagen Ihnen sehr deutlich: Mit der WestLB und der Politik, die da gemacht wird, haben wir nach wie vor sehr große Probleme.

Herr Finanzminister, an Ihre Adresse folgende Bemerkung: Wir haben einfach Probleme damit, dass wir nicht wissen, was die EU-rechtlichen Folgen dessen wären, was Sie jetzt vorschlagen wollen. Einen konkreten Vorschlag und die entsprechenden Anträge haben Sie heute ja nicht eingebracht.

Ich konstatiere sehr deutlich: Wir Linke nehmen sehr wohl wahr und finden es auch sehr gut, dass hier mehr Transparenz eingekehrt ist, dass Sie als Finanzminister uns deutlich mehr Informationen über das geben, was in und mit der WestLB geschieht, als das bei CDU und FDP der Fall war. In den letzten drei Jahren habe ich, als ich für die Linke alleine hier im Landtag war, immer wieder von der Mauer des Schweigens gesprochen, die der ehemalige Finanzminister Linssen bezogen auf die WestLB aufgebaut hat. Die Auswirkungen der Politik, die da jahrelang gemacht wurde, und die Verfehlungen erleben wir noch heute. Bei der WestLB wurden Milliardenverluste erwirtschaftet, und die Banker sind mit Millionenabfindungen nach Hause geschickt worden.

Wir wollen eine andere Politik in Bezug auf die WestLB. Wir wollen noch mehr Transparenz. Wir wollen vor allem, dass das EU-rechtlich sauber geklärt wird. Wir haben große Probleme damit, dass Blankoschecks ausgestellt werden und somit Kreditrisiken entstehen, und lehnen das deswegen zum jetzigen Zeitpunkt auch vollständig ab. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagel. – Wir sind damit am Ende der Rednerliste.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne, Sie werden jetzt einen Abstimmungsmarathon erleben. Wir müssen jetzt über alle Änderungsanträge zum Haushalt befinden. Ich würde mir deshalb wünschen, dass es jetzt etwas leiser wird, damit alle ganz genau wissen, worüber sie abstimmen. Das gilt für alle Fraktionen.

Wir kommen als Erstes zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke zum Gemeindefinanzierungsgesetz **Drucksache 15/2042**. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Die Fraktion Die Linke. Wer möchte dagegen stimmen? – Die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen als Nächstes zum **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU zum Gemeindefinanzierungsgesetz **Drucksache 15/2050**. Wer möchte dem Änderungsantrag zustimmen? – Die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Linker. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen als Nächstes ab über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 **Drucksache 15/1002**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1902**, den Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksachen**

15/1002 und 15/1354 – Berichtigung – in der Fassung der Beschlüsse nach der zweiten Lesung – siehe die Beschlussempfehlung Drucksache 15/1717 – unverändert zur dritten Lesung anzunehmen. Wer möchte dieser Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses folgen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte der Empfehlung nicht folgen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion Die Linke.

(Zuruf von der CDU: Ah!)

Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und das Gemeindefinanzierungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Als Nächstes stimmen wir über die vorliegenden Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz ab. Das sind die Drucksachen 15/1961, 15/1965 bis 15/2041, 15/2049, 15/2051 – Neudruck –, 15/2052 und 15/2060. Hierzu rufe ich jeweils die antragstellende Fraktion sowie die Drucksachenummer auf und bitte dann um Ihr Votum. Legen wir los!

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/1961**: Wer möchte dem zustimmen? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/1965**: Wer möchte dem zustimmen? – Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/1966**: Wer möchte dem zustimmen? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1967**: Wer möchte dem zustimmen? – Die Fraktion der SPD.

(Zurufe)

– Entschuldigung. Ich sollte es langsamer machen. Dann verspreche ich mich auch nicht. Also: Die Fraktion der FDP stimmt zu. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? –

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Die Enthalterpartei!)

CDU. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/1968**: Wer stimmt dafür? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Grüne, SPD und Linke. Wer enthält sich? – CDU. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1969**: Wer stimmt dafür? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Linke, SPD, Bündnis 90/Grüne. Wer enthält sich? – CDU. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1970**: Wer stimmt dafür? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Linke, SPD, Grüne. Wer enthält sich? – CDU. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1971**: Wer stimmt dafür? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, Linke. Wer enthält sich? – Die Fraktion der CDU. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1972**. Wer stimmt dafür? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Grüne, SPD, Linke. Wer enthält sich? – CDU. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1973**: Wer stimmt dafür? – Die Fraktion der FDP. Wer enthält sich?

(Heiterkeit)

– Ich wollte einfach nur mal die Aufmerksamkeit steigern. Die Fraktion der CDU enthält sich. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1974**: Wer stimmt dafür? – Die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1975**: Wer stimmt dafür? – FDP. Wer enthält sich? – CDU. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1976**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Übrigen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/1977**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Übrigen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/1978**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Übrigen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/1979**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dage-

enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2031**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2032**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2033**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2034**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2035**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2036**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2037**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Wir sehen das Ende der Einzelabstimmungen kommen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2038**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2039**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2040**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dage-

gen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der FDP-Fraktion **Drucksache 15/2041**: Wer stimmt dafür? – FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Damit ist er **abgelehnt**.

Zur CDU-Fraktion!

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Änderungsantrag der CDU-Fraktion **Drucksache 15/2049**: Wer stimmt dafür? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke. Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2051 – Neudruck –**: Wer stimmt dafür? – Fraktion die Linke. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2052**: Wer stimmt dafür? – Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen. Damit ist er **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2060**: Wer stimmt dafür? – Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Alle anderen. Damit ist er **abgelehnt**.

Damit haben wir die Einzeländerungsanträge erledigt.

Wir kommen also zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2011 Drucksachen 15/1000 und 15/1300. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1900 – Neudruck –**, das Haushaltsgesetz 2011 in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den aus der Drucksache 15/1900 – Neudruck – sich ergebenden Änderungen anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer möchte sich enthalten? – Die Fraktion Die Linke. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und das Haushaltsgesetz 2011 in dritter Lesung verabschiedet.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir stimmen nunmehr ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/2043**. Wer möchte dem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion Die Linke sowie die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die CDU-Fraktion. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Zum Schluss kommen wir zur Abstimmung über die **Finanzplanung 2010 bis 2014 Drucksache**

15/1001. Entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 15/1901 soll die Finanzplanung **zur Kenntnis genommen** werden. Gibt es hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Drucksache 15/1901 zur Kenntnis genommen und sind zugleich die Beratungen zum Haushaltsgesetz 2011 erledigt.

Wir kommen damit zu

3 Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1930

erste Lesung

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung:

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfes Drucksache 15/1930** an den **Haupt- und Medienausschuss**. Wer möchte dieser Überweisung zustimmen? – Alle Fraktionen. Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Wir kommen zu:

4 Mitteilung nach § 15 des Abgeordnetengesetzes NRW

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 15/1931

Hierbei handelt es sich um eine Mitteilung nach § 15 des Abgeordnetengesetzes NRW. Der Präsident hat die Daten zur Ermittlung eines Anpassungsbedarfs der Abgeordnetenbezüge mit der Drucksache 15/1931 veröffentlicht. Die Daten sind damit dem Landtag zugeleitet worden.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen.

Ich stelle fest: Der Landtag hat sich **mit der Unterrichtung Drucksache 15/1931 befasst**.

Ich rufe auf:

5 Mitteilung nach § 6 Abs. 3 und 4 des Abgeordnetengesetzes NRW

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 15/1899

Der Präsident hat die Daten zur Ermittlung eines Anpassungsbedarfs der Mitarbeiterpauschale mit der Drucksache 15/1899 veröffentlicht. Die Daten sind damit dem Landtag zugeleitet worden.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen.

Ich stelle hiermit fest: Der Landtag hat sich **mit der Unterrichtung Drucksache 15/1899 befasst**.

Wir kommen zu:

6 Fragestunde

Drucksache 15/1940

Mit der Drucksache 15/1940 liegen Ihnen die Mündliche Anfrage 35 aus der letzten Fragestunde sowie die Mündlichen Anfragen 36 und 37 vor.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 35

des Abgeordneten Ralf Witzel von der Fraktion der FDP auf:

Wie bewertet die Landesregierung den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15. Dezember 2010 zur Umstellung der Rundfunkfinanzierung auf eine Medienabgabe vor dem Hintergrund der sich ergebenden Mehrbelastungen für kleinere und mittlere Unternehmen und der unverändert fortbestehenden Ungerechtigkeit von Mehrfachzahlungen für unterschiedliche Wohnsitze und Arbeitsorte?

Das wichtigste Ergebnis der letzten Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) ist die Unterzeichnung des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrages durch die anwesenden Regierungschefs der Länder gewesen, demzufolge die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ab 2013 neu geregelt werden soll.

Ursprüngliches Ziel der neuen Medienabgabe, die die bisherige Rundfunkgebühr ersetzen soll, ist auch eine gerechte Belastungsverteilung gewesen.

Ferner wird angestrebt, mit dem neuen Rundfunkbeitragsmodell die Finanzierungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der modernen und konvergenten Medienwelt abzusichern.

Dafür ist ab 2013 ein Wechsel von der gerätebezogenen Erhebung der Rundfunkgebühr für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hin zu einem wohnungs- und betriebsstättenbezogenen Rundfunkbeitrag geplant. Dieser soll nicht mehr an den Besitz eines Rundfunkempfängers geknüpft sein, sondern wird je Wohnung oder Be-